Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 36 – 9. September 2006 — Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland — C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

Ministerstreit um Strompreise

Es herrscht Kleinkrieg zwischen Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) und Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU). Beide geben sich gegenseitig die Schuld an den zu hohen Strompreisen. Glos beschuldigt Gabriel, mit seinem Kurs gegen Atomkraftwerke die Tarife hochzutreiben. Gabriel wirft Glos Untätigkeit vor. „Wenn er den Wind, den er macht, täglich in positive Energie umsetzen würde, wäre er der wichtigste Minister, den Deutschland überhaupt hatte", schimpfte Glos, der gerade prüfen läßt, ob man die 2007 auslaufende Strompreiskontrolle durch die Länder verlängern lassen sollte. Mehr dazu auf **Seite 2**

30 Jahre und überholt

In diesen Tagen wurde das 30jährige Bestehen der unternehmerischen Mitbestimmung groß gefeiert. Die in den Aufsichtsräten sitzenden Gewerkschaftler stellen weitere Forderungen, die von den Arbeitgebern für verfassungswidrig gehalten werden. Ein Disput, der in anderen Ländern nicht geführt wird, weil diesen ein so weitreichendes Mitbestimmungsrecht gar nicht erst bekannt ist. Doch auch der Europäische Gerichtshof hat neue Fakten geschaffen. Mehr dazu auf **Seite 4**

Kinder statt Karriere

Mit Aussagen wie, würde ich noch einmal von vorne anfangen, würde ich „mir einen Mann suchen, ihn arbeiten lassen und mich um unsere fünf Kinder kümmern", brachte Moderatorin Eva Herman nicht nur Emanzen gegen sich auf. Sie propagiert völlig unvermutet ein Frauenbild, daß viele für tot hielten. Doch bei allen Extremen haben Hermans Thesen einen wahren Kern. **Seite 6**



Trotz aller Störmanöver offen für den Dialog mit Polen: Bundespräsident Köhler mahnte in seiner Festrede auf dem „Tag der Heimat 2006" in Berlin, die Leiden der Vertriebenen zu würdigen. Sein Auftritt löste in Warschau heftige Reaktionen aus. (Siehe Kommentar und Bericht auf Seite 5)

Foto: action press

Schutzlose Verbraucher

Politiker decken Mängel in der Lebensmittelüberwachung

Von Sverre Gutschmidt

Sind die Behörden der Lebensmittelüberwachung überhaupt noch lernfähig? – Die Frage drängt sich nach den neuesten Meldungen zum Thema Gammelfleisch auf. Das Verständnis der Verbraucher jedenfalls ist am Ende. Im Januar 2006 löste stark überlagertes Wild Ekel aus. Im November 2005 fanden sich in Kühlhäusern an die 300 Tonnen Gammelfleisch. Im März 2005 hatten Mitarbeiter einer Supermarktkette Verdorbenes für Kunden wiederaufbereitet. Die Kunden straften das Unternehmen ab. Jetzt geht es um verdorbenes Frostfleisch – entdeckt durch anonyme Hinweise.

Jedesmal tappten die bayerischen Lebensmittelüberwacher im Dunkeln. Der teure, aus Steuern finanzierte Apparat, der Kunden nicht schützt, empört die Verbraucher. Ein veraltetes, in Länderkompetenzen zersplittertes System fördert Skandale.

Die Politiker ließen nach den jüngsten Fleischskandalen neue Verordnungen ausarbeiten – geholfen hat es nicht. Werner Schnappauf, bayerischer Umweltminister (CSU), fordert jetzt Gefängnis- und hohe Geldstrafen – er hofft damit von eklatanten Kontrollmängeln abzulenken. Wer jetzt unangemeldete Tests von fleischverarbeitenden Betrieben verlangt, muß sich die Frage gefallen lassen, warum die nicht längst vorgeschrieben sind. Schnappauf muß sich auch fragen lassen, wieviele anonyme Hinweise gegen die Fleisch-Mafia ohne Folgen geblieben sind.

Die Politik schiebt das seit 2002 geplante Verbraucherinformationsgesetz immer weiter hinaus. Die Behörden scheuen sich, mit ihrem Wissen über bedenkliche Firmen an die Öffentlichkeit zu gehen, weil ohne Rechtsgrundlage Klagen befürchtet werden müssen. Damit stützen sie sich auf die Erfahrung aus dem Flüssigei-Skandal – die baden-württembergischen Behörden unterlagen in den 80er Jahren vor Gericht, weil sie Nudelhersteller beim Namen genannt hatten. Sie mußten 6,5 Millionen Euro Schadenersatz zahlen. Heute scheint es so, als schützten sich die Behörden selbst mehr als die Verbraucher.

Weitere Schwachpunkte sind die große Zahl der Prüffälle und der rechtliche Umgang damit. „Verstöße gegen das Lebensmittelrecht sind bisher Vergehen, die nur in Ausnahmefällen mit Freiheitsstrafen geahndet werden", beschreibt Schnappauf die unbefriedigende Praxis. Und: „Es muß klar sein, daß wir bei 215000 Lebensmittelbetrieben in Bayern nicht jedes Schweineschnitzel kontrollieren können." Doch das verlangt keiner. Wenn es überhaupt regelmäßige Prüfungen gäbe, wäre das schon ein Gewinn. Statt sich in Forderungen zu übertreffen, sollten Politiker, vor allem die Landesverbraucherschützer, lieber das Versagen der Wurst-Wächter aufklären.

Eine bundeseinheitliche Lebensmittelkontrolle scheitert bisher am Hoheitsstolz der Länder. Die Überwachung scheint vor allem dort zu funktionieren, wo Geld zu verdienen ist – wie bei den BSE-Tests an Schlachtrindern. Das muß sich ändern. Auch wäre ein gemeinsames Vorgehen in der EU dringend nötig. Schließlich hält sich die Fleisch-Mafia in Europa an keine Grenzen.

Blauer Brief vom Demoskopen

Die Volksparteien stürzen ab – Forsa-Chef: Ein »deutscher Haider« hätte gute Chancen

Von Klaus D. Voss

Die politischen Parteien sind eigentlich beste Kunden bei den demoskopischen Instituten – doch in letzter Zeit wollen die Spitzen von CDU und SPD von den Analysen der Meinungsforscher nichts mehr hören – besonders wenn das Stichwort „Volkspartei" fällt.

Das Führungszeugnis für die Parteichefs fällt schlecht aus. Gerade noch 30 Prozent der Wähler stimmten für die Union, als man ihnen Ende August die Sonntagsfrage stellte, die SPD erreichte mit Ach und Krach 29 Prozent. „Über 40 Prozent", meinte CDU-Dissident Friedrich Merz, müsse eine Partei schon haben, wenn sie sich als Volkspartei bewähren wollte. Selbst die aktuellen Umfragen seien noch geschönt, behauptet Manfred Güllner, Chef der Gesellschaft für Sozialforschung „Forsa". In einem Interview für den Deutschlandfunk schlüsselte er die Ergebnisse auf. Bei der bekannten Sonntagsfrage („Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären?") werden die 29 oder 30 Prozent Zustimmung auf der Basis der Wahlwilligen berechnet, also der Menschen, die auch zur Wahl gehen würden. Legt man die Präferenzen für einzelne Parteien auf die Gesamtzahl der befragten Wahlberechtigten um, kommen atemberaubende Werte heraus: Die CDU kann sich nur noch auf 20 Prozent der Wahlberechtigten stützen, die SPD liegt sogar noch unter diesem Wert. Güllner dazu: „Wir haben also 60 Prozent, mehr als die Hälfte, die sagen, ich würde gar nicht hingehen oder eine der kleineren Parteien wählen."

Nach der traditionellen Umfrage-Auswertung kommt die FDP derzeit auf 14 Prozent, erbt also viele Stimmen von enttäuschten Bundesbürgern. Die Linkspartei verbucht zwölf Prozent, die Grünen liegen bei zehn Prozent Zustimmung. Die Linkspartei hat sich nach den Forsa-Ergebnissen inzwischen auf Dauer festsetzen können.

Neu im Umfragekanon der Demoskopen ist die „Partei der Nichtwähler", die seit Jahren immer größer wird. Besonders bei Landtags- oder Kommunalwahlen ist diese Entwicklung „dramatisch fortgeschritten". Der Forsa-Chef weiter: „Bei Kommunalwahlen in fast allen großen Städten hatten wir mehr Nichtwähler als Wähler."

Nach den Erkenntnissen der Meinungsforscher muß es nicht dabei bleiben, daß sich die Bundesbürger den Gang zur Urne auf Dauer verkneifen. Güllner rechnet damit, daß die Parteienlandschaft vor einem großen Umbruch steht. Chancen haben nach seiner Einschätzung vor allem rechtspopulistische Parteien: „Wir haben es in Hamburg schon mal gesehen mit Herrn Schill, und Herr Schill hätte durchaus bundesweit Erfolg haben können, wenn er nicht so gewesen wäre, wie er ist." Wenn aber ein „deutscher Haider" käme, der allgemein akzeptiert würde, dann könnte er zehn bis 15 Prozent der Stimmen erreichen.

Die klassischen Zweier-Koalitionen, die die politische Landschaft in Deutschland seit dem Krieg bestimmt haben, wird es bei dieser Erosion der Großparteien nicht mehr geben können – „es sei denn, die Große Koalition wird auf Dauer fortgesetzt". Die Forsa-Demoskopen erwarten, daß ähnlich wie etwa in den Niederlanden oder Italien Dreier- oder Viererkoalitionen gebildet werden müssen.

Im übrigen sind die Deutschen alles andere als reformmüde. „Sie wollen, daß das Land modernisiert wird", so Güllner. Aber sie wollten die Reformen nicht in der Art, wie sie die Große Koalition derzeit umsetze.

Klaus D. Voss: Grenzfall

Mit allen Nachbarn steht Deutschland im freundlichen Dialog, bis auf einen einzigen: Polen. Dort verweigert sich nur eine einzige Gruppe, genau genommen ist es der enge Kreis um Staatschef und Ministerpräsident, Lech und Jaroslaw Kaczynski.

Das ist der Maßstab, mit dem Vorwürfe aus Warschau gemessen werden sollten. Die Kaczynski-Regierung hat nicht den Rückhalt in der Bevölkerung, den sie für sich reklamiert. Auch dann nicht, wenn sie das Nationalgefühl der Polen bis zur Schmerzgrenze auslasten würde. Die wichtigen polnischen Zeitungen haben inzwischen die Lust an antideutschen Schlagzeilen verloren und fragen: Warum läßt eine Regierung kaum eine Gelegenheit aus, das Verhältnis zu seinen Nachbarn zu belasten?

Nicht daß das Zusammenleben von Deutschen und Polen frei von Problemen wäre – aber in den vergangenen beiden Jahren haben sich beide Völker an die offenen Grenzen gewöhnt. Und wie es aussieht, sind die jungen Polen kaum noch im Land zu halten. Sie leben, arbeiten und studieren in ganz Europa, besonders häufig in Deutschland.

Die Staaten Europas stehen in enger Konkurrenz, sie wetteifern vor allem um das Wertvollste, was sie besitzen: die klugen Köpfe. Wer nach vorn blickt und die sinkenden Geburtenzahlen richtig einschätzt, ahnt, wie hart dieser Konkurrenzkampf werden wird. Wer nach hinten schaut, greift zum falschen Mittel: Die jungen Eliten von heute lassen sich nicht mehr mit nationalistischen Parolen „impfen", sie kennen die europäische Hausregel: „Wir reden miteinander, nicht übereinander."

DIESE WOCHE

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

Die Schulden-Uhr:

Umgebucht

Immer wenn es ums Sparen geht, entdecken Politiker den Ausgabenpunkt „Subventionen". Nordrhein-Westfalen will jetzt ernst machen und die Subventionen im Steinkohle-Bergbau auf jährlich 750 Millionen Euro runterschrauben. Da man allerdings niemandem weh tun will, wurde in Berlin angefragt, ob der Bund nicht noch einen weiteren Teil der Kosten übernehmen möchte. Berlin zeigte sich gesprächsbereit. Dem Steuerzahler dürfte es allerdings egal sein, wer die Schulden macht, Schulden sind Schulden.

1.522.504.697.950 €

(eine Billion fünfhundertzweiundzwanzig Milliarden fünfhundertvier Millionen sechshundertsiebenundneunzigtausend und neunhundertfünfzig)

Vorwoche: 1.521.228.437.498 €
Verschuldung pro Kopf: 18.454 €
Vorwoche: 18.439 €

(Stand: Dienstag, 5. September 2006, www.steuerzahler.de)

Ausbeutung muß beendet werden

Hessens Wirtschaftsminister Alois Rhiel fordert mehr Macht über die Stromkonzerne

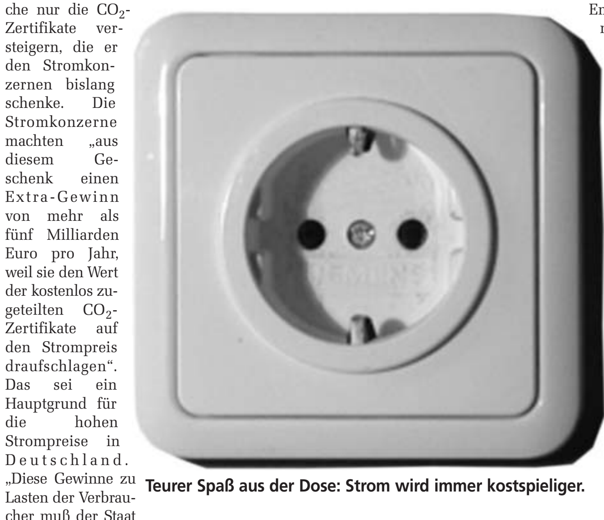
Von Jürgen Liminski

Er gilt als der Robin Hood der Stromkunden. Hessens Wirtschaftsminister Alois Rhiel kämpft in der Tat gegen übermächtige Gegner sozusagen mit Pfeil und Bogen, also den bescheidenen Mitteln eines Landesministers, für niedrigere Energiepreise und gegen den Monopolmißbrauch der großen Energieunternehmen. Als einziger Landesminister hat er für dieses Jahr sämtliche Anträge auf Strompreisanhebungen abgelehnt. Hessens Verbraucher können es ihm danken, sie zahlen – neben Niedersachsen – die niedrigsten Strompreise in Deutschland. Zudem will Rhiel Netzdurchleitungsentgelte – also die Gebühren, die die Netzbetreiber für den Stromtransport verlangen – um 10 bis 25 Prozent senken. Auch das würde preisdämpfend wirken.

Die Politik treibt die Strompreise zusätzlich in die Höhe

Aber schon liegen neue Anträge der Stromriesen auf drastisch höhere Preise für 2007 vor. Um bis zu 20 Prozent wollen sie die Strompreise hochschrauben. Rhiel bleibt gelassen. Er werde, sagt er in einem Gespräch mit dieser Zeitung, seine Haltung nicht ändern und „die Anträge genauso kritisch prüfen wie im Vorjahr". Er wolle „keine falschen Hoffnungen machen, bevor die Anträge nicht ausgewertet sind". Dennoch hält er höhere Preise angesichts der „riesigen Gewinne der vier großen Energiekonzerne E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall" für „nicht akzeptabel. Man kann sagen, das ist das Strom-Gewinn-Quartett, das 80 Prozent der Stromerzeugungskapazität besitzt und in diesem engen Oligopol die Kunden ausbeutet durch überhöhte Preise. Diese Ausbeutung muß unterbunden werden."

Die Energieunternehmen weisen die Schuld für die hohen Preise weit von sich. Auch der Staat könne etwas tun, schließlich machen die Steuern mehr als ein Drittel des Endpreises aus. Rhiel räumt ein, daß auch die Politik die Stromverbraucher entlasten könnte. Deshalb habe er „die Bundesregierung aufgefordert, die Stromsteuer von zwei auf einen Cent zu halbieren". Das sei auch zu finanzieren. Der Staat brauche nur die CO_2-Zertifikate versteigern, die er den Stromkonzernen bislang schenke. Die Stromkonzerne machten „aus diesem Geschenk einen Extra-Gewinn von mehr als fünf Milliarden Euro pro Jahr, weil sie den Wert der kostenlos zugeteilten CO_2-Zertifikate auf den Strompreis draufschlagen". Das sei ein Hauptgrund für die hohen Strompreise in Deutschland. „Diese Gewinne zu Lasten der Verbraucher muß der Staat abschöpfen und an die Bürger zurück geben." Den Einwand, die EU erlaube nur zehn Prozent der Zertifikate zu versteigern, ist für Rhiel kein Hindernis. „Das ist ein politischer Fehler. Die Bundesregierung sollte wenigstens diese zehn Prozent der CO_2-Zertifikate versteigern. Zusätzlich sollte Deutschland in der EU dafür kämpfen, daß die Mitgliedsstaaten alle Zertifikate mittels einer Versteigerung vergeben dürfen".



Teurer Spaß aus der Dose: Strom wird immer kostspieliger.

Aber allein die Entlastung durch die Senkung der Stromsteuer würde die Stromrechnung eines vierköpfigen Durchschnittshaushalts um rund 36 Euro erleichtern. Würde die Stromsteuer ganz abgeschafft, hätte ein Durchschnittshaushalt 72 Euro mehr in der Tasche. Zusätzlich würden alle Unternehmen entlastet, die jetzt noch Stromsteuer zahlen. Das könnte den Konsumenten ebenfalls zu Gute kommen. Auf die Frage, ob er mit diesen Thesen nicht gegen manche Umweltpolitiker in der großen Koalition angehe, die über die hohen Energiepreise fast frohlockten, weil auf diese Weise Wind- oder Solarstrom konkurrenzfähiger werde, meint Rhiel lakonisch: „Das Klimaschutzziel heißt ‚Weniger CO_2-Emissionen' und nicht ‚höhere Energiepreise'." Die Begrenzung der Anzahl der CO_2-Zertifikate könne die CO_2-Emissionen effektiver verringern.

Ein weiteres Problem der hohen Strompreise besteht darin, daß einige Stadtwerke ihren Strom bei den großen Stromerzeugern einkaufen müssen und die gestiegenen Bezugskosten an die Endkunden weiter geben. Aber „so pauschal" könne man das nicht sehen. Zum einen machten viele Stadtwerke beträchtliche Gewinne, zum anderen hätten auch Stadtwerke sinkende Kosten für die Durchleitung des Stroms, den sie einkaufen. Denn „das ist ein Ergebnis der neuen Regulierung der Netzdurchleitungsentgelte. Sinkende Netzentgelte können steigende Beschaffungskosten teilweise kompensieren."

Einige Stromunternehmen drohen, Investitionen in Stromnetze zu unterlassen, wenn die Preise gedeckelt und die Netzentgelte reguliert würden. Das wirft die Frage nach der Versorgungssicherheit bei den Stromnetzen auf. Dem stellt Rhiel ein „klares Nein" entgegen. Die Netzregulierung sichere Umfang und Qualität der Netze durch eine hohe garantierte Mindestverzinsung für die Netzbetreiber.



***Alois Rhiel**, geboren 1950 in Marburg, ist Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung des Landes Hessen. Der CDU-Politiker setzt sich für eine konsequente Regulierung von Bereichen ein, in denen Wettbewerb versagt wie eben in der Energiewirtschaft. Als Wirtschaftswissenschaftler sieht er sich als Schnittstelle zwischen Politik und Wirtschaft.*

„Außerdem: In den Stromnetzen fielen bisher überhöhte Monopolgewinne an. Die flossen nicht in mehr Netzsicherheit, sondern füllten die Taschen der Aktionäre."

Die Konzerne drohen Stromnetze nicht genügend zu warten

Rhiel ist nicht nur bei den Stromriesen, sondern auch in seiner Partei, der CDU, als ordoliberaler und dennoch sozial denkender Kopf bekannt. So sieht er auch den anhaltenden Richtungsstreit in der CDU eher unter konzeptionellen, nicht dogmatischen Gesichtspunkten. Eine Grundsatzdebatte sei von Zeit zu Zeit nötig, denn ohne Kompaß gehe die Orientierung verloren. Rhiel: „In der Wirtschaftspolitik empfehle ich meiner Partei einen ordoliberalen Kurs – in Abgrenzung zu Neoliberalen und Staatsgläubigen: Vorrang hat freier Wettbewerb. Aber Wettbewerb ist nicht auf jedem Markt möglich. Manchmal muß der Staat streng regulieren, wie bei den Stromnetzen."

Das CO_2-Zertifikat

Das Kyotoprotokoll verpflichtet die teilnehmenden Staaten, die Kohlendioxid-Emissionen zu senken. Um dieses Ziel zu erreichen, hat man sich für ein marktwirtschaftliches Instrument entschieden: den Handel mit Emissionsrechten, der zunächst für zwei Perioden – 2005 bis 2007 und 2008 bis 2012 – vorgesehen ist. Basis für den Emissionshandel ist die Verpflichtung für Kraftwerksbetreiber und große Industrieunternehmen, für jede durch Produktion von Energie oder Gütern ausgestoßene Tonne CO_2 eine Berechtigung nachzuweisen.

Diese Berechtigungen sind den Unternehmen als Zertifikate von den Regierungen der EU überwiegend kostenlos zugeteilt worden. Um den Anreiz zu erhöhen, die CO_2-Emissionen zu senken, erhalten die Unternehmen weniger Zertifikate, als sie für eine Vollausstattung entsprechend ihrer Produktion brauchen. In ganz Europa fehlen dadurch in der ersten Handelsperiode zwischen 2005 und 2007 rund 200 Millionen Zertifikate. Es gibt für die Unternehmen verschiedene Wege, mit dieser Knappheit umzugehen. Sie können Zertifikate zukaufen, Produktionsprozesse emissionsärmer gestalten oder die Modernisierung von Anlagen vorantreiben. Weil die Unternehmen verschiedene Wege gehen, wird es Käufer und Verkäufer von Zertifikaten geben. Dieses Preissignal soll den wirkungsvollsten Weg zur Senkung von CO_2-Emissionen aufzeigen.

Eskalation abgewendet

Streit um Opfergedenken in Sachsenhausen

Um ein Haar hätten sich der Direktor der „Stiftung brandenburgischer Gedenkstätten", Prof. Dr. Günter Morsch, und die „Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950" vor Gericht getroffen. Kurz vor der Eskalation, die beide Seiten einzugehen bereit waren, bat die brandenburgische Wissenschaftsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka die zerstrittenen Parteien an einen Tisch. Morsch und Gisela Gneist, die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, einigten sich darauf, von nun an besser zusammenzuarbeiten.

Gisela Gneist, die als 15jährige fünf Jahre lang eingesperrt worden war, hatte sich gegen eine Verdrängung der Opfer des sowjetischen Speziallagers und Degradierung als „Opfern zweiter Klasse" gewehrt. Die Kritik der ehemaligen Sowjet-Häftlinge richtete sich seit langem gegen Prof. Morsch, dessen bisherige Politik den Eindruck erweckte, als folge er der Politik des Sachsenhausen-Komitees der Häftlinge von vor 1945, in dem Kommunisten ausschlaggebenden Einfluß haben. In unangenehmer Erinnerung ist der Generalsekretär, der vor wenigen Wochen als ehemaliger hoher Stasi-Offizier enttarnt wurde, mit dem Morsch aber lange Zeit vertrauensvoll zusammengearbeitet hatte, obwohl der Stasi-Mann, wie er erklärte, nie seine Vergangenheit verschwiegen hatte.

Ex-Sowjet-Häftlinge wehrten sich gegen Abwertung

Das Faß zum Überlaufen hatte ein Bericht der „Süddeutschen Zeitung" gebracht, in dem Morsch mit den Worten zitiert wurde, er beobachte mit Sorge, daß die Speziallager-Häftlinge (also die Häftlinge aus der sowjetischen Zeit) ‚aufgewertet', die KZ-Opfer aber ‚abgewertet' würden. Laut „Süddeutscher Zeitung" witterte er dahinter „revisionistische Kräfte am Werk, die beim Leid der Opfergruppen ... zu mindestens den Gleichstand herstellen wollen".

Gisela Gneist hatte dieses Interview gegen Morsch verwandt, um durchzusetzen, daß ein neuer, vom Stiftungsdirektor unabhängiger Zuständigkeitsbereich in der Gedenkstätte geschaffen werde, der fortan die Belange der Opfer des Speziallagers ehrlich vertreten könne. Morsch hingegen wurde beschuldigt, zu versuchen, einen Keil zwischen die Opfer zu treiben und ein Gegner einer angemessenen Berücksichtigung auch des Leids der Opfer des (sowjetischen) Speziallagers in der Gedenkstätte zu sein. Hierauf eilte Morsch zu einem Anwalt, beschuldigte die andere Seite, eine Stellungnahme von ihm in einer Zeitung sinnentstellend zu interpretieren und forderte eine Unterlassungserklärung bis zum 21. August. Gisela Gneist wiederum verweigerte die Unterschrift und stellte sich darauf ein, daß der Direktor der Gedenkstätte des Lagers, in dem sie als junges Mädchen jahrelang zu Unrecht inhaftiert war, sie vor Gericht zerre. Dank dem Vermittlungseinsatz von Johanna Wanka wurde dies abgewendet – vorerst. *von Leesen / Bel*



Michels Stammtisch

Am Stammtisch im Deutschen Haus wurde der SPD-Boß und Ministerpräsident Kurt Beck zitiert, der zum 60. Geburtstag des französischen Besatzungskindes Rheinland-Pfalz die Zuversicht geäußert habe, daß es „irgendwann" zu einem Zusammenschluß seines Landes mit dem benachbarten Saarland kommen werde.

Doch die sogenannte Große Koalition im Bund denke offensichtlich nicht daran, ihre Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat zu einer tatsächlichen „Föderalismusreform" zu nutzen, meinte der Stammtisch. Unter dieser Tarnbezeichnung werde den Bürgern vielmehr der merkwürdige Verschiebebahnhof von Auf-, Aus- und Abgaben verkauft, der am 1. September dieses Jahres in Kraft trat und nicht einmal eine grundlegende Reform der Finanzverfassung, geschweige denn eine Reduzierung und Neugliederung der 16 Bundesländer zustande gebracht habe. „Vom großen Wurf weit entfernt", hieß es dazu.

Besitzstandswahrung, Beharrungsvermögen und Immobilismus kennzeichneten statt dessen das Niveau der eigentlich zum Handeln berufenen Politiker. Die „FAZ" berichtet denn auch, daß Becks Überlegungen im CDU-regierten Saarland „immer sehr reserviert aufgenommen worden seien", es sei denn, das dann fusionierte Bundesland werde Saarland-Pfalz heißen, seine Hauptstadt Saarbrücken und sein Ministerpräsident Peter Müller (CDU).

Dem Stammtisch blieb nur, zu diesem Reformeifer das schöne Lied anzustimmen: „Fest steht die Macht am Rhein, so soll es heut' und immer sein" und fragte: „Wer macht sich da nicht Sorgen ums Heute und ums Morgen ...?"

Euer Michel

Lieber einmal nichts sagen

Von HARALD FOURIER

Mitten in der heißen Phase des Landtagswahlkampfs steht Berlin Kopf. Bei CDU und SPD scheinen reihenweise die Sicherungen durchzuknallen. Wie sich die beiden „Volksparteien“ (das sind sie in Berlin schon längst nicht mehr) gegenseitig die Bälle zuspielen, ist eher ein Fall für den Satiriker als für den Parlamentskorrespondenten.

Bei der letzten Sitzung des alten Abgeordnetenhauses ging es hoch her: SPD-Bürgermeister Klaus Wowereit verhöhnte den CDU-Fraktionsvorsitzenden Nicolas Zimmer. „Sie haben heute Ihre Abschiedsrede gehalten“, gluckste er und vermerkte süffisant, es sei doch „doof“ für Zimmer, solche Abschiedssprüche auch in der Zeitung lesen zu müssen.

Der Hintergrund: CDU-Spitzenkandidat Friedbert Pflüger angekündigt hatte, als Fraktionschef in Berlin zu bleiben, wenn er nicht Bürgermeister werde. Und das kann ja dann nur heißen: Zimmer muß sein Amt abgeben.

Dem FDP-Fraktionschef Martin Lindner warf Wowereit vor, ein klares Konzept zu vertreten, nämlich das „der Reichen“: „Sie vertreten zehn Prozent der Bevölkerung.“ Diese zehn Prozent wollten, daß sich nur die stärkeren, also sie selbst, durchsetzen könnten. Lindner konterte, daß nur „die Reichen“ sich die Politik des rot/roten Senates „leisten“ könnten. Lindner: „Die bringen ihre Kinder auf Privatschulen.“ Er vertrete dagegen den Mittelstand.

Überraschend heftige Kritik zog sich Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) zu. Und zwar aus den eigenen Reihen! „Man freut sich manchmal, wenn er nichts sagt“, bekannte sein Regierender Bürgermeister im Hinblick auf folgende Interview-Äußerung seines Genossen (in der „Zeit“) über die Lage Berlins 16 Jahre nach der Vereinigung: „Lassen Sie mich mal so sagen: Der Schutt ist abgeräumt. Wir leben hier nicht mehr im Jahre 1945. Sondern wir leben im Jahre 1947.“ Was für ein Armutszeugnis für die eigene Arbeit! Das hat Wowereit offenbar schwer getroffen.

Die CDU kann Sarrazins Steilvorlage aber kaum ausnutzen. Ihr Spitzenmann Pflüger ist in die denkbar größte Falle getappt, als ihm bei einem Rededuell mit Wowereit lauter Sätze passierten wie: „Da hat der Wowereit eben auch völlig zu Recht einen der wesentlichen Gründe genannt.“ Und: „Zunächst einmal hat der Wowereit mit einer Bemerkung wieder völlig recht.“ Und auch noch: „Und noch einmal: Das ist nicht Wowereit vorzuwerfen. Tue ich auch nicht.“ Schließlich auch noch: „Der Herr Wowereit hat es in den letzten fünf Jahren ganz gut hingekriegt.“ Die SPD sendet diese aus dem Zusammenhang gerissenen Sätze jetzt in der ganzen Stadt als Kinospot. Mit dem einen Satz: „Dem haben wir nichts hinzuzufügen.“

Glanzprojekt als Rohrkrepierer?

Billigfluglinien attackieren die Planungen zum neuen Berliner Großflughafen: Wachtumsmarkt übersehen



Dienstag war erster Spatenstich: Mit dem neuen Berliner Flughafen will die Hauptstadt zum internationalen Luftdrehkreuz aufsteigen.

Grafik: BBI

Von MARKUS SCHLEUSENER

John Kohlsaat gehört nicht zu den Führungskräften, die gern eine Krawatte tragen. Die Umgangsformen des Chefs von „Easyjet Deutschland“, einer der führenden Billigfluggesellschaften, sind eher lässig, einer wie Kohlsaat vergreift sich nicht so schnell im Ton. Er sei nicht „wie der Hunold, der immer gleich meckert und zetert, wenn ihm was nicht paßt“, vergleicht ein leitender „Easyjet“-Angestellter die Haltung seines Bosses mit der von „Air Berlin“-Chef Andreas Hunold.

Inzwischen jedoch ist Kohlsaat die lockere Art vergangen. Der 42jährige hat kurzfristig eine Pressekonferenz anberaumt – mitten im Wahlkampf. Gegenstand des Gesprächs mit den neugierigen Vertretern der Hauptstadtpresse: „Easyjet warnt vor Bau eines Milliardengrabs.“

Es geht gegen den neuen Großflughafen „Berlin Brandenburg International“ kurz: BBI. Da BBI das Steckenpferd des Regierenden Bürgermeisters von Berlin ist, muß der rot-rote Senat Kohlsaats Auftritt als Kampfansage verstehen. Klaus Wowereit (SPD) läßt sonst seinen Wirtschaftssenator Harald Wolf (Linkspartei/PDS) die miesen Wirtschaftsdaten bekanntgeben, schickt ihn zu vom Rausschmiß bedrohten Mitarbeitern von Pleitefirmen.

Nur die guten Nachrichten präsentiert Wowereit selbst der Öffentlichkeit. Und wenn er über Zukunftspläne redet, dann über BBI. Den Großflughafen, der Arbeitsplätze und Aufschwung „für die ganze Region“ verspricht. BBI ist Chefsache.

„Der neue Großflughafen wird Billigfliegern nicht gerecht“, spuckt jetzt der „Easyjet“-Chef dem Senat in die Suppe. Die Landesregierung kann die harschen Äußerungen nicht einfach als die betriebsbedingten Sorgen eines Firmenchefs abtun. Schließlich ist Kohlsaat mit seiner Billigfluggesellschaft (Parole: „Berlin will fliegen“) erheblich daran beteiligt, die herbeigesehnten Touristen nach Berlin zu bringen. „Wir fliegen rein, nicht raus“, streicht Kohlsaat über die berlinfördernde Struktur seiner Kundschaft heraus. „Easyjet“ befördere mit insgesamt 120 Maschinen vor allem Besucher nach Berlin, während Berliner nur in geringerem Maße Ziele wie Rom, Paris oder Laibach zum Billigtarif ansteuerten, so der „Easyjet“-Chef.

„Wir sind die viertgrößte Fluggesellschaft Europas“, verkündet Kohlsaat. Und fügt hinzu: „Schönefeld ist unser größter Standort außerhalb des Vereinigten Königsreichs.“ 400 Mitarbeiter arbeiteten dort für sein Unternehmen. Das könnte jedoch auch daran liegen, daß die britische „Easyjet“ 2004 mit Sonderkonditionen wie verbilligten Flughafenentgelten nach Berlin gelockt wurde, die sie wegen der BBI-Planungen nun gefährdet sähe, spottete jüngst der Sprecher des Konkurrenten „Air Berlin“, Peter Hauptvogel. Die Gesellschaft „German Wings“ will sich Kohlsaats Kritik ebenfalls nicht anschließen. Wenn BBI ein eigenes „Low Cost Terminal“ haben werde, dann sei das zufriedenstellend.

Was genau stört die Fluggesellschaft jetzt? „Easyjet“ beschwert sich über die angeblich viel zu großen Entfernungen. Die Fußwege in BBI würden weitaus länger als bislang gewohnt. Die Fluggäste bräuchten viel mehr Zeit. Aufgrund langer Wege und zu weniger Standplätze würde jede seiner Maschinen statt bisher 30 dann 50 Minuten am Boden bleiben müssen. Das hieße für die Zukunft, „auf einen Arbeitstag hochgerechnet ... für Easyjet den Verlust eines ganzen Fluges pro Flugzeug.“ Was herbe wirtschaftliche Einbußen zufolge habe, denn: „Unsere Flugzeuge müssen in der Luft sein, nicht am Boden“, um Gewinn zu machen.

Mehrere Gebäudekomplexe sind geplant, die sich über das Gelände verteilen und nicht miteinander verbunden sind. Der Übergang von Gebäude zu Gebäude und zum Flugzeug soll per Bus erfolgen. Dies wird zwar auch in anderen Großflughäfen so gehandhabt, doch, so beklagt Kohlsaats Pressesprecher Oliver Aust, „ein Bustransfer ist die schlechteste Variante“. Außerdem seien für alle Billigflieger zusammen nur zehn Standplätze vorgesehen. Schon jetzt nutze allein „Easyjet“ in Schönefeld sechs Plätze.

Die Pläne für BBI stammten aus den 90er Jahren, als ein Flug von Berlin nach Stuttgart oder Köln noch 200 bis 300 Euro kostete, weil die Lufthansa als Monopolist die Preise habe diktieren können. Damals habe es weder „Easyjet“ noch „Airbaltic“, „DBA“ oder „HLX“ gegeben.

Doch, darin sind sich Tourismusexperten in der Tat einig: Den Billigfliegern gehört die Zukunft, was in den Plänen für BBI laut „Easyjet“ nur unzureichend berücksichtigt worden ist. Heute rechnet der Flughafenbetreiber selbst damit, daß ab BBI nur noch 30 Prozent Linienmaschinen fliegen werden – und 70 Prozent Billigflieger.

Bleibe es bei den derzeitigen Bauplänen der Flughafenbaugesellschaft, so drohe BBI „ein großer leerer Glaspalast zu werden“, warnt Kohlsaat. Nur 16 statt der erhofften 38 Millionen Fluggäste würden dann den Flughafen nutzen. Der Ansehensverlust wäre gewaltig, wenn sich unter Urlaubern wie Vielfliegern erst einmal der Rat herumspräche: „Flieg bloß nicht über Schönefeld!“

Kohlsaats Kritiker indes werfen dem rührigen „Easjet“-Chef vor, mit seiner Attacke gegen BBI vor allem Werbung in eigener Sache machen zu wollen. Vergangenen Dienstag erfolgte 14 Jahre nach den ersten Planungen der erste Spatenstich. Ob der neue Flughafen allerdings – Billigflieger hin oder her – überhaupt je die Chance haben wird, sich neben den vorhandenen deutschen Umsteigeflughäfen wie Frankfurt oder München als neues „Drehkreuz“ zu behaupten, steht Fachleuten zufolge in den Sternen.

Türkische Frauenrechtlerin gibt auf

Berliner Anwältin Seyran Ates hat ihre Zulassung zurückgegeben – Rätselraten über ihre Gründe: War ein Überfall der Auslöser?

Von PATRICK O'BRIAN

Ates hat das Handtuch geworfen“, titelte die türkische Tageszeitung „Hürriyet“, als die Berliner Rechtsanwältin Seyran Ates jetzt ihre Zulassung zurückgab. Ates ist eben nicht nur in Deutschland über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt. Die gebürtige Türkin hat immer wieder – ähnlich wie die somalisch-niederländische Frauenrechtlerin Hirsi Ali – schwere Vorwürfe gegen den Islam erhoben.

Mittvierzigerin Ates entstammt einer türkisch-kurdischen Familie. Im Alter von sechs Jahren kam sie 1969 nach Berlin – in den Wedding. Sie durchlebte hier ihre Jugend in einer von archaischen Familienstrukturen geprägten Parallelwelt.

Seyran berichtete später, wie sie ihre Brüder bedienen mußte und an die elterliche Wohnung gefesselt war, die nur ein Zimmer hatte. Anders als die meisten „Problemkinder“ aus Einwandererfamilien nutzte sie aber die Chance, die ihr das deutsche Bildungssystem bot. Sie hatte gute Noten. Ihre Mitschüler wählten sie zur Schulsprecherin.

Trotz altertümlicher Familienstrukturen gelang ihr der Sprung

Erst kürzlich ist Günter Piening in diese Parallelwelt eingetaucht. So gut das eben geht, als Außenstehender. Berlins Ausländerbeauftragter lud zum Rundgang in die Soldiner Straße, genau den Kiez, in dem die kleine Seyran großgeworden ist.

Hätte der Ortstermin nicht zufälligerweise eine Woche nach den vereitelten Anschlägen in London stattgefunden – kaum ein Journalist wäre aufgetaucht. Doch so ist das halbe Pressekorps der Hauptstadt im Wedding dabei.

Zur Pressekonferenz präsentierte Piening im Gebetsraum eines Moscheevereins die heile Multikulti-Welt: Dr. Marianne Kapler, eine zum Islam konvertierte Deutsche, berichtete von der guten Bildungsarbeit in ihrer Moschee, von Deutsch-, Koch- oder Kosmetikkursen. „Wir verstehen uns als Bindeglied zwischen der Gemeinde und der Gesellschaft.“ Gefördert wird das ganze mit Steuergeldern, etwa aus dem Fonds „Soziale Stadt“.

1999 existierten im „Soldiner Kiez“ drei Moscheevereine, heute seien es schon sieben, berichtet ein Vertreter der Stadtverwaltung. Wedding – das ist Parallelgesellschaft pur.

Das bekamen auch die Journalisten zu spüren bei ihrem anschließenden Rundgang. Aus Hauseingängen und Wettbüros wurden die „Fremden“ die ganze Zeit angestarrt. Eher friedlich aus den türkischen Cafés, eher feindlich aus Internetcafés.

Aus dieser Welt brach Seyran Ates mit 18 Jahren aus. Sie begann das Jurastudium und lebte in einer Wohngemeinschaft. Für ihren Unterhalt arbeitete sie nebenbei in einem Frauenladen.

1984 erschoß ein vermeintlicher Auftragskiller dort eine Frau und verletzte Ates lebensgefährlich. Die heute 43jährige wurde durch den langwierigen Genesungsprozeß in ihrem Studium um Jahre zurückgeworfen.

Als Anwältin nahm sie die Rechte von türkischen Mädchen und Frauen wahr, kämpfte gegen Zwangsehe, Ehrenmord und Kopftuchzwang. Von ihr sind markige Äußerungen zur Integrationsproblematik bekannt: „Die Linken und Liberalen sind immer nur ratlos und veranstalten Tagungen und suchen den Konsens – das ist zu wenig.“ „Multikulti“ bedeutet für Ates nichts als „die organisierte Verantwortungslosigkeit“. Grüne Politiker und türkische Verbände, die sich der Deutschpflicht an der Weddinger Hooverschule widersetzt hatten, nannte sie „eine böse, integrationsfeindliche und rassistische Allianz“.

Gegen »Multikulti« und Konsens mit den Falschen

Als 2005 die junge Türkin Hatun Sürücü Opfer eines sogenannten Ehrenmordes wurde, veranstaltete Seyran Ates eine Mahnwache. Damals erhielt sie erste Drohbriefe. Mit ihren eindeutigen Aussagen hat sie sich keine Freunde im Einwanderermilieu gemacht.

Trotzdem kommt ihr Rückzug jetzt überraschend: Am 11. August hat Ates ihre Anwaltslizenz zurückgegeben. Der Grund könnte ein Vorfall nach einer Verhandlung zwei Monate zuvor gewesen sein. Ates hatte eine Türkin vertreten, die sich von ihrem Mann scheiden lassen wollte.

Der Mann hatte die Frau mehrfach geschlagen und ihr für den Fall der Scheidung mit dem Tod gedroht. Nach der Verhandlung vor Gericht ging er dann tatsächlich auf seine Frau und deren Anwältin los. Auf einem U-Bahnhof prügelte er auf beide ein.

Solche Fälle sind Seyran Ates wohl immer wieder untergekommen. Ihre Kanzlei ließ sie vorsichtshalber von einer Kamera überwachen. Trotzdem rätselt halb Berlin jetzt, ob Ates wirklich wegen eines zwei Monate alten Überfalls ihre berufliche Existenz aufgegeben hat. Verschiedene Politiker jedenfalls gaben sich bestürzt, forderten besseren Schutz für Frauen wie Ates. „Hürriyet“ dagegen berichtete sarkastisch: „Sie sucht jetzt einen Job.“

Zeitzeugen



Franz Steinkühler – Das SPD-Mitglied kann auf eine lange Karriere bei der IG Metall zurückblicken: vom Bezirkssekretär 1963 bis zum Chef der Gewerkschaft (1986–1993). Sein Name steht für die „Steinkühlerpause“ (Erholpausen für Fließbandarbeiter) und die 35-Stunden-Woche. Wegen Verdachts, sein Aufsichtsratmandat für Insidergeschäfte mißbraucht zu haben, trat er 1993 zurück.

Hans Katzer – Der CDU-Politiker aus Köln (1919–1996) war von 1965 bis 1969 unter Ludwig Erhard und später Kurt Georg Kiesinger Bundesminister für „Arbeit und Sozialordnung“, danach bis 1979 stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft wollte Katzer eine zeitgemäße Gesellschaftsform gestalten und machte sich besonders für die Mitbestimmung und das Miteigentum stark.



Heinz Vetter – Der gebürtige Bochumer (1917–1990) war von 1969 bis 1982 Vorsitzender des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“. In seiner Amtszeit wurde das Mitbestimmungsgesetz beschlossen, das er als „die größte Enttäuschung seiner Amtszeit“ sah, da es ihm nicht weit genug ging, trotzdem wurde er als „Messias der Mitbestimmung“ gefeiert. Gleichzeitig fällt auch der größte Skandal des DGB in seine Ära: Die Affäre um den Baukonzern „Neue Heimat“.

Kurt Biedenkopf – Der CDU-Politiker (*1930) und ehemalige Ministerpräsident von Sachsen ist entschiedener Befürworter der Mitbestimmung. So leitet er auch die jetzige Kommission, die sich mit ihrer Reform beschäftigt. Mitbestimmung erweise sich als Vorteil, so Biedenkopf, weil Anpassungsprozesse dadurch reibungsloser verliefen. Für einen grundlegenden Umbau der Mitbestimmung gibt es für ihn keinen Anlaß.



Gustav Bauer – Der 1870 in Darkehmen / Ostpreußen geborene SPD-Politiker war vom 21. Juni 1919 bis zum 26. März 1920 Reichskanzler der Weimarer Republik. In seine Amtszeit fiel die Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes (siehe Artikel rechts), das beschlossen wurde, als vor dem Reichstag 30 000 Anhänger von KPD und USPD gegen das für sie zu lasche Gesetz demonstrierten. Nach Übergriffen auf die Wachleute kam es zur Schießerei – 42 Tote.

Standortrisiko Parität

30 Jahre unternehmerische Mitbestimmung – Reformen dringend erforderlich

Von Bernhard Knapstein

Dreißig Jahre nach Einführung des Mitbestimmungsgesetzes sind die Fronten zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern noch immer nicht geglättet. Unternehmerische Mitbestimmung, damit ist die paritätische Mitbestimmung in etwa 730 deutschen Kapitalgesellschaften mit jeweils mehr als 2 000 Beschäftigten gemeint. In den Aufsichtsräten dieser Großunternehmen sitzen je zur Hälfte Arbeitnehmervertreter und Anteilseigner. Dabei kommt dem Vorsitzenden bei einer Pattsituation ein doppeltes Stimmrecht zu. Bei Nichteinigung wird dadurch der Aufsichtsrat von der Anteilseignerseite dominiert.

Kein Land Europas hat ein so weitreichendes Gesetz zur unternehmerischen Mitbestimmung, 14 EU-Staaten haben sogar gar keine Regelung. Entsprechend ungehalten ist Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt über die Forderung von Gewerkschaftschef Michael Sommer nach Abschaffung der Doppelstimme des Aufsichtsratsvorsitzenden. „Solche Forderungen sind abwegig und auch nicht im Sinne der Arbeitnehmer“, stellt Hundt gegenüber der „Südwest Presse“ klar.

Mit der Aufhebung der Doppelstimme könnte das Mitbestimmungsgesetz zum volkswirtschaftlichen Desaster werden, so die Befürchtung der Arbeitgeber. Das Blockieren unternehmerischer Entscheidungen durch die Arbeitnehmerschaft als eine Form der Fortsetzung des Arbeitskampfes sei vorhersehbar. Zwar würde zur Behebung der Pattsituation, wie schon jetzt in der Montanindustrie üblich, ein sogenannter „Neutraler“ die Situation klären. Die Skepsis an dieser Regelung rührt aber, wie ein Mitarbeiter der „Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ (BdA) erläutert – aus der Erfahrung mit den in der Montanindustrie eingesetzten „Neutralen“, die eine „gewisse Affinität zur Arbeitnehmerschaft“ hätten. Über das Mitbestimmungsrecht läßt sich aber auch schon aus prinzipiellem Grunde trefflich streiten, denn es stellt einen Systembruch im verfassungsrechtlich garantierten Eigentumsrecht (Artikel 14 Grundgesetz) dar. „Die Aufhebung der Doppelstimme des von den Anteilseignern gestellten Aufsichtsratsvorsitzenden wäre endgültig verfassungswidrig“, so der BdA-Mitarbeiter gegenüber der *PAZ*.

Mitbestimmung ist Systembruch der Eigentumsgarantie

Hundt steht dennoch hinter dem Gesetz, denn er sieht auch seine Vorteile. Die deutschen Arbeitgeber haben den Wert der arbeitnehmerseitigen Identifizierung mit dem eigenen Unternehmen schon vor Jahrzehnten als produktionssteigernden Faktor erkannt. Diese Identifizierung erreichen Arbeitgeber durch Mitarbeiter-Zeitungen, Vorzugsaktienangebote, Urkunden und die berühmte goldene Uhr zur 35jährigen Betriebszugehörigkeit oder andere innerbetriebliche Statussymbole.

Ein Haken an der von Hundt grundsätzlich begrüßten paritätischen Mitbestimmung im Aufsichtsrat bleibt allerdings das Entsenderecht der Gewerkschaften und der daran gekoppelte Anspruch auf Aufsichtsratsplätze für Gewerkschafter, die nicht immer betriebsangehörig sein müssen. Das kommt nicht bei allen Arbeitnehmern gut an – erst recht nicht bei Nichtgewerkschaftlern.

Gewerkschaften fördern Kapitalflucht ins Ausland

Schwerwiegender ist allerdings, daß die weitreichende unternehmerische Mitbestimmung in Deutschland sich als zu hohe Hürde für ausländische Investoren erweist. Kapital, das deutsche Unternehmen benötigen, um sich am Markt halten zu können, fließt nicht in dem gewünschten Maße aus dem europäischen Ausland in hiesige Kapitalgesellschaften. Auf diese Weise erweist sich das Mitbestimmungsgesetz als weiterer Grund für die Abwanderung deutscher Unternehmen ins Ausland. Niemand läßt sich gerne enteignen.

Arbeitgeberpräsident Hundt möchte den Standortnachteil durch die Einführung der „Öffnungsklausel“ in das Mitbestimmungsgesetz überwunden wissen. Nach dieser Regelung könnten Arbeitnehmervertreter und Anteilseigner über eine Verkleinerung des Aufsichtsrates und über den Wechsel zu der im Betriebsverfassungsgesetz verankerten „Drittelbeteiligung“ selbst entscheiden. Danach würde nur jeder dritte Aufsichtsratposten durch Arbeitnehmervertreter besetzt.

Es gibt gute Gründe für die Arbeitnehmervertretungen sich auf diesen Rückzug einzulassen. Die europäische Rechtssprechung zur Niederlassungsfreiheit in der EU hat den Kapitalgesellschaften nämlich die Möglichkeit eröffnet, ihren Sitz – auf Kosten deutscher Arbeitsplätze – ins Ausland zu verlegen und dennoch in Deutschland Tätigkeiten zu entfalten, ohne dem Mitbestimmungsgesetz zu unterliegen. Bereits heute nutzt jedes siebte ausländische Unternehmen, das sich in Deutschland ansiedelt das britische Gesellschaftsrecht.

Kurz: Reduzieren die Gewerkschaften nicht die Forderungen zur Mitbestimmung, so werden sie und der deutsche Wirtschaftsstandort überrollt von der europäischen Rechtsrealität.

Vor diesem Hintergrund berät derzeit eine Kommission, bestehend aus Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, unter dem Vorsitz des früheren sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf, die nötigen Reformen zur unternehmerischen Mitbestimmung. Erste Verhandlungsergebnisse werden in Kürze vorgelegt.



Englische Arbeiter auch im größten Unternehmen ohne Mitbestimmung: Gesetze sind in keinem europäischen Land so weitreichend wie in Deutschland. Foto: IPN

Auf einen Blick: Die Modelle der Mitbestimmung

Bei der Arbeitnehmermitbestimmung gibt es in Deutschland drei Varianten – je nach Branche oder Betriebsgröße. Die Unterschiede sind erheblich.

Montanmitbestimmung: In der Montanindustrie gilt die uneingeschränkt paritätische Mitbestimmung in Unternehmen mit mindestens 1 000 Beschäftigten. Dies regelt das Montanmitbestimmungsgesetz. Sollte es zu einer Pattsituation zwischen Anteilseignern und Arbeitnehmervertretern kommen, so wird eine von beiden Seiten akzeptierte Persönlichkeit zur Vermittlung eingesetzt. Dieser „Neutrale“ muß versuchen, in der streitigen Frage die Mehrheit der Stimmen hinter sich zu bringen.

Mitbestimmung im Unternehmen: Nach dem Mitbestimmungsgesetz wirken die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat von Kapitalgesellschaften mit mehr als 2 000 Beschäftigten an den unternehmerischen Entscheidungen mit. Jeder dritte Aufsichtsrat in Gesellschaften mit wenigstens 500 Beschäftigten ist nach dem Drittelbeteiligungsgesetz vom 18. Mai 2004 ein Vertreter der Arbeitnehmer.

Betriebsräte haben nur wenig Kompetenzen

Betriebliche Mitbestimmung: Das Betriebsverfassungsgesetz regelt die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmervertretung (Betriebsrat), seine Informations-, Anhörungs- und Mitwirkungsrechte. Ein Betriebsrat kann in einem Betrieb mit wenigstens fünf Mitarbeitern gewählt werden. Der Betriebsrat wirkt in Bezug auf die Ordnung im Betrieb, die Gestaltung der Arbeitsplätze, die Arbeitsabläufe, der Gestaltung von Richtlinien zur Personalauswahl, über Leistungskontrollen, Personalentscheidungen und Sozialeinrichtungen mit. Je nach Betriebsgröße werden die Mitglieder des Betriebsrates von der Arbeit freigestellt. Einfluß auf unternehmerische Entscheidungen hat der Betriebsrat hingegen nicht. Im öffentlichen Dienst gelten die Personalvertretungsgesetze des Bundes und der Länder entsprechend. Sie regeln die Rechte des Personalrates.

Durchbruch in Montanindustrie

Geschichte der Mitbestimmung reicht bis ins Jahr 1848 zurück

Der Beginn der Geschichte der betrieblichen Mitbestimmung wird allgemein auf das Jahr 1951 datiert. Am 7. Juni jenes Jahres trat das „Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen der Eisen- und Stahlerzeugenden Industrie“ in Kraft – die sogenannte „Montanmitbestimmung“ war geboren. Sie wurde zum Vorbild für das branchenübergreifende Mitbestimmungsgesetz 25 Jahre später.

Doch die historischen Wurzeln der Arbeitnehmermitbestimmung in der deutschen Wirtschaft reichen bedeutend tiefer. Schon 1848 hatte eine Minderheit von Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung einen Gesetzentwurf in das erste demokratisch gewählte deutsche Nationalparlament eingebracht, der die Einführung paritätisch zu besetzender Gewerbekammern vorsah. Paritätisch heißt: Ebenso viele Arbeitnehmer- wie Arbeitgebervertreter. Außerdem setzten sie sich für „Vorgesetztenwahl“ ein.

Die Revolution scheiterte, und mit ihr verschwand der Gedanke der betrieblichen Mitbestimmung ebenso für lange Zeit in der Versenkung.

Zur treibenden Kraft wurde seit ihrer ersten Parteigründung 1863 fortan die Sozialdemokratie. Gehemmt durch die Sozialistengesetze Bismarcks konnte die SPD erst ab 1891, dem Jahr nach der Entlassung des Eisernen Kanzlers, ihre Kampagne für mehr Arbeitermitbestimmung legal fortsetzen. Zunächst wurden sogenannte „Arbeiterausschüsse“ gebildet.

Nach Streiks im Bergbau erließ der Preußische Landtag 1905 das „Preußische Berggesetz“, das die Einführung offizieller Arbeiterausschüsse in Bergbaubetrieben mit mehr als 100 Beschäftigten vorsah. 1916 folgte reichsweit das „Gesetz des Vaterländischen Hilfsdienst“. Fortan hatten Arbeiter- und Angestelltenausschüsse in sämtlichen kriegswichtigen Unternehmen ein Anhörungsrecht in sozialen Fragen. Hierzu zählten auch alle Betriebe, die für die prekäre allgemeine Versorgungslage von Belang waren.

Die junge Weimarer Republik führte 1920 schließlich das Betriebsrätegesetz ein. Alle Unternehmen ab 20 Beschäftigten sollten einen Betriebsrat wählen, der sowohl die wirtschaftlichen wie sozialen Interessen der Arbeiter und Angestellten wahrnahm.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde das Betriebsrätegesetz außer Kraft gesetzt. Ab 1946 erlaubten die Besatzungsmächte erneut die Bildung von Betriebsräten nach Weimarer Vorbild.

Das Gesetz zur Montanmitbestimmung schließlich regelten ab 1951 die „Paritätische Mitbestimmung“ in den Aufsichtsräten von Bergbaubetrieben ab 1 000 Beschäftigten. Um Pattsituationen zu vermeiden, sah man einen Neutralen vor, auf den sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter zu einigen hatten.

Einige Unternehmen versuchten, der Mitbestimmung durch Bildung von Obergesellschaften zu entfliehen. Sie bildeten Konzerne, in denen der Montanbereich nur einen Teil ausmachte, um so nicht unter das Gesetz der Montanmitbestimmung zu fallen. Dies wurde bald durch ein Ergänzungsgesetz unterbunden.

Das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 ordnete außerdem an, daß branchenübergreifend in Gesellschaften mit beschränkter Haftung ab 500 Beschäftigten und Aktiengesellschaften ein Drittel der Aufsichtsratsmitglieder von den Arbeitnehmern gewählt werden. In sozialen Belangen erlangten die Arbeitnehmervertreter Vetorechte. Dieses Gesetz wurde 1972 um Einspruchsrechte einzelner Arbeitnehmer erweitert. Zudem mußte die Arbeitnehmerschaft ab diesem Jahr über vorgesehene Betriebsänderungen informiert werden, wenn diese „wesentliche Nachteile“ für die Beschäftigten mit sich bringen.

Im Jahre 1976 schließlich verabschiedete der Bundestag das Mitbestimmungsgesetz, das bis heute Bestand hat. Das alte Betriebsverfassungsgesetz wurde erst 2004 durch das neue „Drittelbeteiligungsgesetz“ ersetzt (Erläuterungen siehe oben). *H.H.*

»Ich weiß, wovon ich spreche«

Horst Köhler sprach beim Tag der Heimat über eigenes Vertreibungsschicksal

Von Klaus D. Voss

Bundespräsident Horst Köhler spürte, daß er nachlegen mußte. Eben hatte er noch aufgeblickt vom Rednerpult im Berliner ICC, dem großen Kongreßzentrum am Funkturm. Mitten in den Saal mit mehr als 1000 Menschen – Vertriebenen, Flüchtlingen und deren Nachkommen – die in Berlin mit dem „Bund der Vertriebenen" (BdV) den „Tag der Heimat 2006" feierten. Köhler traf auf Bürger, die schon seit Jahren miterleben, wie sich die Gesellschaft nach und nach für Fragen der deutschen Nachkriegsgeschichte geöffnet hat. Der Blick auf die Ereignisse ist sachlicher geworden, präziser – einige Historiker sprechen schon von einer „Trendwende in der Erinnerungskultur".

Die Erwartungen, die an einen Bundespräsidenten gestellt sind, der zum ersten Mal vor diesem Forum der Vertriebenen spricht, sind hoch. Zwei Sätze aus seinem Manuskript: „Daher tun wir gut daran, auch den Vertriebenen zuzuhören. Nicht nur, um zu erfahren, wie es damals war. Sondern auch, um ihnen zu helfen, mit der Last umzugehen, die ihnen auf der Seele liegt." Dann frei gesprochen, über den abgestimmten Redetext hinaus, sagte Köhler in den dankbaren Beifall: „Ich weiß, wovon ich spreche, auch mir liegt ein Stück davon auf der Seele."

Später wird er mit ein paar Sätzen an den Weg seiner Familie erinnern: Bessarabische Bauern waren die Eltern, die 1940 wegen der Abmachungen im Hitler-Stalin-Pakt das Land zwischen Pruth und Dnister verlassen mußten, es folgten zwei Jahre Lager. Schließlich wurden seine Eltern umgesiedelt nach Polen, „bekamen ein Haus, das die Nazis polnischen Bauern weggenommen hatten [Köhler]". 1943 wird Horst Köhler in Heidenstein, heute Skierbieszow geboren.

Als die Partisanenüberfälle im Distrikt Lublin immer gefährlicher wurden, kam die Familie in ein Auffanglager im Warthegau, dann 1945 Flucht vor der Roten Armee Richtung Leipzig. Später Flucht aus der DDR nach West-Berlin, schließlich siedelten die Köhlers im schwäbischen Ludwigsburg. Horst Köhler braucht nur ein paar Stichworte, um an die Geschichte seiner Familie zu erinnern. Ein Bekenntnis zu einem deutschen Schicksal.

Es ist selten, daß ein Bundespräsident seinen nach allen Seiten, auch außenpolitisch abgestimmten Redetext verläßt und frei ergänzt, auch wenn er es wie in diesem Fall bei persönlichen Anmerkungen beläßt.

Im übrigen Teil seiner Festansprache folgte Köhler schnurgerade dem Redetext, und damit ebenso schnurgerade den Positionen des politischen Berlin: Er würdigte „Tragödie und Leistung" der Vertriebenen, aber kein Wort zuviel, das man als seinen Einsatz für ein „Zentrum gegen Vertreibungen" deuten könnte, kein Gedanke an einen nationalen Gedenktag, wie ihn BdV-Präsidentin Erika Steinbach eingefordert hatte. Und noch immer kein offenes Wort, das – befreit von Zwängen der Vergangenheit – zeigt, wie man an die Leiden der Deutschen ohne rhetorische Umwege erinnern und damit den Opfern vollen Respekt erweisen kann.



Gastgeberin Erika Steinbach enttäuscht: Der Hauptredner Bundespräsident Horst Köhler vermied bei der BdV-Veranstaltung direkte Aussagen zum „Zentrum gegen Vertreibungen". Foto: Reuters

Der Bundespräsident warb für ein „Erinnerungswerk, eingebettet in einen europäischen Dialog", das ist gerade die Minimalformel, auf die sich auch SPD und Union im Koalitionsvertrag geeinigt hatten. Über die Danziger Erklärung von 2003, in der die damaligen Staatsoberhäupter Rau und Kwasniewski den Verzicht auf gegenseitige Schuldaufrechnungen vereinbart hatten, ist man im Berliner Regierungsviertel noch immer nicht hinausgekommen. Deutsche und Polen sind allerdings schon im europäischen Alltagsleben angekommen – sie haben die Nachkriegsordnung der ewigen deutsch-polnischen Themen durch das ersetzt, was nun im Vordergrund steht: Hunderttausende Polen pendeln über die Grenzen und verdienen in den Nachbarländern ihr Geld – Alltag im vereinten Europa.

Die postwendende Erregung des polnischen Ministerpräsidenten Jaroslaw Kaczynski über die Ansprache Köhlers war ohne Bezug zum Ereignis selbst. In Zakopane hatte Kaczynski behauptet, es gebe eine große Unruhe in Polen: „In Deutschland besteht eine große, vom Staat unterstützte Struktur, die ständig die Frage der polnischen Gebiete anspricht, die einst zum Deutschen Reich gehört haben", meinte der Ministerpräsident. Es ist deutlicher denn je, daß Kaczynski ständig seine Anhänger mobilisiert halten muß; die Partei „Recht und Gerechtigkeit" (PiS) hat nur eine sehr schmale politische Basis.

Köhler hingegen hatte in Berlin gemahnt, die polnischen Befürchtungen um das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen" „ernst zu nehmen, gerade weil wir sie für unbegründet halten".

Der Festakt unter dem Thema „Menschenrechte achten, Vertreibungen ächten" lief in souveräner Ruhe, wie kaum ein BdV-Treffen zuvor. BdV-Präsidentin Steinbach warb erneut dafür, in der Ausstellung „Erzwungene Wege" (noch bis zum 29. Oktober im Berliner Kronprinzenpalais) den europäischen Gedanken zu sehen, dem auch das geforderte „Zentrum gegen Vertreibungen" gewidmet werden soll. Sie erinnerte zugleich an Peter Glotz, der sich immer auch gegen die Widerstände in der SPD für ein vollständiges Geschichtsbild eingesetzt habe. Glotz wurde ein Jahr nach seinem Tod mit der Ehrenplakette des BdV ausgezeichnet.

Steinbach verlangte, daß das „Zentrum gegen Vertreibungen" als gesamtstaatliche Aufgabe auch die Siedlungsgeschichte und das kulturelle Erbe als Teil der gesamtdeutschen Identität dokumentieren und in Erinnerung halten soll – „damit niemand mehr fragen muß, wo Bessarabien eigentlich liegt".

Verhandlungssache

Absprachen an Gerichten offenbaren Schwachstellen beim Strafrecht

Von Bernhard Knapstein

Der Kommentar eines Leipziger Staatsanwalts zu dem von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries angestrebten „Gesetz zur Regelung der Verständigung in Strafverfahren" ist vielsagend: „Es gibt Wichtigeres!"

Es geht um die bisher noch nicht gesetzlich geregelten Absprachen zwischen Staatsanwaltschaft beziehungsweise Gericht und Verteidigung im Sinne von Strafminderung gegen Geständnis.

Das Gesetz soll die gängige und von Bundesgerichtshof wiederholt für zulässig erklärte „Deal"-Praxis mit mehr Rechtssicherheit und Transparenz versehen sowie die Kommunikation zwischen den Verfahrensbeteiligten anregen.

Damit sind nicht die klassischen Verfahrenseinstellungen gegen Wiedergutmachungs-Auflagen nach § 153 a Strafprozeßordnung gemeint, die man als häufiges Ergebnis von Straßenverkehrsdelikten kennt.

In der Praxis ist das „Deal"-Verfahren vor allem bei gemeinschaftlich begangenen Straftaten relevant und wird gerade dann angewandt, wenn wegen der notwendigen Beweisaufnahme durch zahlreiche Zeugen eine lange Verfahrensdauer mit offenem Ergebnis zu erwarten ist und die zu erwartende Gesamtstrafe dabei überschaubar bleibt.

Sogenannte »Deals« sind kostengünstiger und schneller

Beispiel: Vier Vorbestrafte brechen in Serie in zehn Kioske ein, um an Zigaretten zu kommen. Beim letzten Mal werden sie erwischt und festgenommen. Die Tatverdächtigen streiten später alles ab, da sie wegen der Vorstrafen mit härteren Konsequenzen rechnen. Die Beweislage ist aus der Sicht der Staatsanwaltschaft nur für den letzten Fall eindeutig.

Lieber ein bißchen Strafe als gar keine

Das Gericht sieht sich einem aufwendigen und mehrere Sitzungen in Anspruch nehmenden Beweisaufnahmeverfahren gegenüber. Für die Angeklagten besteht die Gefahr, daß das Gericht Freiheitsstrafen von mehr als zwei Jahren verhängt, was eine Bewährung ausschließen würde. Die Beteiligten einigen sich nach umfangreichem Geständnis der Angeklagten auf ein Strafmaß von jeweils 20 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung.

Die Sache ist damit zeitnah und relativ kostengünstig vom Tisch, die Angeklagten sind zum zweiten Mal strafrechtlich angezählt und eine Revision wegen Verfahrensfehlern muß nicht befürchtet werden. Alle Beteiligten – mit Ausnahme der Kioskbesitzer – sind zufrieden.

Solche „Deals" sind seit Jahren üblich und nach gängiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes auch unter bestimmten Voraussetzungen zulässig.

Dessen Maximen, darunter die Wahrung des Öffentlichkeitsgrundsatzes, die Glaubhaftigkeit des Geständnisses, das Verbot der erpressten Absprache sowie das Härteverbot bei Geständnisverweigerung wurden nun noch einmal von Ministerialbeamten in Gesetzesform gegossen.

Das kritisieren Opfer von Straftaten, und zwar aus generellen Erwägungen. Die Absprachen höhlten den Sanktionsgedanken des Strafrechts aus, lassen Opferverbände verlautbaren, und das Gesetz verkomme zur bloßen Verhandlungsmasse.

Doch auch die Juristen im Deutschen Richterbund stehen der Verständigung im Strafprozeß mit gemischten Gefühlen gegenüber.

Das Problem sei bereits in der Strafprozeßordnung enthalten. Gute Verteidiger seien in der Lage, die Gerichte durch eine kaum überschaubare Zahl von prozeßtaktischen Anträgen zu lähmen und so Prozeßfehler zu provozieren. Da drohe stets das Damoklesschwert der Revision.

Hinzu kommen Personalnotstände bei allen Behörden der Strafjustiz. Die „Deals" sind somit Symptome einer schwächelnden Justitia.

Der Vorstoß des Justizministeriums hat nun die Schwachstelle des deutschen Strafrechts offengelegt: das Strafprozeßrecht.

Täterväter im Trend

Familienromane verarbeiten angebliche Schuld der Väter

Von H.-J. von Leesen

Es lohnt manchmal, einen Blick in Publikationen zu werfen, die eigentlich außerhalb des Interessengebietes liegen. So offenbart die Zeitschrift „Mittelweg 36" aus dem von Jan Philipp Reemtsma unterhaltenen „Hamburger Institut für Sozialforschung" interessante Ansichten.

Zugegeben: Die Lektüre mancher Beiträge ist quälend, weil ein Deutsch gepflegt wird, das offenbar unverständlich sein soll. Was soll beispielsweise „die Sondierung einer Zukunft des Erinnerns, die faktisch schon begonnen hat" bedeuten? – „Ambiguität" findet man zwar in der neuesten Duden-Ausgabe, doch scheint es eine modische Erfindung zu sein, denn in Ausgaben vor der Rechtschreibreform fehlt dieser aparte Ausdruck (der übrigens „Ehrgeiz" bedeutet, aber warum schreibt das der Autor nicht?). Und auch eine Formulierung wie die von „kontingenten Prozessen mit kontrafaktischen Reflexionen" findet man nicht alle Tage.

Dennoch enthält das Heft mindestens zwei bemerkenswerte Informationen. So untersucht ein Autor die in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden schießenden „Familienromane" vor allem von weiblichen Autoren, in denen sie sich herumschlagen mit ihren „Tätervätern". Die Verdächtigungen, die sie um ihre Väter ranken, nehmen die Damen so mit, daß sie von chronischen Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit und Schuldgefühlen berichten, die sie veranlassen, sich Psychotherapeuten anzuvertrauen.

Nun fragt unser Autor, was denn eigentlich diese „Täterväter" Schlimmes getan haben. Und er kommt zu dem Schluß: In manchen Fällen genügt die Feststellung einer Parteimitgliedschaft, um über weitergehende schuldhafte Verstrickungen mutmaßen zu können. Nur in einem Falle hat er einen Vater gefunden, der sich als Gestapo-Mann Verbrechen schuldig gemacht haben könnte; alle anderen Väter in dieser „Vaterliteratur" aber sind im Grunde harmlose Zeitgenossen gewesen. Verbrechen jedenfalls kann man ihnen nicht nachsagen, wenn man nüchtern genug bleibt und sich nicht gefangen nehmen läßt von dem hierzulande seit Jahrzehnten praktizierten Schuldkult. Der Verfasser spricht solchen Büchern lediglich einen „Erbaulichkeitseffekt" zu, angesichts dessen man „dann auch nicht mehr fragen (muß), ob der Vater wirklich Massenmörder war oder nur ein kleines Rad im Getriebe".

Reemtsma-Ausstellung war häufig Anlaß

Bemerkenswert übrigens die Feststellung, daß offenbar die Reemtsmasche Propagandaausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht", die wegen zahlreicher Fälschungen schließlich aufflog, der äußere Anlaß für manche dieser Bücher gewesen ist.

In einem anderen Artikel erfährt man, was die Ansicht mancher Zeitgenossen bestätigt, die „Rote Armee Fraktion" sei mindestens ebenso sehr ein Fall für den Psychiater gewesen wie für die Polizei. Schon 1971 wurde von einer Putzfrau der Entwurf eines Briefes gefunden, dessen Empfängeradresse verschlüsselt war, deren Verfasser erst nach Jahren in Erfahrung gebracht werden konnte. In diesem Brief bittet Ulrike Meinhof die „Partei der Arbeit der Volksrepublik Korea", Mitglieder der RAF in Nordkorea militärisch auszubilden, damit sie wirksamer in der Bundesrepublik Deutschland kämpfen können. Ihr Ziel: ein „einheitliches sozialistisches Deutschland mit der Arbeiterklasse der DDR und ihrer Partei und niemals gegen sie" zu schaffen. Das Ausmaß der Verblendung der linken Terrorbande wird deutlich, wenn man weiß, daß der Kommunismus in Nordkorea bei einer Einwohnerzahl von etwa 23 Millionen Menschen mehr als drei Millionen Tote verursacht hat. Ob der Brief jemals abgeschickt wurde, ist nicht bekannt. Deutlich wird durch den Brief auch, wie eng die Verbindung der Baader-Meinhof-Bande mit der DDR war.

„Mittelweg 36 – Zeitschrift des Hamburger Institutes für Sozialforschung"*, Hamburger Edition HIS, Heft Juni / Juli 2006, 96 Seiten, 9,50 Euro*

Frauen zurück an den Herd

Eva Herman bringt ihre Geschlechtsgenossinnen auf die Barrikaden und trifft unversehens ins Schwarze

Von Rebecca Bellano

Auch wenn Sie nicht wie Günter Grass gestanden hat, bei der Waffen-SS gewesen zu sein, dürften Eva Hermans Äußerungen gegen die Emanzipation und ein Ja zur Rolle der Mutter und Hausfrau sich ähnlich verkaufsfördernd auf ihr neues Buch „Eva-Prinzip" auswirken. In Sachen Medienaufmerksamkeit hat sie den Literaturnobelpreisträger zumindest erfolgreich abgelöst.

Mit der Wiederentdeckung von Kindern und Küche hat Eva Herman den Verfechtern der Frauenbewegung den Kampf angesagt, obwohl sie keine Neigung zeigt, eine Anti-Emanzipations-Bewegung anzuführen. Mit der Art und Weise, wie sie ihre Argumente vorbringt, wird sie zudem keine Anhänger finden. Eva Herman ist viel zu radikal. Mit Aussagen wie „Ich finde, Frauen sollten öfter mal den Mund halten" macht man sich nirgendwo Freunde. Außerdem wirken ihre Thesen aus dem Munde einer Karrierefrau ziemlich überhöht. Sie selbst hat all das gelebt, was sie anprangert. Trotzdem trifft Eva Herman den Kern des Problems der deutschen Frauen: Kind und Karriere passen nicht zusammen. Allerdings liegt die Ursache etwas anders, als von der blonden Moderatorin propagiert. Nicht das natürliche mütterliche Wesen der Frau, sondern die Umwelt verbaut ihr die Verquickung.

So hat das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" (IAB) in Nürnberg ganz sachlich festgestellt, daß nur 22 Prozent der Führungskräfte in der Privatwirtschaft Frauen sind. Von diesen haben nur 32 Prozent Kinder, während 53 Prozent ihrer männlichen Kollegen eigenen Nachwuchs haben. Ein Grund: Männer in Führungspositionen haben meistens Ehefrauen, die nicht berufstätig sind und sich somit voll und ganz der Kindererziehung und auch der Unterstützung seiner Karriere widmen können. Bei weiblichen Führungskräften hingegen sind laut IAB die Lebenspartner mehrheitlich voll berufstätig, rund ein Drittel von ihnen hat sogar ebenfalls eine Führungsposition inne.

Aber nicht nur die Vereinbarkeit von Kind und Karriere ist anhand mangelnder Betreuungsmöglichkeiten ein Problem, schon der Start einer Karriere ist problematisch. Obwohl Arbeitgeber immer wieder beteuern, wie wichtig es ihnen sei, daß Frauen Beruf und Familie miteinander vereinbaren können, zeigt sich immer wieder, daß die Realität anders aussieht. So klagten kürzlich in einem Internetforum der Zeitschrift „Brigitte" zahlreiche Frauen ihr Leid. Von Mobbing war die Rede, von Chefs, die persönlich beleidigt waren, wenn eine Mitarbeiterin schwanger wurde und dieser vorwarfen, sie wäre zu faul zum Arbeiten. Besonders häufig wurde beschrieben, wie nach der Rückkehr aus der Elternzeit nur noch die ungeliebten Arbeiten auf den Schreibtischen der jungen Mütter landeten, sie in den Leistungsanforderungen runtergestuft wurden, da man von ihnen nichts besonderes mehr erwartete. Auch wurden Abfindungen bezahlt, damit die Frauen auf ihr Recht auf Wiedereinstellung nach dem Mutterschaftsurlaub verzichteten. „Seither suche ich gezielt nach einer Teilzeitarbeitsstelle, leider bin ich hochqualifiziert und dafür findet man in Teilzeit nicht an jeder Ecke Arbeitgeber", klagte eine Betroffene. Und tatsächlich, besonders in Führungspositionen kann man sich eine Babypause nicht erlauben, denn Teilzeitarbeit ist hier so gut wie unmöglich. Kind und Karriere passen also wirklich nicht zusammen. Wie sich das ändern soll, steht in den Sternen und so haben schon Wochen vor Eva Hermans medienwirksamen Äußerungen 15 bekannte Frauen aus Politik, Wirtschaft und Medien in der Wochenzeitung „Die Zeit" etwas ratlos „einen neuen Feminismus" gefordert. Der Sachverhalt, daß so viel zu Eva Hermans Thesen zu sagen ist, offenbart, daß Emanzipation durchaus nicht schon überholt ist, sondern neu justiert werden muß. Dieses Mal sind die Protagonisten allerdings keine radikalbissigen Kampfemanzen, sondern normale Frauen, die feststellen müssen, daß sie nicht nur Karriere und Beruf, sondern auch Kinder wollen, beides aber nicht alleine meistern können. Die Gesellschaft im ganzen, also Politik, Arbeitgeber und Männer müssen einen Teil der Last abnehmen.

Thesen wie die von Eva Herman, daß Männer nicht für die Küche geschaffen seien, sind da allerdings kontraproduktiv, denn auch Frauen sind dies nicht naturgegeben. Dies belegt schon die Tatsache, daß inzwischen nur noch ein Bruchteil der Frauen unter 30 regelmäßig den Kochlöffel schwingen kann und will. Bedauerlich ist, daß noch zu wenige Männer in Sachen Kindererziehung gleichermaßen aktiv wie ihre Partnerin sind. „Wenn ich Kinder will, so kann ich schon jetzt an seiner ersten Ehe sehen, daß die Kinder dann mein Ding sein werden", klagt eine 29jährige über ihren Freund. In Zeiten wo die Familie auch zwei Einkommen zum Überleben brauchen, dürfen Kinder nicht mehr nur „ihr Ding" sein, alles andere ist Luxus – Luxus wie ihn nur wenige Frauen wie Eva Herman sich leisten können.



Hat die Rolle der Hausfrau wiederentdeckt: Eva Herman Foto: keystone

MELDUNGEN

Umzug nach Berlin beendet

Berlin – „Der Bonn-Berlin-Umzug ist abgeschlossen", hieß es entschieden aus Berlin, nachdem Haushaltsexperten kritisiert hatten, daß das ständige, kostenintensive Pendeln von Tausenden von Beamten zwischen Berlin und Bonn irgendwann einmal ein Ende haben müsse. Zahlreiche Politiker aus SPD, Union, FDP und von den Grünen sprachen sich aber dafür aus, das „Bonn-Berlin-Gesetz" unberührt zu lassen. Wer von Effizienz spräche, müsse auch einplanen, was für finanzielle Folgen ein Umzug der bisher in Bonn verbliebenen Ministerien für die rheinische Region hätte.

Ja zum Bier unter Qualmwolken

Allensbach – Nach ihrer Haltung zum Rauchverbot in öffentlichen Behörden und Ämtern befragt, stimmten 81 Prozent der vom „Institut für Demoskopie Allensbach" Interviewten mit Ja. Weniger eindeutig war die Zustimmung zum Rauchverbot in Gaststätten und Restaurants. Hier sprachen sich nur 47 Prozent dafür aus. Besonders die unter 30jährigen waren dagegen: Jeder zweite von ihnen hielt ein solches Verbot für unnötig. Die Zahl der Raucher liegt bei 30 Prozent, Männer rauchen zu 35, Frauen zu 25 Prozent. Am größten ist der prozentuale Anteil an Rauchern in der Altersgruppe 20 bis 29jährige. Hier liegt er bei 45 Prozent.

Es kann nicht sein, was nicht sein darf

Türkische Regierung, Armee und Medien verharmlosen Terroranschläge und gefährden damit Einwohner und Touristen

Von M. Bornhöft

Antalya, Marmaris, Istanbul; Orte die für viele für günstigen Türkei-Urlaub stehen, sind schon für einige Deutsche zum Horrortrip geworden. Bei Anschlägen im Juli und August kamen sie zwar mit leichten Verletzungen davon, doch sie hatten Glück im Unglück. Und es soll noch schlimmer kommen. Die Türkei soll zur „Hölle" werden, so das erklärte Ziel der Rebellengruppe „Freiheitsfalken Kurdistans", die sich zu den Anschlägen bekannte. Doch trotz zahlreicher hinterhältiger Bombenattentate herrscht eine eigenartige Ruhe. Zwar wurden an gefährdeten Plätzen die Sicherheitsmaßnahmen verschärft, doch die türkische Regierung versucht zu beschwichtigen. Man wolle den Terroristen ihren Plan, durch Bombenanschlägen in Touristenhochburgen sich international Gehör zu verschaffen, nicht noch durch eigenes Wehklagen unterstützen, heißt es aus Ankara. Auch sprechen sogar die Medien lieber von „Explosionen" statt von „Anschlägen", Meldungen über die Attentate laufen unter „Vermischtes", Hintergrundinformationen sind Fehlanzeige. Schön leise treten, lautet also nicht nur das Motto der Regierung Erdogan, da man allgemein den wichtigsten Wirtschaftszweig, den Tourismus, nicht gefährden will.

Offenbar geht die Strategie auf, denn trotz immer wieder vorkommender kleinerer Anschläge auch Anfang September, bei denen vereinzelt Menschen ums Leben kamen, machen die wenigsten Urlauber von ihrem eingeräumten Recht der kostenlosen Umbuchung Gebrauch. „Die Menschen haben mittlerweile gelernt, mit den Anschlägen umzugehen", erklärt TUI-Sprecher Robin Zimmermann das Verhalten.

Doch während alles augenscheinlich trotz Terror im Land seinen gewohnten Gang geht, rumort es in der Bevölkerung. Immer mehr Türken können nicht verstehen, warum Regierung und Armee nicht durchgreifen. Die „Freiheitsfalken" haben den Trend erkannt und verlagern ihre Anschläge an Orte, wo sie Soldaten und Polizisten vermuten.

> »Freiheitsfalken« und PKK sind nicht identisch

Wie hohl wirkt angesichts dieses aktuellen Terrors das vermeintliche Friedensangebot, das Führer der radikalen Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) Ende August aus dem Exil im Nordirak verbreiten ließ. „Zum Weltfriedenstag am 1. September sind wir bereit zu einem Waffenstillstand", hieß es da, obwohl die Anschlagserie noch vor ihrem bisherigen Höhepunkt stand. Doch die beiden gegenteiligen Entwicklungen verdeutlichen ein neues Problem. So wird vermutet, daß die „Freiheitsfalken" nichts mit der althergebrachten traditionell marxistisch-leninistisch orientierten Organisation PKK zu tun haben. Bei den aktuellen Attentätern handelt es sich eher um entwurzelte kurdische Jugendliche aus den Großstädten, arme und arbeitslose Kinder von Bürgerkriegsflüchtlingen, die voller Haß auf den Staat sind. Diesen neuen Feind haben allerdings weder die türkische Regierung noch die Armee im Visier.



Bombenanschlag in der Touristenhochburg: Trotz zahlreicher Todesopfer wird der Terror im Land kleingeredet. Foto: pa

Die kurdische Terrororganisation PKK

Öcalan gründete die marxistisch-leninistische PKK am 27. November 1978 mit dem Ziel eines kurdischen Nationalstaats in ihren Siedlungsgebieten Anatolien, Nordostsyrien, Nordirak und Nordwestiran. Dies sah der „Vertrag von Sèvres" von 1920 noch vor, der „Vertrag von Lausanne" von 1923 erwähnte dies nicht mehr. Kemal Atatürk, von den Kurden im Kampf um die Unabhängigkeit unterstützt, ließ sie fallen und beraubte sie ihrer kulturellen Rechte, womit der Widerstand begann.

1979 zog sich die PKK unter Öcalan nach Syrien und in die libanesische Bekaa-Ebene zurück, rekrutierte Kämpfer und begann am 15. August 1984 den Kampf gegen den türkischen Staat. Dieser dauerte bis 1999; über 30000 Menschen starben. Öcalan, am 15. Februar 1999 in Kenia gefaßt, wurde in der Türkei verurteilt und sitzt seitdem in Haft. Auf ihrem Kongreß nahm im Jahr 2000 die PKK Abschied von einem autonomen Staat, die militanten Anhänger tauchten im Nordirak unter, während Öcalan unerwartet für Dialog und Frieden eintrat.

In seinen Schriften setzte er sich für eine demokratische Zivilgesellschaft ohne eine kurdische Staatsgründung ein. Dreimal hatte er den einseitigen Waffenstillstand verkündet – 1993, 1995 und am 1. September 1998.

2002 löste sich die PKK offiziell auf, an ihre Stelle trat die in Deutschland verbotene KADEK, die sich im November 2003 auflöste. Der zunächst auf Ausgleich bedachte, neu gegründete „Volkskongreß Kurdistans" (KONGRA-GEL) erklärte nach dem Scheitern jeglichen Dialogs mit dem türkischen Staat im Juni 2004 das Ende des Waffenstillstands. Am 12. Mai 2005 erklärte der Europäische Gerichtshof das Verfahren gegen Öcalan als unfair; inzwischen war die Todesstrafe durch internationalen Druck in lebenslange Haft umgewandelt worden. Seit Anfang 2006 formiert sich eine auf friedliche Lösung bedachte „neue PKK" unter Osman Baydemir, Oberbürgermeister der Kurden-Hauptstadt Diyarbakir. *Bernd D. Weber*

Der Rubel kommt nicht ins Rollen

Obwohl die russische Währung seit dem 1. Juli frei konvertierbar ist, hat sich kaum etwas geändert

Von M. Rosenthal-Kappi

Das Gesetz sollte erst zum 1. Januar 2007 in Kraft treten, doch Rußlands Präsident bestand darauf, es auf den 1. Juli 2006 vorzuziehen: Medienwirksam erklärte Wladimir Putin den Rubel schon Ende Juni offiziell zur frei konvertierbaren Währung, wofür er den Beifall der breiten Öffentlichkeit erhielt. Durch die Konvertierbarkeit haben die Russen die Möglichkeit, ihr inländisches Geld ohne Beschränkung in ausländische Zahlungsmittel umzuwandeln. Nicht ohne Grund hatte der Präsident es eilig mit dieser Ankündigung, wollte er doch die Teilnehmer des knapp zwei Wochen später in St. Petersburg stattfindenden G-8-Gipfels davon überzeugen, daß sein Land unumgänglich zu den Großen gehört.

In naher Zukunft ändert sich allerdings durch die Konvertierbarkeit des Rubels weder für die Wirtschaft noch für Reisende Wesentliches. Rußland hofft mit dieser Maßnahme aber langfristig auf neue Wachstumsimpulse für die einheimische Wirtschaft sowie den Zustrom westlichen Kapitals.

Obwohl Präsident Putin aus den genannten Gründen einen starken Rubel bevorzugt, stößt dies – vor allem bei Vertretern des „Big Business" – auf Ablehnung. Diese Haltung hat auch der russische Finanzminister Alexej Kudrin angenommen. Er befürchtet einen Anstieg der Inflation durch einen harten Rubel bei gleichzeitiger Abwanderung ölproduzierender Firmen in den Westen.

In den vergangenen sieben Jahren hat sich der Kurs des Rubel um 50 Prozent erhöht. Die Inflation liegt bei über neun Prozent. Die Stärkung des Rubels hat sich zwar positiv auf den Import ausgewirkt, gleichzeitig aber Druck auf die einheimische Produktion ausgeübt. Der Wirtschaftsexperte Professor Grigorij Schatalow erklärt in einem Interview gegenüber der Zeitung „Argumente und Fakten", daß der Währungskurs und seine Dynamik die Interessen aller an der Wirtschaft eines Landes beteiligten Gruppen berührt. Dabei sei es kein Geheimnis, daß die Politiker seines Landes direkt oder indirekt die Lobby der Industrie und Finanzhaie vertritt. Deshalb sei ein Teil der Geschäftsleute an einem schwachen Rubel interessiert, weil er gut für die Effektivität und den Gewinn beim Export sei und die einheimische Produktion vor der Konkurrenz der Importgüter schütze. Ein anderer Teil hingegen unterstütze die Politik des starken Rubels, weil der die Position ihrer Handelsunternehmen auf dem Binnenmarkt stärke. Die Zentralbank zeige wenig Interesse an der Währungspolitik, weil es zu viele Probleme gebe, die die Leitung der Bank nicht lösen könne.

Starker oder schwacher Rubel, lautet die Frage

Schatalow geht davon aus, daß eine auf einer zivilisierten, auf marktwirtschaftlicher Konkurrenz basierende Wirtschaft ein neu bewerteter Rubel die Verbraucherpreise senken müsse. Die Realität in Rußland ist allerdings ein unaufhaltsamer Preisanstieg. Dies liege an den mächtigen Handels- und Produktionsmonopolen; hier wäre nach Meinung des Spezialisten die Regierung gefragt, etwas zu ändern. Nur durch Privatisierung und Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen könne die russische Wirtschaft nach vorne gebracht werden.

Moskau: Hinweisschild auf eine Wechselstube — Foto: eastway

Ein weiterer Streitpunkt ist die Frage, wie mit den Mitteln aus dem Stabilisierungsfonds verfahren werden soll, der überwiegend mit Gewinnen aus Ölexporten aufgefüllt worden ist. Zur Zeit können im Stablisierungsfonds über 50 Milliarden Dollar verbucht werden. Der größte Teil davon soll nach dem Willen der Regierung in staatlichen Anleihen anderer Länder angelegt werden, der Rest in Aktien ausländischer Großunternehmen. Das Finanzministerium soll laut Kirill Gussew, Finanzwissenschaftler an der „Akademie der Wissenschaften", sogar bereit sein, die Verwaltung der Mittel an eine ausländische Firma zu übertragen, weil es den Staat als Manager für uneffektiv hält. Die Tatsache, daß Geld aus dem Stabilisierungsfonds im Ausland verwaltet werden soll, zeigt deutlich, daß die Experten des Finanzministeriums eigenen russischen Unternehmen die Treuhandverwaltung nicht zutrauen.

Bislang hat die freie Konvertierbarkeit des Rubels keine Investoren angelockt, denn weder potentielle ausländische Investoren noch russische Geschäftsleute vertrauen der politischen und wirtschaftlichen Situation im Land. Ein Kommentator beschreibt das Ganze so: „Tatsächlich ist der Rubel am 1. Juli nicht frei konvertierbar gewesen, weil das Gesetz über den Wegfall der Beschränkungen erst noch die Staatsduma passieren muß, dann den Föderationsrat, und zum Schluß muß es vom Präsidenten unterzeichnet werden. De facto wird der Rubel wohl erst 2008 oder 2009 wirklich frei konvertierbar sein. Was sich ab sofort geändert hat, ist, daß Russen jetzt Kapital legal ausführen dürfen und die Politiker keine Kapitalflucht mehr fürchten brauchen." Laut Alexej Kudrin war im Jahr 2005 sogar erstmals die Kapitaleinfuhr größer als der Abfluß. Russen können Rubel nun mit an ihren Urlaubsort nehmen. Für Reisende aus dem Westen ändert sich im Grunde nichts. Zwar ist es möglich und erlaubt, russische Rubel einzuführen, jedoch ist die Beschaffung zu Hause umständlich, weil die Hausbank die Währung nicht führt und sie erst bestellen muß. Bis der russische Rubel im internationalen Abrechnungsverfahren eingebunden ist, wird es wohl noch lange dauern.

MELDUNGEN

Makler des Übergangs

Prag – Der tschechische Präsident Vaclav Klaus hat drei Monate nach den Parlamentswahlen in der Tschechei endlich einen Premier ernennen können. Mirek Topolanek tritt allerdings mit dem Wissen an, daß er nur ein Makler des Übergangs sein wird, den er hofft, für seine nationalkonservative Partei entscheiden zu können. Topolanek hatte bei den Wahlen im Frühjahr nur 35,4 Prozent der Stimmen auf seine Partei vereinigen können, so daß er Koalitionspartner benötigt hätte. Doch außer einer großen Koalition mit den Sozialdemokraten unter Ex-Premier Jiri Paroubek, die mangels Gemeinsamkeiten nicht realisierbar war, bot sich keine feste Mehrheit. So wird Topolanek so lange regieren, bis er dreimal bei einer Vertrauensabstimmung im ungeeinten Parlament scheitert – dann sind Neuwahlen vorgesehen.

Scharf geschossen

Georgien – Ein Flug des georgischen Verteidigungsminister über die abtrünnige Teilrepublik Südossetien endete mit dem Abschuß des Hubschraubers durch die südossetische Luftabwehr. Der Minister blieb unverletzt.

Zum Gebet gezwungen

Somalia – Die im Süden des Landes herrschenden radikalislamischen Milizen zwingen alle Geschäfte, beim Ruf des Muezzins ihr Geschäft zu schließen und zum Gebet zu gehen. „Gegen jeden, der sich der Anordnung widersetzt, werden wir hart durchgreifen", so Scheich Mowliid Ahmed.

Wohin mit den Milliarden?

Der russische Staat investiert sein Geld aus Ölgewinnen im Ausland

Von Michaela Wagner

Der monatelange Streit über die Verwendung des Geldes aus dem Stabilisierungsfonds in Rußland hält an. Es geht um 50,1 Milliarden Dollar, die überwiegend aus den Profiten der Energie-Exporte akkumuliert wurden.

Finanzminister Alexej Kudrin hatte bereits im Frühjahr 2006 bekannt gegeben, daß seine Behörde plant, das Geld im Ausland anzulegen. Damit scheint die Diskussion darüber, ob die Mittel nicht besser im Lande selbst investiert werden sollten, beendet.

Mit einer direkten Verwendung dieser Mittel in Form staatlicher Ausgaben für die Umstrukturierung der Industrie oder für die Modernisierung der Infrastruktur glaubt man der russischen Wirtschaft zu keinem Nutzen zu verhelfen.

Angst vor Inflation hält von Investitionen im Inland ab

Wenn zuviel Geld in Umlauf kommt, wird die Inflation noch weiter steigen. Finanzminister Kudrin rechnet mit einer Größenordnung von 18 bis 20 Prozent. Ähnlich wären die Folgen bei einer Verwendung für soziale Bereiche.

Es entsteht eine paradoxe Situation: Einerseits plädiert der Staat für die Anwendung von Kapital und Technologien aus dem Ausland, ist aber andererseits nicht bereit, die dafür notwendigen Investitionen im eigenen Namen zu tätigen, zum Beispiel durch Förderung der Infrastruktur. Potentielle ausländische Investoren legen hingegen überaus großen Wert auf eine entwickelte Infrastruktur.

Die russische Finanzpolitik verwaltet zur Zeit den Umlauf der Geldmenge äußerst rigide, wobei der Kampf gegen die Inflation im Vordergrund steht. Dabei ist in weniger entwickelten Ländern die Inflation nicht selten zwangsläufig ein Begleiter des Wirtschaftswachstums. Eine Konzentration auf die Bekämpfung der Inflation beeinträchtigt wichtigere Aufgaben wie den Aufbau einer normalen und modernen Wirtschaft sowie die Gewährleistung ihres hohen Entwicklungstempos.

Viel wichtiger wäre es nach Ansicht des Finanzexperten Kirill Gussew von der Akademie der Wissenschaften in Moskau, mit dem Geld Branchen und Sektoren der russischen Wirtschaft zu fördern, die gegenwärtig verfallen sind. Eine Förderung der russischen Wirtschaft wird ohne umfassende Reproduktion nicht möglich sein.

Infrastruktur müßte allerdings dringend ausgebaut werden

Durch Rubel-Investitionen in die Wirtschaft würden Arbeitsplätze in vorrangig exportorientierten Branchen geschaffen, was zunächst den Inflationsdruck zwar erhöhen würde, aber durch neue Arbeitsplätze gäbe es auch neue Waren- und Dienstleistungen. Außerdem müsse für die Nachfrage und die Konkurrenzfähigkeit der Waren gesorgt werden.

Darüber hinaus könnten Gelder aus dem Stabilisierungsfonds für geologische Erkundungen und für die Erschließung neuer Lagerstätten investiert werden, so Gussew.

Bisher wurden hierfür ausländische Investoren geworben, obwohl genug eigenes Kapital vorhanden ist.

Der ehemalige Vizechef der russischen Zentralbank, Sergej Alexaschenko, drückt das Dilemma folgendermaßen aus: „Es geht nicht um die Konvertierbarkeit (des Rubel), sondern um die Konkurrenzfähigkeit der Währung ... Bis auf Rohstoffe liefern wir nichts Bedeutendes auf den Weltmarkt ... Solange hinter unserer Währung nichts außer Rohstoffen steht, wird der Rubel auf den Weltmärkten nicht besonders willkommen sein."

Überreguliert und unfein

Österreichischer Wahlkampf bleibt eine Schlammschlacht

Von R. G. Kerschhofer

Daß ein überregulierter Staat – Österreich steht da der Bundesrepublik Deutschland um nichts nach – just beim Wahlrecht Gesetzeslücken aufweist, hätte vor diesem Wahlkampf keiner gedacht. Begonnen hatte es mit dem Beschluß der Bundesregierung, den von der FPÖ beanspruchten Sitz in der Bundeswahlbehörde dem BZÖ zu geben. Was manche mit Schadenfreude quittierten, dürfte dem BZÖ aber nicht genützt und der ÖVP sogar geschadet haben. Kommentare und jüngste Umfragewerte lassen darauf schließen.

Die ÖVP zog die Notbremse: In der Bundeswahlbehörde sprach sie mit der SPÖ und den zwei vom Justizministerium entsandten Richtern der FPÖ den dritten Platz auf dem Stimmzettel zu – nicht dem BZÖ. Die Regierung hatte sich auf Gutachter des Innenministeriums gestützt, die meinten, es sei zwischen einer „Partei nach dem Parteiengesetz" und einer „Partei als wahlwerbender Gruppe" zu unterscheiden, und im zweiten Fall sei eben das BZÖ Nachfolger der FPÖ, weil die Spitze der „alten FPÖ" jetzt beim BZÖ kandidiere. Die Bundeswahlbehörde selbst entschied genau gegenteilig.

Die Wahlbehörde wird aber nicht umbesetzt, und das bringt der FPÖ auch Nachteile bei Bestellung der Beisitzer in den Wahlsprengeln. Gänzlich ignoriert bleibt, daß das BZÖ unter dem irreführenden Namen „Die Freiheitlichen" auftritt. Einer Unterlassungsklage der FPÖ wurde zwar zivilrechtlich stattgegeben, aber wegen Berufung ist das Urteil nicht rechtskräftig und wäre auch nur hinsichtlich der Wahlwerbung bindend. Auf dem Stimmzettel tritt das BZÖ trotzdem als „Die Freiheitlichen" auf! Es droht also weiterhin eine Gesamtanfechtung der Wahlen vom 1. Oktober. Die FPÖ bereitet inzwischen eine Feststellungsklage vor: Das Höchstgericht möge prüfen, inwieweit die Gutachter des Innenministeriums für die Kosten einer Wahlwiederholung haftbar sind. Das Klima zwischen ÖVP und BZÖ ist jedenfalls vergiftet – doch als Steigbügelhalter für die ÖVP wird das BZÖ so oder so zu klein sein.

Die Art und Weise der Debatten fördert Politikverdrossenheit

Die weitverbreitete Politikverdrossenheit wird auch durch den Stil des Wahlkampfs gefördert: So etwa gibt es „Vorwürfe" gegen SPÖ-Chef Gusenbauer, er habe sich die Haare färben lassen – bei Bundeskanzler Schüssel war dies auch schon der Fall. Die SPÖ wieder läßt „Sie haben gelogen, Herr Bundeskanzler" plakatieren und inserieren. Und genußvoll wird ausgeschlachtet, daß „illegale" Altenpflege nicht nur in der Familie Schüssel vorkam, sondern auch in denen von Bundespräsident Fischer und Ex-Innenminister Einem, beide SPÖ.

Die Glaubwürdigkeit der sachpolitischen Versprechungen leidet vor allem an deren Umsetzbarkeit. Einige Beispiele: Mit wem will Schüssel die Erbschaftssteuer abschaffen, wenn SPÖ und Grüne „die Reichen" höher besteuern wollen? Mit wem wollen SPÖ und Grüne den Kauf der Eurofighter stornieren oder die Studiengebühren wieder abschaffen oder genau jene steuerlichen Maßnahmen ändern, die dem Land so große Standortvorteile brachten? Wahlarithmetisch wird sich ja außer Schwarz-Rot höchstens Schwarz-Grün ergehen, Rot-Grün aber kaum. Eine Dreier-Koalition wäre dagegen zu labil.

Immerhin ist der Libanon kein Wahlkampfthema. Verteidigungsminister Platter (ÖVP) hätte wohl gerne Truppen geschickt, doch Israel rettete die ÖVP vor einer wahltaktisch katastrophalen Entscheidung: Bei der Attacke auf einen UN-Beobachterposten – was den Abzug aller UN-Beobachter aus dem Südlibanon bewirkte – war quasi „rechtzeitig" auch ein Major des Bundesheeres getötet worden.

MELDUNGEN

Absolventenflut in Deutschland

Wiesbaden – Die Zahl der deutschen Hochschulabgänger hat ein Rekordhoch erreicht. So verließen 2005 mit 252 500 Studenten 21 500 Absolventen mehr die Hochschulen als 2004. Besonders die ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fächer erreichten Spitzenwerte. So verließen 13 600 Informatiker (26 Prozent plus) die deutschen Hochschulen. Auch die Bereiche Mathematik, Chemie, Biologie, Physik und Astronomie erlebten zweistellige Wachstumsraten. Nur Architektur und Bauingenieurwesen absolvierten je rund fünf Prozent weniger Studenten. Auch für die nächsten Jahre wird ein stärkerer Andrang an den Universitäten erwartet, doch anstatt mehr Studienplätze zu schaffen, schränken viele Universitäten ihr Angebot ein (siehe Artikel rechts).

Kredit bei Eltern zählt nicht

Münster – Das Verwaltungsgericht in Münster hat entschieden, daß Studenten sich ihren Bafög-Anspruch nicht sichern können, indem sie angebliche Schulden bei ihren Eltern tilgen. Wer Bafög erhalten will, darf nicht mehr als 5 200 Euro besitzen.

Studium ist nutzlos

Shanghai – Chinas Studenten halten ihre Universitätsausbildung größtenteils für kostspielige Zeitverschwendung, wie eine Umfrage der Zeitung „Shanghai Daily" unter 9 000 Hochschülern belegt. Grund: Sie hätten nichts Praktisches gelernt. Außerdem würden viele der Absolventen später keinen adäquaten Job erhalten. „Ich kann nicht von dem leben, was ich gelernt habe, geschweige denn meinen Eltern das Geld zurückzahlen", so ein Pekinger Landwirtschaftsstudent, der nun als Wachmann arbeitet. Die Zahl der Universitätsabgänger hat sich in China innerhalb von fünf Jahren von 1,15 Millionen auf 4,13 Millionen erhöht. Trotz Wirtschaftsboom kann die Wirtschaft die jungen Leute nicht unterbringen. Besonders Ingenieure haben es schwer. So erhalten nur 14 Prozent von ihnen eine feste Stelle. Acht Millionen von 23 Millionen chinesischen Studenten studieren Ingenieurwesen.

Berlin verspielt seine Zukunft

Obwohl das Land Berlin den Bereich Bildung stärken will, wird die Zahl der Studienplätze reduziert

Von George Turner

Alle reden über die Wichtigkeit von Wissenschaft und Forschung für Berlin – der Senat hat in der Vergangenheit kontraproduktiv gehandelt. Für die Zukunft ist noch weniger Gutes zu erwarten.

Das beginnt bei den Studierendenzahlen. Die Zahl der Studienplätze wurde ständig reduziert. Jetzt soll noch einmal eine Verringerung erfolgen, weil die Umstellung auf den neuen Abschluß des Bachelor einen höheren Betreuungsaufwand erfordert und dies kostenneutral erreicht werden muß. Gleichzeitig will der Senat aber keine besondere Zulassung zum weiterführenden Masterexamen vorsehen. Kostenneutralität hätte er erreichen können, wenn die Zulassung zum Master von besonderen Voraussetzungen (unter anderem Note beim Bachelor-Abschluß) abhängig gemacht und eine entsprechende Zuordnung der personellen Kapazitäten vorgenommen hätte. Es wird also schwieriger werden, in Berlin einen Studienplatz zu erhalten – für Einheimische und Studienbewerber von außerhalb. Dabei sind Studierende von außerhalb, insbesondere aus dem Ausland, wenn sie wieder in ihre Heimatländer zurückkehren, oft sehr gute „Botschafter" für Deutschland und erweisen sich auch nicht selten im Geschäftsleben als wertvolle Kontaktpersonen. Eine absurde Situation, Studienplätze abzubauen, wenn Bildung und Wissenschaft Schwerpunktbereiche sein sollen.

Die Universitätsmedizin bleibt das teure und zugleich attraktive Aushängeschild. Anstatt eine klare Aussage zu treffen, was finanziell leistbar ist, wird Salamitaktik betrieben. Abgesehen von der überzogenen und deshalb Arbeit erschwerenden Konstruktion mit sechs Gremien, allerdings ohne klinischen Sachverstand in der Spitze, wird sich Berlin kaum auf Dauer vier Standorte leisten können. Anstatt das ehrlich zu sagen, wird die Vorklinik in Dahlem abgezogen und damit dieser Standort qualitativ geschmälert. Eine deutliche, auch negative Perspektive, wäre für die Betroffenen zwar schmerzhaft; sie wüßten dann aber, woran sie sind.

Im Zusammenwirken mit der Wirtschaft sind die Berufsakademien eingerichtet worden. Rot-rot hatte nichts Eiligeres zu tun, als dieses in anderen Ländern erfolgreiche Modell zu stoppen und die geschaffenen Institute, zum Teil bis zur Unkenntlichkeit verändert, in die Fachhochschulen zu integrieren.

In einigen Punkten ist es gut, daß es bei Ankündigungen geblieben ist. So ist die Drohung, das Berliner Hochschulgesetz zu novellieren, unter anderem mit dem Ziel, die Viertelparität einzuführen, offenbar in den Koalitionsmühlen hängen geblieben.

Für die Zukunft drohen Auseinandersetzungen gleich an mehreren Fronten. Der Regierende Bürgermeister hat angekündigt, daß der Besuch von Kindertagesstätten (Kitas) unentgeltlich sein soll. Das hat nicht nur Beifall gefunden. Bundesländer, die leistungsstärker sind und über den Finanzausgleich Berlin mitfinanzieren, leisten sich solche an sich durchaus wünschenswerten Vergünstigungen nicht. Entsprechend harsch waren die Kommentare.

Die Linke will die Einheitsschule durchsetzen. Zwar wird im Wahlkampf von der SPD erklärt, „in der nächsten Legislaturperiode" sei das kein Thema. Aber was sagt das schon. Der eben erst eingeführte Ethikunterricht mit der Folge, daß Religion zunehmend mehr aus den Stundenplänen verschwindet, wird weiter die Gemüter bewegen.

Alle Parteien äußern sich mehr oder weniger dezidiert in ihren Wahlprogrammen zum Thema Hochschulen und Wissenschaft. Am unsinnigsten und rückwärtsgewandtesten tut es Die Linke / PDS, die Partei des derzeitig für das entsprechende Ressort zuständigen Senators.

Da ist davon die Rede, daß Berlin gute Voraussetzungen habe, „dem konservativen Bundestrend linke und demokratische Alternativen entgegen zu setzen".

Wie das aussieht, erscheint wie ein Sammelsurium aus der Mottenkiste abgetakelter Hochschulpolitik.

Ziele sind die Einführung der Viertelparität, das politische Mandat einer verfaßten Studierendenschaft und die Ablehnung von Studiengebühren.

Das kann man vermutlich bald so oder ähnlich machen, wenn das Hochschulrahmengesetz als Ergebnis der Föderalismusreform aufgehoben wird. Bisher ist ein solcher Unsinn, wie es die Linke in ihr Wahlprogramm geschrieben hat, noch verhindert worden. Eine Garantie für die Zukunft ist das nicht. Und deshalb muß man sich auch um die Berliner Hochschulen Sorgen machen, über das hinaus, was bis jetzt schon mehr als ärgerlich war.

Studiengebühren müssen eingeführt werden, allerdings muß dies „sozialverträglich" erfolgen. Die Forderung nach Einführung der Viertelparität ist so überholt wie die Bannerträger einer verfehlten Hochschulreform, so daß selbst ansonsten unbelehrbare 68er sie nicht mehr erheben. Eine verfaßte Studierendenschaft, also eine Zwangskörperschaft, mit einem allgemein-politischen Mandat ausstatten zu wollen, zeigt wes Geistes Kind diese Partei in Bezug auf die Verfassung ist.

Bundesländer, die Hochschulgesetze haben, die exakt das Gegenteil dessen vorsehen, was die PDS erreichen möchte, sind unstreitig erfolgreich. Andere, die PDS-konforme Konzepte verfolgt haben, sind längst zu mehr Rationalität zurückgekehrt.

Hochschulen sind zwar keine Wirtschaftsunternehmen, wie manche irrig meinen, und ihnen deshalb blind alle ökonomischen Regeln von Gewinnmaximierung und Management überstülpen wollen. Sie sind aber auch keine Spielwiesen für politische Kader, die eine Veränderung der Gesellschaft anstreben. Die Politik sollte Gegenstand der Betrachtung und Analyse durch Wissenschaftler innerhalb der Hochschulen sein; sie selbst aber nicht Gegenstand der Politik in dem Sinn, daß sie instrumentalisiert werden. Einer Partei und deren Repräsentanten, die solches wollen, sollte man kein Regierungsamt überlassen, schon gar nicht eines, das für Jugend und Ausbildung verantwortlich ist. Den Gipfel leistete sich der Berliner Bildungssenator, als er ehemalige, politisch belastete Wissenschaftler aus der früheren DDR zu einem Empfang einladen wollte, um sie zu „ehren". Auf dieser Linie liegt die Politik des Senators. Erstaunlich, daß die Hochschulen nicht mehr Schaden genommen haben. Ein weiterer Härtetest sollte ihnen erspart bleiben.



Deutschlands Forschernachwuchs ausbilden: Biologisches Praktikum an der Berliner Humboldt-Universität Foto: Ostkreuz

Was ist nur auf dem Hügel los?

Die Bayreuther Festspiele boten in diesem Jahr unterschiedlich wertvolle Inszenierungen

Von IRMGARD DREMEL

Richard Wagner sagte einmal zu einer Freundin, als sie sich über die Mängel der Inszenierung beklagte, sie solle eben weniger auf die Bühne schauen und sich mehr auf die Musik konzentrieren. Ein wirklich guter Rat, der heute weltweit bei Opern- und Theateraufführungen aller Art schon zur Dauermahnung wird. Doch wenn Thielemann oder Schneider dirigieren, und Nina Stemme und Robert Dean Smith singen, ist diesem Rat leicht zu folgen, nur: Im „Fliegenden Holländer“, den die Rezensentin sah, war dies nicht möglich. Das Dirigat von Marc Albrecht war recht „dünn“, die dramatische Hochspannung, die dieses Werk vom ersten Takt des Vorspiels bis zum Schluß durchzieht, drang selten durch. Keine explosiven Steigerungen, wenig Detailmalerei. Von den Sängern kann man eigentlich nur den Steuermann gelten lassen. Norbert Ernst sang ihn wohlklingend und geschmeidig. Adrienne Dugger war der Rolle der Senta nicht gewachsen, die Stimme ist schrill bis stellenweise ausgeleiert.

So bringt auch „Augen zu – Ohren auf“ wenig. Man muß allerdings zugeben, daß es die Sänger in dieser Inszenierung nicht leicht hatten. Die Erlösung, Wagners Zentralthema, fand nicht statt, statt dessen kratzte eine offenbar verrückte Senta am Schluß an der fensterlosen Wand, um dem Unerlösten hinterher zu eilen.

Das Herumkaspern mit zwei Senten, als Kind und als Erwachsene, und nochmals – damit drei! – als Puppe überzeugte nicht. Dazu: zwei Dalands – oder waren es zwei Holländer? Der eine war vom andern optisch kaum zu unterscheiden!

Fazit: Ein Holländer, in dem weder erlöst noch gesponnen wurde, in dem das alles bestimmende Urelement Wasser nur angedeutet war, und Schiffe nur als Spielzeuge vorkamen, ob das noch im Sinne des Komponisten lag?

In „Tristan und Isolde“ gingen die Uhren anders, will heißen: Hier brachte die Devise „mehr hören – weniger schauen“ sehr viel. Wie schon im Vorjahr wurden die Titelpartien überragend gesungen: Nina Stemme ist eine Isolde comme il faut – ein Sopran voll Kraft und funkelnder Schönheit von Anfang bis zum Ende, ein wahres Klangwunder! Robert Dean Smith als Tristan intonierte klar und verständlich wie selten ein Sänger in dieser Rolle und meisterte die stimmörderischen Partien des Todwunden im dritten Akt nicht schreiend – wie oft üblich – sondern sang sie differenziert aus, phrasierte weich oder scharf, wie es eben sein muß. Der Regisseur Christoph Marthaler ist nun mal bekannt für banale Einfallslosigkeit. Der Firlefanz mit den ewig an- und ausgehenden Lampen, auf die Isolde schwachsinnig-debil und ununterbrochen, mit spitzem Finger zeigte (manchmal auch auf die Lichtschalter), die faden Anzüge und Mäntel aus einem Kaufhaus der 50er Jahre, das Krankenbett Tristans im dritten Akt, mit dem Laufstall rings herum – zum Gähnen langweilig!

Und erst die Personenregie: Sie war, wie so oft heute, und hier besonders intensiv, gegen die Musik gerichtet. Eine Musik voller Drängen, Sehnen, nie enden wollend (Gregor-Dellin) und doch dem Ende zustrebend – und was war die Entsprechung auf der Bühne? Nichts! Die Akteure standen entweder die ganze Zeit starr im Raum herum, oder, noch schlimmer, mit dem Gesicht zur Wand wie bestrafte Schulschwänzer. So drückte der Regisseur Beziehungslosigkeit aus – mit dem Dampfhammer! Man wünscht sich selbst und den Sängern und Sängerinnen die großen Regisseure der Vergangenheit, damit sie so spielen können, wie sie singen. Sie haben es wirklich verdient!



Bayreuth 2006: Szene aus „Tristan und Isolde“ (Tristan vorn, Isolde auf dem Bett, Kurwenal rechts) Foto: Bayreuther Festspiele / Jochen Quast

Ein extra Bravo allerdings dem Dirigenten Peter Schneider: Er baute einen durchdachten Tristan auf, klar in der Struktur, aber voller Steigerung und Emphase, bis hin zum Liebestod!

Die Neuinszenierung des „Ring“ durch Tankred Dorst – die Rezensentin hat ihn noch nicht besucht, daher sind ihre Anmerkungen marginaler Natur – hat viel Aufsehen erregt. Eine Dreiteilung der Meinungen ist mehr oder weniger festzustellen, wenn man die Fülle der Kritiken liest oder im Fernsehen mitbekommt: Das Dirigat Christian Thielemanns grandios, die Bühnenbilder Frank Philipp Schlößmanns zum Teil faszinierend, zum Teil banal, die Regie von Dorst meistens unklar und nicht schlüssig.

Nun, der „Ring“ als eines der bedeutendsten Bühnenwerke überhaupt erregt natürlich beim Publikum wie bei der Kritik immer großes Für und Wider, und ganz besonders, wenn er in Bayreuth aufgeführt wird. Die Tradition des Ring reicht hier von den Bühnenbildern von Emil Pretorius über die sagenhaften Inszenierungen und Bühnenbilder Wolfgang und Wieland Wagners bis zu den Aufführungen unter der Regie von Chéreau, Hall, Kupfer, Kirchner und Flimm.

Auch hier wechselte großartige Bildhaftigkeit mit banaler Beiläufigkeit, packende Personenführung mit langweiligem Herumstehen ab. Trotzdem überwiegt im Gesamteindruck bei weitem was gelungen war! Rückblickend kann man nur sagen, es war einfach überwältigend, ein „Jahrhunderterlebnis“.

Nächstes Jahr wird Katharina Wagner, die Urenkelin, ihren Erstauftritt in Bayreuth geben. Sie wird „Die Meistersinger von Nürnberg“ inszenieren, ein Werk, in dem ihr Vater Wolfgang Wagner mehrfach Regie-Maßstäbe setzte, was zum Beispiel die Opulenz des Bühnenbildes und die ausgefeilte, hinreißende Personenführung betraf. Natürlich müssen wir von ihr eine ganz andere Werks-Auffassung erwarten – andere Zeit, andere Generation –, aber gerade das macht ja das Warten so spannend!

Von Potsdam nach Italien

Der große Bestand an Zeichnungen des relativ unbekannten Potsdamer Landschaftsmalers Julius Schlegel in der Aquarellsammlung der preußischen Königin Elisabeth gab Anlaß zur Beschäftigung mit einem Künstler, der detailgetreue Ansichten der Potsdamer Parklandschaft sowie verschiedener Gegenden Italiens hinterlassen hat. Eine Reihe der Aquarelle und Zeichnungen wird jetzt in Potsdam ausgestellt.

1825 in Potsdam geboren, war Schlegel Schüler des Malers Carl Gustav Wegener (1812–1887) und des Bauinspektors Christian Heinrich Ziller (1791–1868). Sein Vater war der Rechnungsrat und Hauptmann Johann Emanuel Schlegel, der sich im Potsdamer Künstlerverein sowie im Vorstand des Militärwaisenhauses engagierte. Julius Schlegel besuchte von 1844 bis 1846 die Landschaftsklasse der Akademie der Künste in Berlin. 1847 trat er gemeinsam mit seinem Mentor Wegener eine Reise nach Italien an. Schlegel blieb bis 1855 und nahm rege am gesellschaftlichen Leben des Deutschen Künstlervereins in Rom teil. Dort stellte Alfred von Reumont, Vertreter der preußischen Gesandtschaft, wohl den ersten Kontakt Schlegels zum preußischen Königshaus her, indem er ihn mit der Anfertigung von Skizzen beauftragte. Diese befinden sich noch heute als Teil eines Konvoluts von 67 Aquarellen und Zeichnungen in der Graphischen Sammlung der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg.

In der Aquarellsammlung der Stiftung haben sich vor allem Zeichnungen aus den 1850er und 1860er Jahren erhalten. Fotografisch genau stellte Schlegel Neuschöpfungen Friedrich Wilhelms IV. dar, wie den Gebäudekomplex der Friedenskirche und das Gut Bornstedt. Aber auch einzelne Bauten wurden präzise aufgenommen, etwa die umgebaute Villa Illaire, das Belvedere auf dem Pfingstberg oder das Schloß Lindstedt.

Julius Schlegel schuf hauptsächlich Potsdamer Veduten und Ansichten verschiedener italienischer Orte mit akribischer Genauigkeit. Die Mehrzahl seiner Arbeiten stammt aus der Zeit um 1860. Der spätere Kaiser Friedrich III. verlieh ihm 1859 den Titel eines Hofmalers. In den 1860er Jahren zog Julius Schlegel von Potsdam nach Berlin. 1884 wurde er letztmalig im Berliner Adreßkalender erwähnt. *spsg*

Die Ausstellung in den Römischen Bädern, Park Sanssouci Potsdam, ist dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr geöffnet, bis 15. Oktober.

Des Lebens Fülle

Solingen zeigt Arbeiten von Erwin Bowien

„Ich bedarf zum Malen des Anstoßes von Licht, Wind und Wetter“, hat der Maler Erwin Bowien (1899–1972) einmal gesagt. Und er fand diesen Anstoß überall dort, wohin ihn sein unruhiges Künstlerleben führte – in Holland, der Schweiz, Frankreich, Italien, Skandinavien und Algerien. Überall entdeckte er ansprechende Motive, die er mit dem Pinsel und dem Zeichenstift meisterhaft festhielt.

„Ich male nie, bevor das Bild innerlich ganz geformt ist“, bekannte Bowien einmal. Und: „Genial ist in der Malerei die Verbindung von Traum und Wirklichkeit zum vollendeten Ganzen; etwas Organisches und Selbstverständliches wie die Schönheit einer Rose, einer Tulpe oder Lilie, überhaupt jeder Blume.“ Neben Blumenstücken schuf er vor allem Landschaften. Vom „alten Vater Rhein“ war der in Mülheim / Ruhr geborene Sohn eines Mohrungers und einer Elbingerin besonders begeistert. Seinen Verlauf, die Städte und Dome hielt er in vielen Bildern und Skizzen fest.

Erwin Bowien

Einen Einblick in das Schaffen des Künstlers erhält der Kunstfreund derzeit in Solingen. Die „Galerie liberal“, eine Initiative der FDP, zeigt im 30. Gründungsjahr des Freundeskreises Erwin Bowien e. V. Malerei und Zeichnungen des Künstlers. *o-n*

Die Ausstellung mit Malerei und Zeichnungen von Erwin Bowien ist in der Turmpassage, 42651 Solingen, donnerstags und freitags von 14 bis 18 Uhr, sonnabends von 11 bis 14 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung (02 12) 81 02 17 zu sehen, bis 7. Oktober.

Vollkommene Kunst

Ausstellungen präsentieren Rembrandt als Graphiker und Zeichner

Wie kein anderer Künstler hat sich Rembrandt mit der Radierung auseinandergesetzt und diese Technik bis zur Vollkommenheit entwickelt. In einer faszinierenden Auswahl der 100 bedeutendsten aus den insgesamt 355 Radierungen Rembrandt Harmensz van Rijns (1606–1669) präsentiert das Schleswig-Holsteinische Landesmuseum auf Schloß Gottorf die wertvolle Graphik des großen niederländischen Meisters in hervorragenden Abbildungen. Die Blätter entstanden zwischen 1626 und 1661, in über 30 Schaffensjahren, und stellen biblische Themen des Alten und Neuen Testamentes dar. Daneben stehen Genreszenen, Landschaften und hervorragende Bildnisse, darunter zahlreiche Selbstporträts.

Auch in zwei Berliner Ausstellungen steht nicht der Maler Rembrandt im Mittelpunkt. So zeigt die Studiengalerie der Gemäldegalerie Rembrandt als Virtuosen der Druckgraphik, während das Kupferstichkabinett den Zeichner Rembrandt würdigt.



Rembrandt: Studie eines Greises mit aufgeschlagenem Buch (Kreide, um 1627 / 28) Foto: Katalog

Hier wird einmal mehr deutlich, daß der Holländer zu den größten Zeichnern aller Zeiten gehört, gelang es ihm doch, menschliche Gefühle und Regungen mit nur wenigen Linien auszudrücken. Nur selten waren die Zeichnungen Studien für geplante Gemälde oder Radierungen, sondern vornehmlich als Studien für Bewegungen oder Ausdrucksmotive gedacht. Der hervorragend gestaltete Katalog zur Ausstellung gibt mit Wort und Bild Auskunft über die wertvollen Blätter, die so viel auch über ihren Meister verraten. *SiS*

Die Ausstellung „Rembrandt entdecken – Die 100 schönsten Radierungen“ auf Schloß Gottorf ist täglich von 10 bis 18 Uhr zu sehen, bis 8. Oktober, Eintritt 6 / 3 Euro.

„Rembrandt. Der Zeichner“ im Berliner Kupferstichkabinett, Matthäikirchplatz 8, ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 22 Uhr geöffnet, bis 5. November, Eintritt 8 / 4 Euro.

Holm Bevers, Berliner Kupferstichkabinett (Hrsg.): „Rembrandt. Die Zeichnungen im Berliner Kupferstichkabinett. Kritischer Katalog“, Verlag Hatje Cantz, Ostfildern 2006, 240 Seiten, 175 Abb., davon 90 farbig, gebunden mit Schutzumschlag, 39,80 Euro.

»Menschen« in Kühlungsborn

Das Atelierhaus Rösler-Kröhnke im Ostseebad Kühlungsborn präsentiert Kunstfreunden eine neue Ausstellung mit Werken aus seiner umfangreichen Sammlung. Unter dem Titel „Menschen“ werden Gemälde und grafische Arbeiten von Waldemar Rösler (1882–1916), Walter Kröhnke (1903–1944) und Louise Rösler (1907–1993) gezeigt. Faszinierend die unterschiedliche Darstellungsweise und Kunstauffassungen der drei Maler. *eb*

Die Ausstellung in der Schloßstraße 4 ist freitags, sonnabends und sonntags von 11 bis 18 Uhr geöffnet, an den übrigen Tagen und ab 1. November nur noch nach telefonischer Vereinbarung (03 82 93) 1 53 39, bis Mai 2007.

CDU wurde unter der Kanzlerin plan-, ziel- und fundamentlos

Betr.: „Das Tief Angela" (Nr. 32)

„Jeder bekommt das, was er verdient." Es gäbe wohl kein besseres Sprichwort zur momentanen Situationsbeschreibung innerhalb der CDU! Unter Merkel wurde die (für Deutsche auch schon vorher unwählbare) Partei vollkommen plan-, ziel- und fundamentlos. Der besten Köpfe durch Tod (Alfred Dregger) oder politischen Druck (Martin Hohmann) beraubt, ist die CDU nur noch ein Schatten. Das christliche Menschenbild fest im Blick, ist der „türkische Wirtschaftsflügel" innerhalb der Union stärker geworden als die „Arbeitsgemeinschaft der Christen" innerhalb der Partei. Die Konservativen sollen durch Jörg Schönbohm „befriedigt" werden, doch wer hat noch Vertrauen in den „General aus Potsdam"?

Und in Berlin soll ein vollkommen charakterloser Spitzenkandidat namens Friedbert Pflüger die Wahlen für die CDU gewinnen? Ich erlaube mir, Herrn Wowereit schon mal zum Wahlsieg zu gratulieren, das ist zwar nicht gut so, aber realistisch.

Zuletzt noch ein kurzer Blick nach Mecklenburg, wie hieß doch da gleich der CDU-Ministerpräsidentenanwärter? Rehbock? Ach nein, es war ja Rehberg – oder doch ein anderer? Man darf auf das Wahlergebnis gespannt sein, wenngleich ein Paukenschlag im nordöstlichsten Bundesland der BRD jetzt schon feststeht ...

Was alles kümmert das Frau Merkel? Nichts! Das große Grillfest mit ihrem Idol Bush im Gedächtnis, hofft sie, die ganze Sache heil zu überstehen und ihren euro-atlantischen Traumtänzerkurs fortsetzen zu können nach der Devise: Nach mir die Sintflut!

Hans Ulrich Thiele, Bielefeld

Mit Merkel eine Niete gezogen

Betr.: „Das Tief Angela" (Nr. 32)

Mit Frau Merkel und ihren Vasallen befindet sich die Union im freien Fall. Jeden Tag werden die Enttäuschten mehr, obwohl doch die Bürger der Republik eine Frau als Kanzlerin durchaus zustimmend gesehen hatten.

Die Deutschen scheinen eine Niete gezogen zu haben. Vielleicht haben sie aber auch einfach zuviel erwartet. Keine Partei scheint doch hinter großen Worten zu wissen, wie es weitergehen soll.

Ich vermisse bei Frau Merkel Grundüberzeugungen, das Bekenntnis zu Werten, die mich als konservativen, wertorientierten Menschen berühren. Da scheint mir alles so leer.

Das Tief möge schnell vorüberziehen. Aber ich sehe nirgendwo ein Hoch.

Sebastian Werner, München

Wie bei Fürsten im Mittelalter

Betr.: „Eine Kanzlerin küßt sich durch" (Nr. 29)

Im Volksmund heißt es eigentlich: „Wer die Musik bestellt, zahlt sie auch." Diese Steuergeldverschwendung der mit viel Getöse für das Sparen angetretenen Bundeskanzlerin anläßlich des Bushbesuchs in Stralsund ist einfach skandalös und ein Verschwendungsgehabe wie bei den Fürsten im Mittelalter.

Überall werden die Ausgaben, sei es für Soziales, Infrastruktur oder für den Erhalt der Städte, gestrichen. Aber für so einen Kriegstreiber wie George Bush hat man 20 Millionen Euro über, um drei kleine Wildschweine auf den Grill zu hauen. Ticken die sogenannten Volksvertreter, allen voran in diesem Fall die Bundeskanzlerin, noch richtig? Man bekommt immer mehr das Gefühl, daß sich eigentlich seit der Feudalzeit nichts wirklich verändert hat. Die BRD-Politiker führen sich auf wie die Fürsten im Mittelalter. Hauptsache, sie können das vom Bürger erwirtschaftete Geld verprassen. Gerade die schwarz-rote Koalition faselt laufend vom Sparen und von Reformen.

Für diese Kaste sollte ein Pflichtjahr eingeführt werden. Ein Jahr auf der Straße leben wie ein Obdachloser, ein Jahr als Hartz-IV-Empfänger. Damit sie endlich lernen, was eigentlich in diesem BRD-Staat wirklich los ist.

Diese „Volksvertreter" müssen die Quittung mit dem Stimmzettel bekommen. Schon im September in Mecklenburg-Vorpommern und bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen kann der Wähler die Abstrafung vornehmen.

Klaus Hoffmann, Bad Bevensen

Merkel schiebt die CDU nach links

Betr.: „Scheitert Deutschlands ‚letzte' Option?" (Nr. 31)

Die Zustimmung zur großen Koalition sinkt und sinkt, mit ihr verlöscht Frau Merkels Stern; die erste deutsche Kanzlerin kocht auch nur mit Wasser und dann auch noch schlecht. Wir bräuchten dringlichst Besseres, was aber gegenwärtig nicht zu sehen ist, wenn auch die FDP vom Niedergang der großen Parteien bevorteilt ist.

Mir bereitet besonders der Zustand der CDU Sorgen, die unter Merkel weiter nach links wandert und immer inhaltsärmer wird. Was wählt man eigentlich, wenn man die Union wählt? Ich vermag nichts zu sehen und bin dabei, ins Lager der Nichtwähler abzuwandern. Ich weiß, daß man das nicht sollte, aber was soll ich machen, wenn ich keine Gruppierung finde, der ich inhaltlich zustimmen kann.

Margot Wiesner, Berlin



Autogrammstunde: Der Kreis der Anhänger Angela Merkels wird allerdings stetig kleiner. Foto: pa

Preistreiberei

Betr.: „Die Börse traut ihren Augen nicht" (Nr. 31)

Unsere „benzinpreistolle Regierung" beschloß am 23. August in einem Gesetzentwurf eine Beimischung von Biokraftstoff in unser Benzin ab 2007 und Herr Steinbrück verkündete sogleich, daß ein leichter Anstieg der Kraftstoffpreise möglich sei. Was denken sich diese Herrschaften eigentlich?

Man kann die Heuchelei täglich mit bloßen Fingern greifen, denn jeder Preisanstieg versetzt uns und unserer Wirtschaft einen weiteren Todesstoß. Man kann dieses Handeln der Preistreiberei nur noch als Absicht zum „Steuermelken" unseres Volkes deuten! Bei fast allen Verkündungen dieser Regierung wird erneut das Volk abgezockt, Steuersteigerungen sind anscheinend ihr einziges Ziel, das Volk wird regelrecht ausgepreßt.

Horst Schmidt, Höhbeck

Undeformiert

Betr.: „Sprachschatz" (Nr. 31)

Herzlichen Dank für die Ausführungen zum „Sprachschatz" und Ihr Festhalten an der bewährten Rechtschreibung. Auf der Neuauflage von Mackensens Deutschem Wörterbuch steht: „Unreformiert, undeformiert".

Peter Klumpen, Leichlingen

Kutter gerammt, Fischer gerettet

Betr.: „Durch Rammen zum Erfolg" (Nr. 28)

Die Versenkung zweier italienischer Panzerschiffe im Juli 1866 vor der kroatischen Insel Lissa durch das Flaggschiff des österreichischen Admirals Freiherr von Tegetthoff, der den Befehl zum Rammen gegeben hat, ist von marinegeschichtlicher Bedeutung.

Im Zweiten Weltkrieg sind so manche der deutschen U-Boote durch Rammstoß von Seiten der gegnerischen Zerstörer versenkt worden.

Das in Laboe an der Kieler Förde aufgestellte Unterseeboot U-995 hat in den Weihnachtstagen 1944 seinerseits einen Fischkutter durch Rammen versenkt.

Der Einsatz von Torpedos oder Flak-Beschuß versprach keinen Erfolg. Rammen erschien der einzig mögliche Weg, um den bewaffneten Kutter „funktot" zu machen: Die Position des U-Bootes auf der Route der britisch-amerikanischen Geleitzüge mit Kriegsmaterial für die sowjetische Armee vor Murmansk durfte den Russen keinesfalls bekannt werden.

Das für das eigene Boot gefährliche Vorhaben glückte.

Ein Fischer sprang von Bord und wurde zusammen mit einem weiteren „Iwan", der nach Versenkung eines erheblich größeren Küstenwachschiffes aus dem eiskalten Wasser gefischt wurde, von den U-Bootmännern freundlich empfangen.

Beachtlich ist, daß er trotz Sprachschwierigkeiten ganz selbstverständlich menschenwürdig behandelt wurde.

Dr. H. G. Hess, Wunstorf-Idensen

Absolute Verunsicherung ist die Folge

Betr.: „Sprachschatz" (Nr. 31)

Es freut mich sehr, wenn die *Preußische Allgemeine Zeitung* den nur einem kontraproduktiven Aktivismus entspringenden Reformunsinn der deutschen Rechtschreibung nicht mitmacht.

In nächster Zeit wird wertvolle Unterrichtszeit in den Schulen mit absurden neuen Regeln vergeudet, es wird Fünfen in den Deutscharbeiten unserer Schüler hageln.

Unterm Strich gibt das alles nicht den mindesten Nutzen, außer für die Buchverlage mit dem Verkauf neuer Duden und dem Druck abermals aktualisierter Schulbücher.

Auf der Strecke bleibt die deutsche Umgangssprache mit einer zusätzlichen Verunsicherung. Man sollte die, die das verzapft haben, zur Rechenschaft ziehen und ihnen das Handwerk legen!

Jetzt aber zu Ihnen: Rechtschreibreform hin, Rechtschreibreform her. Offenbar ist es trotz aller Bemühungen in der Schule – etwa Klasse 4 oder 5 – in Jahrzehnten nicht gelungen, klarzumachen, wann das mit „s" und wann das mit „ss" (oder „ß") geschrieben wird. Siehe Absatz 3, Zeile 3!

Oder ist diese Feinheit, aus der man auf den Bildungsgrad des Schreibers schließen kann, auch der „Reform" zum Opfer gefallen?

Dr. H. W. Wittmeier, Rösrath

Anmerkung der Redaktion: Unser Leser Dr. Wittmeyer hat recht: „das" muß „das" bleiben. Es handelt sich um ein Korrekturversehen, das wir bedauern.

Überall Mißtrauen

Betr.: „In Deutschland geht der Trend zum ‚Bakschisch'" (Nr. 32)

Heute kann man sich nur noch in der Familie und im Freundeskreis aufeinander verlassen, geht von gleichen Werten aus und beweist sich als anständiger Mensch, um diese nicht mehr so übliche Bezeichnung zu verwenden.

Drumherum ist Mißtrauen und Vorsicht angesagt. Warum ist das so? Ich weiß es nicht, und ich bin auch kein anderer geworden. Bestechung ist nur ein heute übliches Verhalten. Wer unsere beschmierten Wände und zerkratzten Scheiben sieht, muß Heranwachsende vermuten, die besser nicht geboren worden wären. Warum sind Anstand, warum Rechtschaffenheit und Ehrlichkeit auf dem Rückzug. Warum fällt Vertrauen so schwer?

Rudolf Meischel, Baden-Baden

Schuldig vor der Weltgeschichte – Bomben auf Dresden

Betr.: „Erneuter Rückschlag für Opfer von Dresden 1945" (Nr. 27)

Es ist schmerzlich und geradezu peinlich lesen zu müssen, daß 13 Historiker 61 Jahre nach Kriegsende theoretisch feststellen wollen oder sollen, wieviel Menschen bei den Angriffen der anglo-amerikanischen Luftwaffe auf Dresden am 13. und 14. Februar 1945 beim „Thunderclab" – Donnerschlag-Plan – getötet worden sind. Daß der Stadtrat von Dresden noch für eine Computersimulation des Feuersturms 200 Euro bewilligen soll, schlägt, so meine ich, dem sprichwörtlichen Faß den Boden aus, zumal dann, wenn zu lesen ist, daß erreichbare Quellen in eineinhalbjähriger Tätigkeit der Wissenschaftler nicht ausgewertet wurden. Alle Daten über die Zahl der Flugzeuge bei den Angriffen auf Dresden, die Anzahl der Spreng- und Brandbomben sowie Tages- und Uhrzeit sind meines Wissens bekannt.

Bekannt ist auch das Dokument der Dresdener Ordnungspolizei vom 22. März 1945, in dem es heißt, daß sich die Verluste auf 35 000 identifizierte Opfer und 202 040 geborgene Opfer handelt; insgesamt 237040.

Bekannt ist aber auch, daß der heutige Oberstleutnant der Bundeswehr a. D. Matthes, 1945 Chef des Stabes einer Einheit der deutschen Wehrmacht, der die Angriffe am Rande des Zerstörungsgebietes erlebt hat und mit einem Sonderstab in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung am 14. Februar vorrangig mit der Bergung der Opfer beauftragt war, festgestellt hat, daß neben den 35 000 identifizierten Opfern mit Namensangabe noch 50 000 Opfer teil-identifiziert festgestellt wurden aufgrund von Eheringen mit eingravierten Initialen oder anderer Erkennungszeichen. An weiteren 168 000 Opfern war nichts mehr zu identifizieren; insgesamt somit 253 000 Opfer. Literatur: Maximilian Czesany: „Alliierter Bombenterror – Der Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung Europas, 1940–1945".

Bezüglich der Tieffliegerangriffe gegen Flüchtlinge auf den Elbwiesen sollte den Augenzeugen die Glaubwürdigkeit nicht abgesprochen werden.

Ist es eine „Deutsche Krankheit", daß Tatsachenberichte ignoriert oder bis zur Unkenntlichkeit zerredet werden? Die Autorität des Rechts muß gewahrt werden, sonst versinkt alles im Chaos! Sonst könnten 2050 selbsternannte Spezialisten oder eine Kommission von Wissenschaftlern behaupten, im Februar 1945 seien gar keine Terrorangriffe auf Dresden durchgeführt worden, bei denen Dresden in Schutt und Asche gelegt wurde. Dresden war keine Industriestadt, die die Angriffe hätte rechtfertigen können.

Dresden war zur Zeit der Terrorangriffe überbevölkert mit Flüchtlingen aus den deutschen Ostgebieten und verwundeten Soldaten der Ostfront. Das wußten die Alliierten.

Bei den Angriffen ging es bewußt darum, möglichst viele Deutsche zu töten! Wer dann noch behauptet, die Angriffe seien kein Kriegsverbrechen gewesen, tut mir aufrichtig leid! Die Planer der Bombardements mögen militärisch für sich einen Erfolg verbuchen und sich freuen über ihren „blutigen Erfolg" und sich schuldlos fühlen. Doch schuldig bleiben sie vor der Weltgeschichte! Mord verjährt nicht!

Hans Vollmer, Detmold

Literaturhinweis

Betr.: „Das Vergessen ist eine allgegenwärtige Macht" (Nr. 28)

Ich las Ihren Hinweis auf das Buch „Im letzten Garten – Besuch bei toten Dichtern". Das veranlaßt mich, auf das Buch „Die Grabstätten der deutschsprachigen Dichter und Denker" von Josef Walter König hinzuweisen. Mein Grund: Er hat auch das Grab von Johanna Wolff bedacht. Daß das Peter Andreas ebenfalls getan hat, bezweifele ich!

Hannelore Patzelt-Hennig, Achim

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Geständnis hat sich für Grass gelohnt

Betr.: „ Der Balken im eigenen Auge“ (Nr. 33)

Die Startauflage des neuen Grass-Buches vom „Häuten der Zwiebel“ war in zwei Tagen fast ausverkauft. Es hat sich demnach gelohnt, daß Grass viel zu spät bekannte, daß er der Truppe angehört hat, deren meist jungen gefallenen Soldaten er in Bitburg nicht ihre Ruhe gönnte. Eine verlogene Ikone, deren Feigheit noch zu verstehen wäre, wenn er aus Sorge um sein berufliches Wohlergehen seine Zeit bei der Waffen-SS verschwiegen hätte. Sehr viele haben nach dem Ende des Krieges ihre Mitgliedschaften, Funktionen und Zugehörigkeiten ausgelassen. Aber sie haben doch in der Regel nicht auf die eingedroschen, deren Teil sie selbst gewesen waren, und wenn, dann waren sie Lumpen, und die wird es immer geben.

Ich denke, daß die Ikone zwar einige Kratzer abbekommen hat, aber Ikone bleiben wird. Eine politische Moral ist bei uns weitgehend unbekannt. Und es wird doch auch schon fleißig entschuldigt und verstanden. **Klaus Engelmann, Pluwig**

Waffen-SS hatte durchaus ihre Verteidiger

Betr.: „Der Balken im eigenen Auge“ (Nr. 33)

Die Behauptung, Hardy Krüger sei nie bei der Waffen-SS gewesen, ist falsch, er diente in der W-SS-Div. „Nibelungen“. Zu den ehemaligen W-SS-Soldaten in der westdeutschen Politik zählt auch Hans Wissebach, CDU-Abgeordneter im Bundestag. Er kam blind nach zwölf Jahren aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück und setzte sich als erster Sprecher der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS e. V.“ (Hiag) für die Interessen seiner Kameraden ein. Außer Kurt Schumacher gaben Ehrenerklärungen für diese Elitetruppe ab: Adenauer, F. J. Strauss, Helmut Schmidt, und Nato-General Dr. Hans Speidel. Vertreter aller Parteien erschienen auf Versammlungen der Hiag, einem mächtigen Wählerpotential. In der Bundeswehr wurden fünf Waffen-SS-Soldaten Generäle. In der US-Militärakademie West Point hängen Gemälde der Waffen-SS-Generäle Sepp Dietrich und Felix Steiner.

Ingeborg Pohl, Kleinmachnow

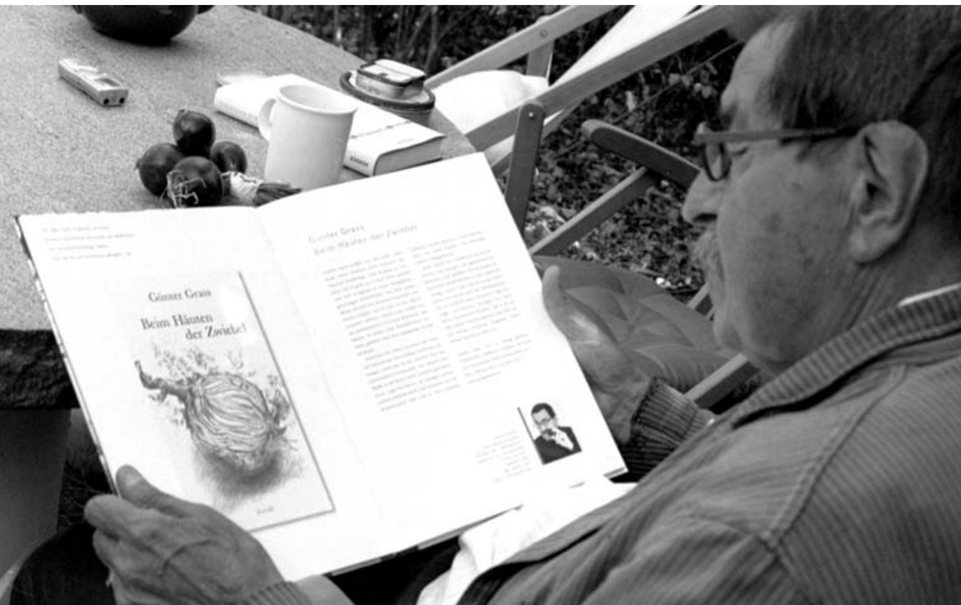
Auch eine Diktatur

Betr.: „Der Balken im eigenen Auge“ (Nr. 33)

In der bisherigen Medien-Diskussion über Grass ist ein Aspekt vollkommen übergangen worden. Ich bin Jahrgang 1921 und habe für den Schriftsteller Verständnis. Als mein Sohn 1953 in der DDR aus dem Kindergarten mit der Parole „Stalin ist unser bester Freund“ kam, mußte ich schweigen, um seine Lebenslaufbahn nicht zu gefährden. Das ist in jeder Diktatur so.

Nach dem verlorenen Krieg mußte auch Grass seine „Jugendsünde“ verschweigen, um seine Karriere nicht zu gefährden. Er stand unter der Diktatur der „political correctness“. Erst mit zunehmender Altersweisheit erlaubte er sich, etwa über das Schicksal der „Wilhelm Gustloff“ und jetzt über seine Jugend zu schreiben. So hat Grass eigentlich etwas höchst Verdienstvolles gewagt: Er entlarvte das heuchlerische Schweigen-müssen unserer Gesellschaft. Das war er seinem Nobelpreis schuldig.

Wilhelm Fuehrer, Köln



Bestseller gelandet: Günter Grass erhöhte mit seinem Waffen-SS-Geständnis das Interesse an seinem neuen Buch. Foto: pa

Schade um Polen

Betr.: „Tauziehen um die ‚Gustloff‘-Glocke“ (Nr. 34)

Was so feinnervig und für die Zukunft der Polen und Deutschen so wichtig für die Aussöhnung der beiden Völker begonnen hat, nämlich der kulturelle Austausch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und ein beginnender Tourismus, das alles setzen die beiden Brüder durch ihre verantwortungslose Hetze auf's Spiel. Haben sie noch nie von der „Charta der Vertriebenen“ gehört, die bereits 1950, also vor 56 Jahren, jedweder Rache und Vergeltung abgeschworen hat? Als Repräsentanten einer alten, europäischen Kulturnation, wie sie Polen unwidersprochen ist, bieten die Brüder Kaczynski ein jammervolles Bild. Das polnische Volk hat sie nicht verdient! Auf vielen Reisen nach Polen (Ostpreußen und Pommern) haben wir viele Menschen kennen- und schätzengelernt. Über weitere Reisen nach Polen müssen wir nun wohl nachdenken und die Entwicklung abwarten. Sehr schade! **Margrit und Winfried Schiewer, Allendorf**

Franz-Josef Jung ist der Aufgabe nicht gewachsen

Betr.: „Kalt geduscht?“ (Nr. 30)

Wieder hat Hans Heckel mit seinem Wochenrückblick den Nagel auf den Kopf getroffen. Großartig, wie er das Phänomen „Staatengemeinschaft“, das als Phantom durch die politische Landschaft geistert, für alle Leser verständlich macht. Ebenso aufschlußreich ist seine Würdigung des derzeitigen Verteidigungsministers. Hierzu seien einige Anmerkungen erlaubt.

Franz Josef Jung ist ein Protegé des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, jenes Mannes, der rigoros durchgreift, wenn jemand nicht nach seiner Pfeife tanzt. Als Beispiel sei der Rausschmiß des Martin Hohmann aus der CDU genannt, mit dessen Ansicht Herr Koch sich nicht identifizieren konnte. Der Ministerpräsident hat mit F. J. Jung zudem einen Mann seines Vertrauens in die Ministerriege gehievt, um so noch stärker Einfluß auf die Bundesregierung nehmen zu können.

Nun hat der Verteidigungsminister von seinem Vorgänger zwar den Auftrag übernommen, Deutschland am Hindukusch zu verteidigen. Das genügt F. J. Jung aber offenbar nicht. Er möchte allen Ländern Mores lehren, die nicht in Ruhe und Frieden leben wollen. So drängelte er sich unter anderem in den Kongo und möchte selbst im Libanon kräftig mitmischen.

Dabei leistet ihm sein Parteifreund Elmar Brok tatkräftig Schützenhilfe. Man hat bei alledem den Eindruck, daß beide Politiker erst wissen, was sie denken, wenn sie hören, was sie sagen. Wie sonst ist es zu verstehen, daß sie sich hinter die imaginäre „Staatengemeinschaft“ zurückziehen, wenn sie die Sinnlosigkeit ihrer Vorhaben erkennen oder sie hierauf hingewiesen werden müssen. Mit ihren unüberlegten und dilettantischen Äußerungen machen sie zudem deutlich, daß sie ihren Aufgaben nicht gewachsen sind und deshalb für strategische Entscheidungen ungeeignet sind. Das ist gewiß kein gutes Renommee für die Bundesregierung.

Walter Grubert, Hannover

Churchill außerhalb jeder Kritik

Betr.: Leserbrief „Königsberg – 1944 über Nacht ausgelöscht“ (Nr. 32)

Die Bombardierung Königsbergs 1944 war nur einer von vielen sinnlosen Terrorangriffen der englisch-amerikanischen Luftflotten. Sie waren weder kampf- noch kriegsentscheidend und standen in keinem Verhältnis zu den Angriffen der deutschen Luftwaffe auf England. Verantwortlich hierfür war Luftmarschall „Bomber“-Harris im Auftrag von Premier Churchill. Es waren Kriegsverbrechen, heute würden sie dafür vor einem Tribunal stehen.

Nun gibt es Stimmen, die der jetzigen britischen Bevölkerung eine kritischere Betrachtung der damaligen Kriegsführung zubilligen wollen. In einer Umfrage der BBC vor einiger Zeit haben eine Million Briten Churchill zum größten Briten aller Zeiten gewählt. Danach ist zu befürchten, daß eine Bereitschaft zur Kritik an der damaligen Kriegsführung noch Jahrzehnte wachsen muß. Eher anzunehmen ist aber: „Right or wrong – my country.“ **Alfred Kümpel, Fritzlar**

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Klaus D. Voss
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Jürgen Liminski.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 € monatlich, Luftpost 14,50 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51
http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **9314**

Welche Alternative haben die Polen denn?

Betr.: „Eine ‚sehr brutale Politik‘“ (Nr. 28)

Ich bin ein tschechisch-österreichischer gelegentlicher Leser Ihrer Zeitung, der über Polen gut informiert ist, dies nicht nur aus geschäftlichen Gründen, sondern auch wegen meiner polnischen Lebenspartnerin.

Entschuldigen Sie mir bitte „scharfe Worte“, denn ich muß sagen, Ihr Artikel ist einseitig – und die zitierte „Gazeta Wyborcza“, die Tageszeitschrift der ehemaligen Kommunisten, die nur ihre Rhetorik kosmetisch verändert haben – ist nicht glaubwürdig. Die „Gazeta“ lügt, wenn sie behauptet, die Politik der heutigen polnischen Regierung sei gegen die EU oder gegen Deutschland orientiert.

Die Polen lehnen zwar streng ein EU-Superstaat-Konzept ab, aber hier sollte man ihnen eher danken als sie zu kritisieren, denn die EU wird heute von der Linken mehr und mehr beherrscht, und das führt nicht zu guten Zielen. Die EU-Behörden hatten sogar die alten tschechoslowakischen Kommunisten aus der Sowjetzeit des Landes angenommen.

Herr Lepper ist nicht mein Vorbild, nunmehr er ist als Repräsentant der gewöhnlichen Leute aus dem Dorfe, also der mit der Landwirtschaft verbundenen Mitbürger, zu verstehen. Er repräsentiert eine bestimmte Bevölkerungsschicht, die kann man nicht aus der Politik des Staates ausblenden. Was Herrn Giertych betrifft: Er ist ein hochgebildeter Rechtsanwalt, dessen Reden kultiviert und sachlich sind – im Vergleich zu Donald Tusk („Bürgerplattform“, die sich als Liberale deklarieren). Herr Tusk konnte nur kritisieren und sonst nichts. Ich hatte den Eindruck, daß er eine Marionette eines unsichtbaren Hintergrunds der bisher linksorientierten Medien ist.

Eine objektive Sicht auf Polen ist heute schwierig, denn die neue politische Szene ist in Entwicklung, die auch mehrere Turbulenzen aufweisen kann. Nunmehr: Können Sie als Redakteure eine konkrete Alternative für die jetzige Regierung nennen? Auf die Linke und ihre neue Mimikry hat das polnische Volk in den letzten Parlamentwahlen aus logischen Gründen eindeutig verzichtet: Folgen ihrer Amtszeit sind mehr als drei Millionen Arbeitslose und das Monatsgehalt in einem niederschlesischen Dorf (außer Breslau) machte 200 Zloty (50 Euro) pro Kopf aus. Soll es dem polnischen Volk also bangen nach der Kwasniewski-Zeit, die außer Arbeitslosigkeit und Armut noch eine riesige Welle der Korruption hervorgebracht hat?

Auch die Demokraten in Deutschland hatten vor ein paar Jahren das durch die Schröder-Fischer-Gruppe forcierte EU-Superstaatskonzept abgelehnt und sie hatten recht. Deutschland muß deutsch sein, wie auch Polen polnisch sein muß. Keine Homosexualgesetze, sondern Gesetze, die Tradition und die universale Moral, die von den gemeinsamen christlichen Wurzeln Europas entstanden ist, gehören zu einem harmonischen Europa. **Vladimir Kebrle, Usti nad Orlici, Tschechei**

Ende des Leugnens

Betr.: „Nicht objektiv“ (Nr. 33)

Polen sieht sich als Opfer und will um nichts in der Welt aus dieser angeeigneten Rolle gerissen werden, was zur Folge hat, daß historische Wahrheiten nicht nur verschwiegen, sondern mit äußerster Aggressivität abgewehrt werden. Nun ist aber nicht zu leugnen. daß auch die nationalistische Politik Polens ihren Anteil am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hatte und daß bei den Vertreibungen schlimmste Verbrechen begangen worden sind. Die Täter sind heute sehr alt oder lange tot. Sie repräsentieren das heutige Polen nicht mehr, das sich selbst verunreinigt, wenn es nicht zu seiner ganzen Vergangenheit steht.

Schauen wir uns das Schweigen der Bundesregierung an, drängt sich der Eindruck auf, daß sie der polnischen Regierung in nichts nachsteht, eher ihr noch hinterherhinkt, denn die Polen haben ihre eigenen Opfer nie vergessen, was sie ehrt. **Alfred Anderson, Lörrach**

Falsche historische Zuordnung

Betr.: „Mein Gott, das treibt mir Tränen aus“ (Nr. 31)

Zwei Bemerkungen zu diesem Beitrag. 1732 war die Zustimmung evangelischer Fürsten für die Pragmatische Sanktion nicht mehr erforderlich. Kaiser Karl VI. hatte diese Regelung per Gesetz bereits 1713 vollzogen.

Der unselige Grundsatz „cuius regio, eius religio“ (lateinisch für: wessen Land, dessen Religion), war eine Bestimmung (ius reformandi) des Augsburger Religionsfriedens von 1555, also schon vor dem Westfälischen Frieden.

Hannes O.-Lätzen, Augsburg

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Rosen, Rasen und Rabatten

Der »Tag des offenen Denkmals« ist in diesem Jahr Parks und Gärten gewidmet

Von Silke Osman

Am Sonntag werden Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) und Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) den diesjährigen „Tag des offenen Denkmals“ in Berlin eröffnen. Die Hauptstadt gilt bundesweit als Vorbild in der Pflege öffentlicher Grünanlagen und im denkmalpflegerischen Umgang mit historischen Parks und Grünflächen. „Fast ein Zehntel der Berliner Denkmale sind bedeutende Zeugnisse der Gartenkunst und Gartengeschichte“, betont Landeskonservator und Direktor des Landesdenkmalamtes Berlin, Jörg Haspel.

Grün ist schließlich am diesjährigen „Tag des offenen Denkmals“ angesagt. Neben historischen, sonst meist nicht zugänglichen Bauten, die sich an diesem Tag für Besucher öffnen, stehen in diesem Jahr „Rosen, Rasen und Rabatten“, so das Motto, im Blickpunkt. Die Veranstalter erwarten bundesweit rund vier Millionen Besucher. Mehr als 2500 Städte und Gemeinden haben ihre Teilnahme zugesagt und wollen Schloßparks, Kloster- und Bauerngärten, Stadtparks und alte Alleen vorstellen.

In Berlin werden es auch die „durchgrünten Außenräume von Siedlungen und Wohnadressen des 20. Jahrhunderts“ sein, so Jörg Haspel und er verweist auf die sechs Siedlungen der Berliner Moderne, die für die Welterbeliste bei der Unesco eingereicht wurden: Siedlung Schillerpark, Wohnstadt Carl Legien, Großsiedlung Siemensstadt, Hufeisensiedlung, Gartenstadt Falkenberg und Weiße Stadt. Die Siedlungen entstanden zu Anfang des 20. Jahrhunderts unter der Federführung von heute so bekannten Architekten wie Hans Scharoun, Bruno Taut und Martin Wagner (beide aus Königsberg). Leberecht Migge und Ludwig Lesser wirkten als Gartenkünstler entscheidend mit, um die Grün- und Freiflächen als „Außenwohnräume“ zu gestalten.

In den letzten Jahren sind vor allem große Schloßparks zu einem besonderen Anziehungspunkt geworden. Der romantische bei Schloß Rheinsberg mit all seinen versteckten Schönheiten, die Parks um Schloß Charlottenburg oder Sanssouci, der Große Garten von Herrenhausen, die Parks in Wörlitz, Muskau oder Branitz ... Der „Tag des offenen Denkmals“ gibt auch den Einheimischen Gelegenheit, diese Parks wieder einmal zu besuchen und ganz genau hinzuschauen, um die eine oder andere Besonderheit zu entdecken und altbekannte Parks und Gärten unter ganz neuen Gesichtspunkten zu erfahren.

Gärten gab es übrigens schon in der Antike. Sie wurden oft als Ausstellungsmöglichkeiten der Skulpturensammlungen genutzt. Im Laufe der Zeit änderten sich die Bedürfnisse der Menschen, aber auch ihr Geschmack. Wurden in der Renaissance die Gärten in einem Rechteck mit vielen geometrischen Elementen und verwinkelten Wegen angelegt, zog man im Barock die totale Symmetrie vor. Selbst die Pflanzen erhielten einen entsprechenden Schnitt. Im 18. Jahrhundert dann eroberte der sogenannte „Englische Garten“ die Herzen. Locker angepflanzte Bäume, große Rasenflächen und verschlungene Wege waren typisch für diesen Garten. In der folgenden Zeit begann man, die einzelnen Elemente zu mischen. Im 19. Jahrhundert wuchs das Bedürfnis nach innerstädtischen „grünen Lungen“, nach Erholungsorten und öffentlichen Parks. Verkehrsfreie Zonen und Kinderspielplätze wurden angelegt. Der Leipziger Arzt Daniel Gottlieb Moritz Schreber (1808–1861) ließ aus gesundheitlichen Gründen Kinder und Jugendliche kleine Gärten bepflanzen und pflegen. Die Eltern erkannten bald den Nutzen der Gärten, um ihr Gemüse selbst zu züchten, aber auch um sich zu erholen. Drei Jahre nach dem Tod Schrebers wurde der erste „Schreberverein“ gegründet, und der Name „Schrebergarten“ ist noch heute ein Begriff. Ob Kleingarten oder Schloßpark – am 10. September stehen sie alle im Mittelpunkt des Interesses.



Rheinsberg: Der gepflegte Schloßgarten lockt das ganze Jahr über Besucher aus nah und fern. Foto: Osman

Großes Interesse an Kulturerbe

Die „Deutsche Stiftung Denkmalschutz“ (DSD) setzt sich als private Stiftung für den Erhalt bedeutsamer Kulturdenkmäler in Deutschland ein. Seit 1985 konnte sie dank ihrer über 150 000 Spender bundesweit mehr als 3000 Denkmäler vor dem Verfall retten helfen. Der „Tag des offenen Denkmals“, der seit 1993 bundesweit jedes Jahr am zweiten Sonntag im September stattfindet, ist der deutsche Beitrag zu den „European Heritage Days“ unter der Schirmherrschaft des Europarats. Der Denkmaltag mit rund 4,4 Millionen Besuchern in über 7000 geöffneten historischen Bauten, Parks und archäologischen Stätten allein im vergangenen Jahr ist mittlerweile eine der erfolgreichsten Kulturveranstaltungen. In ihrer Vielfalt zeigt die Aktion insbesondere das breite private und ehrenamtliche bürgerschaftliche Engagement für den Denkmalschutz. Gerade in Zeiten knapper werdender öffentlicher Mittel setzt der „Tag des offenen Denkmals“ damit Jahr für Jahr ein wichtiges Zeichen für das starke Interesse der Menschen am gebauten Kulturerbe. Doch nicht nur in Deutschland widmet man sich in diesen Tagen dem kulturellen Erbe der Vorväter. Auch in allen anderen Ländern Europas findet der „Tag des offenen Denkmals“ mittlerweile statt, wenn auch zu den unterschiedlichsten Themen. So will man in Andorra dem Weg des Eisens nachgehen, während man im wallonischen Belgien „Das Denkmal und das Bürgerrecht“ in den Mittelpunkt stellt (in Flandern geht's um Import / Export, in Brüssel um Körper und Geist – soviel zum geeinten Europa). In den Niederlanden feiert man 20 Jahre „Tag des offenen Denkmals“, während man in Ungarn die Architektur der Postmoderne kritisch betrachtet. Portugal beschäftigt sich mit Kindern und Jugend, Zypern mit Jugend und Bildung. – Ein buntes Programm in einem Europa der Vielfalt. *o-n*

Die Schönheit der Rosen

Alljährlich blühen und duften mehr als 1000 historische Rosen in etwa 400 Sorten in den beiden Rosengärten der „Stiftung Preußische Schlösser und Gärten in Berlin-Brandenburg“ (SPSG). In dem 1989 wiederhergestellten Rosengarten auf der Pfaueninsel und in dem 1997 wiederhergestellten Rosengarten im Park Charlottenhof von Sanssouci sind die Rosen, entsprechend der Tradition, überwiegend auf Hochstämme veredelt – und bieten den Besuchern für Auge und Nase einen außerordentlichen Genuß bei angenehmer Bequemlichkeit.

Mit dem jetzt erschienenen ersten Rosenführer will die SPSG den Wunsch vieler Besucher erfüllen, die Namen, das Züchtungsjahr und die Klasse der bewunderten Rose zu erfahren. Deshalb sind alle Rosenstöcke in den Gärten mit Kennzahlen auf blauen Etiketten versehen. Über das Kennzahlverzeichnis in diesem Führer erfährt er das Gewünschte. Wer mit der Absicht kommt, einige bestimmte historische Rosen in Blüte zu sehen, dem dient die Findliste mit den ausklappbaren Standortplänen.

Die von Peter Joseph Lenné in höchst unterschiedlicher Gestalt 1821 und 1835 geschaffenen Rosengärten auf der Pfaueninsel und im Park Charlottenhof sind die frühesten in Preußen. Ihre bemerkenswerte Geschichte wird in dem Rosenführer einleitend in konzentrierter Form geschildert.

Der bequem in jede Hand- oder Jackentasche passende Wegweiser bietet die schöne Gelegenheit, sich mit der Geschichte in einer der historischen Rosenlauben mühelos am Schauplatz vertraut zu machen. Der 52 Seiten starke Führer mit ausgesuchter, farbiger Bebilderung ist für 4,90 Euro in den Museumsshops der Preußischen Schlösser und Gärten erhältlich. *pm*

Eine Erinnerung an das Paradies

Auch Maler und Dichter waren fasziniert von der Schönheit der Gartenkunst

Von Helga Steinberg

Giverny, Seebüll, Berlin-Zehlendorf – drei Orte, die etwas gemeinsam haben. Dort lebten einst Maler, die mit ihrem Werk noch heute die Kunstgeschichte bereichern. Dort gibt es aber auch wundervolle Gärten, die auf vielen Bildern dieser Maler verewigt wurden.

Im französischen Giverny lebte Claude Monet. Dort entstanden seine schönsten Bilder, dort pflanzte er Rosen und Lilien in allen Größen, Formen und Farben, legte üppig blühende Beete an, pflanzte Bäume und Sträucher – und malte. Seerosen hatten es ihm besonders angetan. Er studierte die Farben und das Licht zu unterschiedlichen Tages- und Jahreszeiten in seinem Garten. „Ich tue mein Möglichstes, um auszudrücken, was ich in Gegenwart der Natur empfinde“, sagte er einmal.

Auch Emil Nolde und sein Garten in Seebüll sind nicht voneinander zu trennen. Seine Blumenbilder in brennendleuchtenden Farben gehören zu dem Schönsten, was es in der Kunst des 20. Jahrhunderts gibt. Und Max Liebermann? Sein Garten am Berliner Wannsee wurde erst jetzt wieder hergestellt. Grundlage für diese denkmalpflegerische Meisterleistung waren nicht zuletzt auch die Gemälde, auf denen Liebermann seinen Garten dargestellt hat. Mehr als 200 Ölgemälde mit diesem für den Künstler unerschöpflichen Motiv hat er geschaffen.



Ort der Besinnung: Kleiner Garten mit verwunschenen Ecken Foto: Mußfeldt

Doch nicht nur Maler haben sich in ihren Werken dem Thema Garten, Pflanzen und Natur zugewandt. Auch Dichter und Schriftsteller konnten sich der Faszination nicht entziehen. „Weit und schön ist die Welt“, schwärmte selbst Johann Wolfgang von Goethe, „doch o wie dank ich dem Himmel, daß ein Gärtchen, beschränkt, zierlich, mein eigen gehört. Bringet mich wieder nach Hause! Was hat ein Gärtner zu reisen? Ehre bringt's ihm und Glück, wenn er sein Gärtchen versorgt.“ Und Hugo von Hofmannsthal befand: „Es ist ganz gleich, ob ein Garten klein oder groß ist ... Die Möglichkeiten der Schönheit, die sich in einem Raum von fünfzehn Schritten im Geviert, umgeben von vier Mauern, entfalten können, sind einfach unmeßbar.“ Humorvoll geht's bei Hermann Hesse zu. Er bittet die Traumfee: „O Fee, und mache daß uns Wasser flösse / An jedem Ort, den wir bepflanzt, besät; / Gib uns Spinat, der nie in Blüten schösse / Und einen Schubkarrn, der von selber geht! / Und Eines noch: ein sicheres Mäusegift, / Den Wetterzauber gegen Hageltücken, / Vom Stall zum Hause einen kleinen Lift, / Und jeden Abend einen neuen Rücken.“

Auch Rudolf Borchardt, der Dichter aus Königsberg, war ein „leidenschaftlicher Gärtner“, so auch der Titel seines letzten Buches. Mit der Vertreibung aus dem Garten Eden habe einst das Unheil begonnen, und die Menschen wären immer wieder auf der Suche nach solch einem Paradies. Der Mensch schaffe sich Gärten, so Borchardt, „um zu verwirklichen, dauernd oder vergänglich, was ihm als eine unstillbare Sehnsucht vorschwebt, eine versagte Welt ...“

In „Meyers Enzyklopädie“ von 1908 liest man, die Gartenkunst „bringt oft auf sehr beschränkter Fläche dem dafür empfänglichen Menschen die mannigfaltigsten und reizvollsten Naturgenüsse nahe“. Garten- und Naturfreunde suchen gerade in unserer betonierten und asphaltierten Welt einen Platz der Besinnung und der Stille. Selbst kleine Gärten in Großstädten verwandeln sie mit einem „grünen Daumen“ und wenigen geschickten Handgriffen in kleine Paradiese. – „Nun weiß ich, was des Gartens Seligkeit mir wies, was Berg und Meer, Tempel und Haus nicht konnten: Erinnerung an das verlorene Paradies“, erkannte auch der aus dem böhmischen Trautenau stammende Autor Joseph Mühlberger.

Ohne Gift

Wertvoller Ratgeber eines Fachmannes

Gegen jede Krankheit ist ein Kraut gewachsen, sagt der Volksmund. Und gewiefte Gärtner sind der Meinung, daß auch gegen allerlei Schädlinge und Pflanzenkrankheiten ein Kraut gewachsen ist. Arthur Schnitzer, langjähriger Berater für die Steiermärkische Landwirtschaftskammer und selbst passionierter Gärtner, hat mit seinem Buch „Gärtnern ohne Gift“ nun einen praktischen Ratgeber vorgelegt. Leicht verständlich schildert er allen am biologischen Gärtnern interessierten Pflanzenfreunden, wie sie ohne die chemische Keule auskommen.



Wichtig ist, daß man seinen Garten täglich besucht und aufmerksam verfolgt, welche Pflanze eventuell „leidet“. Der „grüne Daumen“ allein reicht also nicht, man muß schon darauf achten, daß nicht nur die Schädlinge bekämpft, sondern auch die Nützlinge gepflegt werden.

„Beim vorbeugenden Pflanzenschutz geht es in erster Linie um die Stärkung unserer Kulturpflanzen und um die damit verbundene Verminderung der Gefahr von Schädlings- und Krankheitsbefall“, so Schnitzer. „Besonders wichtige Hilfsmittel für den vorbeugenden Pflanzenschutz sind verschiedene Auszüge von Kräutern und Pflanzen. Vorbeugen ist auch im Garten besser als heilen.“



Ackerschachtelhalmbrühe oder -jauche gegen saugende und blattfressende Insekten oder gegen Mehltau, Pechnelkenextrakt zur Stärkung der Pflanzen, Tomatentriebjauche gegen den „Erzfeind“ der Gärtner, die Schnecke, aber auch Schwarzer Tee gegen Läuse an Zier- und Zimmerpflanzen – das alles empfiehlt Schnitzer den Gärtnerkollegen, die in diesem Ratgeber allerlei Wissens- und Nachahmenswertes finden werden. *man*

***Arthur Schnitzer: „Gärtnern ohne Gift. Ein praktischer Ratgeber“**, Böhlau Verlag, Wien 2006, 233 Seiten mit zahlr. farbigen Abb., geb., 19,90 Euro, PMD-Bestellnummer 5670.*

Eine Pyramide in Masuren

Touristen-Attraktion: Das Fahrenheid-Mausoleum im südlichen Teil des Kreises Angerapp

Von Bernhard Knapstein

Als geheimnisumwitterte Attraktion in Ostpreußen gilt die bis vor kurzem kaum auffindbare, weil vom Walde in der sumpfigen Luschnitz zugewucherte „Pyramide von Masuren". Dieser wenig bekannte Backstein-Bau, 15,9 Meter hoch und mit einer Kantenlänge von 10,40 Meter versehen, wurde der ägyptischen Cheopspyramide von Gizeh in schlanker Form nachempfunden und ist im südostpreußischen Teil des historischen Kreises Angerapp zu finden. Fährt man von dem unmittelbar an der Grenze liegenden Ort Klein-Angerapp, zu Polnisch Rapa, nach Süden in Richtung Benkheim, so passiert man nur 200 Meter jenseits des Ortsausgangschildes auf der linken Seite die Mündung eines breiten Fußwegs, der in den Wald führt. Schon von der Straße aus ist am Ende eines geraden Naturkundepfades im Wald die Pyramide deutlich zu erkennen.

Der Bau steht heute unter Denkmalschutz. Zweck des Baus: Es handelt sich um das Mausoleum der Familie von Farenheid des nahegelegenen Rittergutes Angerapp.

Über den Hintergrund der eigenwilligen Form des Mausoleums wird viel spekuliert. Noch mehr wird jedoch über die Leichname diskutiert, die nicht der Verwesung anheim gefallen, sondern vielmehr mumifiziert sind. Esoteriker gehen zum Teil davon aus, der Erbauer der Pyramide sei Geomantie-Anhänger gewesen und habe die Grabstätte auf einer irdischen Kraftlinie erbaut. Andere vermuten als Ursache der Mumifizierung der Leichname besondere Strahlungen innerhalb der Pyramide. Tatsächlich halten auffallend viele Besucher ihre Hände an den Außenbau, um so die vermeintlichen Strahlungen aufzunehmen, denen heilende Kräfte nachgesagt werden.

Mausoleum zieht Esoteriker an

Wegen der Pyramidenform wird der Bau oftmals dem am 31. Oktober 1815 geborenen und im Dreikaiserjahr 1888 verstorbenen Begründer der Kunstschöpfung von Schloß Beynuhnen, Fritz von Farenheid-Beynuhnen, der ein besonderes Faible für die Antike entwickelt hatte, zugesprochen. Tatsächlich wurde das Mausoleum jedoch schon vor dessen Geburt erbaut und seiner Bestimmung zugeführt.

Fest steht, daß die am 30. Dezember 1811 verstorbene dreijährige Enkelin des berühmten preußischen Kriegs- und Domänenrats Johann Friedrich von Farenheid (1747–1843) in dem zu diesem Zeitpunkt, also vier Jahre vor der Geburt des Kunstschöpfers Fritz von Farenheid-Beynuhnen, bereits fertiggestellten Mausoleum bestattet worden war.

Das Mausoleum liegt zudem von dem Standort des von den Sowjets geplünderten und niedergebrannten Schlosses Beynuhnen fünf Kilometer entfernt. Es ist dem Rittergut Angerapp zuzurechnen. Sowohl das Rittergut als auch Beynuhnen waren seit 1773 in Familienbesitz der 1789 in den Adelsstand erhobenen Farenheids.

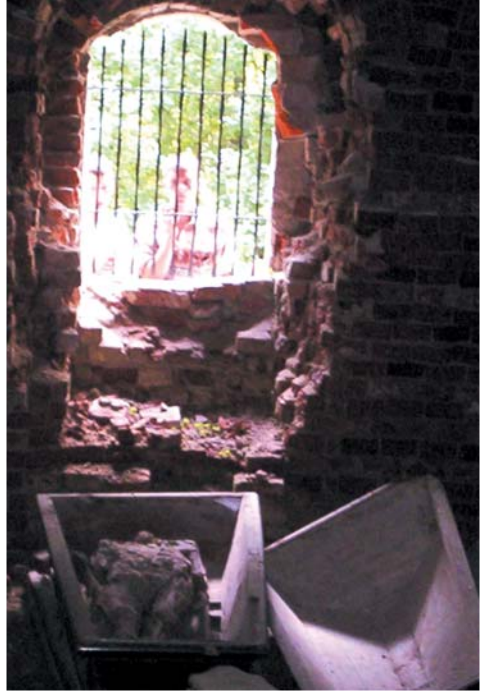
Von dem Festsaal des noch heute existierenden Herrenhauses des Rittergutes konnte man die nur 1000 Meter entfernt gelegene Familiengrabanlage sehen.

Nicht mit Klarheit festgestellt werden kann indessen, ob, wie vielfach behauptet, die energetische Wirkung des Pyramidenbaus, eine natürliche Mumifikation in der sumpfigen Luschnitz oder eine künstliche Mumifizierung stattgefunden hat.

Die Familie galt aber in allen Generationen als christlich. Auch der Kunstschöpfer, der sich neben seinem Freund, Major Ulrich von Salpius, beerdigen ließ, wählte seine eigene Grabinschrift: „Verlassend eine Welt, reich an unerfüllter Sehnsucht, harre ich in Demut der hohen Offenbarungen im Herrn."

Das Mausoleum ist heute in einem baufälligen Zustand. Die Administration hatte vor kurzem eine denkmalpflegerische Bezuschussung durch die Kreisgemeinschaft Angerapp und die Landsmannschaft Ostpreußen abgelehnt. Die Polen wollen die Restaurierungsmaßnahme aus eigenen Mitteln finanzieren.

Der Zustand der Pyramide ist in der Tat bedenklich. Durch seitlich herausgebrochene Fenster können Besucher vier Särge sehen, einer davon, der direkt vor den Fensteröffnungen plaziert ist, ist geöffnet. In diesem liegt eine kopflose Mumie. Mit dieser „Attraktion" wirbt die polnische Tourismusbranche intensiv auf Werbeschriften und im Internet für die grenznahe Region.



Schockierender Blick: Durch die herausgebrochenen Fenster ist die keine 200 Jahre alte Fahrenheid-Mumie zu sehen. Foto: B. K.

Gestörte Totenruhe

Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erleben. Doch nicht auf alles ist er vorbereitet. Das baufällige Farenheid-Mausoleum ist schon von weitem als christliche Grabstätte erkennbar. Ein sinnvoller Naturkundepfad leitet Schüler und Touristen direkt zur „Pyramide von Masuren". Erreichen diese über den Baum- und Blümchenpfad dann das Mausoleum, den Kopf voll harmloser Fauna und blicken in das Innere des Objekts, ist es mit der Harmlosigkeit vorbei. Geschockt wirft der Betrachter seinen Blick unmittelbar auf einen geöffneten Sarg, in welchem eine geköpfte Mumie keine Totenruhe finden darf. Hört man sich bei ortsansässigen Polen um, so waren im Jahr 1945 marodierende Sowjets die Grabschänder. Mag sein, doch entschuldigt das den bestehenden Zustand? Situationsbeschreibung: Der geöffnete Sarg ist im direkten Blickfeld des Betrachters positioniert worden, der ehemalige Zugang zur Pyramide wurde noch nicht vor allzu langer Zeit zugemauert, die Fenster sind nachträglich aus dem Mauerwerk herausgebrochen und vergittert worden. Unterm Strich: Hier wird gezielt ein Gruselkabinett präsentiert.

Die Tourismusbranche wächst rasch in Ostpreußen und zeigt nun ihre schlimmste Fratze: die professionell gestörte Totenruhe. Denn wer eine Pyramide besuchen möchte, der soll auch eine Mumie finden. Die aktuelle Grabschändung ist nicht von sowjetischer Hand! *B. Knapstein*

Ende der Philipponen

Letzte Ordensschwester der Altgläubigen in Eckertsdorf gestorben

Von Fryderyk Tegler

Das geistliche Leben im Kloster der Dreifaltigkeit und des Erlösers im ostpreußischen Eckertsdorf, besser bekannt als Philipponenkloster, hat mit dem Tode der letzten Ordensschwester, der 89jährigen Schwester Fima – bürgerlich Afimia Kuschmierz –, am 8. April 2006 ein Ende gefunden.

„Alles hat seine Zeit!", so heißt es schon in der Bibel.

Die Altgläubigen, auch Philipponen genannt, hatten im 17. Jahrhundert die Reformen der Russisch-orthodoxen Kirche nicht anerkannt und pflegten ihren Glauben weiterhin nach Altem Ritus. Als Gründer der Glaubensgemeinschaft gilt ihr Prophet Philipp, der den Tod auf dem Scheiterhaufen fand. Wegen ihrer religiösen Anschauungen verfolgt, wurden sie zur Emigration nach Preußen gezwungen, wo ihnen König Friedrich Wilhelm III. per Sondergesetz 1825 Glaubensfreiheit und Zuflucht gewährte und sie eine neue Heimat fanden. Die ersten Altgläubigen trafen in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts in Masuren ein.

Die Geschichte der masurischen Altgläubigen ist eng mit dem Kloster in Eckertsdorf verbunden, dessen Anfänge in das Jahr 1836 zurückreichen, als Lawrientrij Pastropin (1762–1851) am Ufer des Duss-Sees eine kleine Einöde gründete. 1847 wurde sie zum Kloster umgewandelt.

In dieser Zeit lebten in zehn Dörfern der Johannisburger Heide bereits fast 5000 Altgläubige.

Die größte Blütezeit des Frauenklosters fällt in die Jahre vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Neben den strengen religiösen Praktiken arbeiteten die Nonnen hart in der Landwirtschaft, dem Sozialdienst und in der Krankenpflege.



Eckertsdorf: Touristenmagnet Philiponenkloster, geistliches Zentrum der Altgläubigen Foto: Archiv

Das Kloster überstand die Wirren des Zweiten Weltkriegs. Anfang der 60er Jahre lebten noch zwölf Nonnen unter ihrer Oberin, Schwester Antonina, im Kloster. Nach dem Tod der letzten Oberin, übernahm Schwester Lena, bürgerlich Helene Stopka, bis zu ihrem Tode am 30. März 2005 die geistliche Leitung des Klosters, das aber inzwischen Familie Ludwikowski aus Nikolaiken gerichtlich übertragen wurde, die sich um die Erhaltung des Klosters bemühten.

Das Kloster blieb in den Folgejahren auch vor fragwürdigen Enteignungsmaßnahmen des polnischen Staats nicht verschont. So wurden die einzigartige Ikonensammlung und wertvolle Bücher im Rahmen einer nächtlichen Aktion ins Museum für Ermländische Geschichte auf das Schloß Heilsberg verbracht. Diese Maßnahme wurde später als Schutz vor Beschädigung und Kunstraub legitimiert.

Die letzten beiden bescheiden lebenden Schwestern waren in den 90er Jahren immer wieder in Filmbeiträgen vorgestellt worden, was den Ruf des Klosters als Sehenswürdigkeit und als lebendiger Beleg für die Toleranz Preußens noch forcierte.

Das von den Medien vielbeachtete und von Touristen unaufhörlich aufgesuchte masurische Kleinod am Duss-See ist heute als Klostermuseum zu besichtigen. Die Gräber der letzten beiden Schwestern befinden sich auf dem kleinen Friedhof auf der Rückseite der Klostergebäude.

Heimkehr

Tilsiter Elch hat Königsberg verlassen

Von Hans Dzieran

Nach 60jähriger Abwesenheit ist der Tilsiter Elch, der zuletzt im Königsberger Tierpark stand, an die Memel zurückgekehrt.

Noch bis vor zwei Jahren stand das lebensgroße Bronzetier ramponiert, seiner Schaufeln verlustig, im verwahrlosten Gesträuch. Das am 29. Juni 1928 eingeweihte Elchstandbild ist ein Werk des Bildhauers Ludwig Vordermeyer, hergestellt in der Kunstgießerei Noack in Berlin-Friedenau. Von einem hohen Podest blickte das Tier einst zum Grenzlandtheater und zum Memelstrom und prägte so das Stadtbild.

Im Krieg überstand der Elch Bombenangriffe und Kampfhandlungen. In der Sowjetzeit mußte der Elch einem ausgemusterten Panzer T 34 weichen, einem Zeichen des Sieges.

An den Stadtrand abgeschoben brachen Kinder bald die erste Schaufel ab, die nur durch einen glücklichen Umstand vor der Altmetallverwertung gerettet werden konnte. Um weiteren Ärger zu ersparen, wurde der Elch nach Königsberg in den Tierpark verfrachtet, wo bald auch die zweite Schaufel abbrach. Mit Beginn der 90er Jahre setzten die ersten Bemühungen der heutigen Bewohner Tilsits ein, den Elch zurückzubekommen.

Es war der Regionalforscher Isaak Rutman, der gemeinsam mit dem städtischen Kulturamt und dem Museum eine Unterschriftensammlung mit der Forderung „Gebt den Elch zurück!" startete.

In dem Streit um den Elch mußte selbst Gouverneur Matotschkin eingreifen, der den Elch der Stadt Tilsit zusprach. Man schickte einen Tieflader nach Königsberg, um den Elch aus seiner Verbannung zu holen und ihn anläßlich des 100jährigen Jubiläums des Tilsiter Stadttheaters nach Ende der Festveranstaltung den Gästen zu präsentieren. Doch dann stand nur der leere Tieflader da. Er hatte umkehren müssen, weil die Direktion des Tierparks den Eingang zugekettet und die Weisung des Gouverneurs schlichtweg ignoriert hatte.

»Gebt den Elch zurück!«

Auch die Stadtgemeinschaft Tilsit bemühte sich um die Heimholung der Bronze. Stadtvertreter Horst Mertineit brachte während der Kieler Woche die Bürgermeister von Königsberg und Tilsit an einen Tisch, wo sie versprachen, den Elch heimkehren zu lassen. Die Gebietsduma setzte nach einem weiteren Einwirken Mertineits Ende 2005 den Elch auf die Tagesordnung und beschloß seine Rückkehr nach Tilsit. Die Stadt Tilsit entschied den Wiederaufbau der Bronze auf einem gepflasterten Rondell an der Angerpromenade, Ecke Hohes Tor, gegenüber dem früheren Amtsgericht.

An den erheblichen Kosten für Überführung, Restaurierung und Aufstellung will sich die Stadtgemeinschaft Tilsit beteiligen. Seit dem 24. August des Jahres zeigt sich der von einer Königsberger Kunstschmiedewerkstatt restaurierte Elch in voller Pracht und Schönheit wieder den alten und neuen Tilsitern, auch wenn er nun nicht mehr zum Memelstrom, sondern in die Gegenrichtung schaut und seinen stummen Blick auf eine Leninstatue richtet. Doch Elche sind friedfertig. Lenin hat nichts zu befürchten.

Ramsauer Denkmäler saniert

Der „Bund Junges Ostpreußen" (BJO) hat in Ramsau, Kreis Allenstein, das Kriegerehrenmal des Kirchspiels sowie das Volksabtimmungsdenkmal saniert.

Das Kriegerehrenmal wurde in kommunistischer Zeit seiner Gefallenentafeln, von denen eine aufgefunden werden konnte, beraubt. Neben der alten Platte hat der BJO zwei neue, in deutscher und polnischer Schrift gehaltene Platten eingesetzt und das in seiner baulichen Substanz gefährdete Objekt gesichert.

Auch das kleinere Denkmal zur Erinnerung an die Volksabstimmung vom 11. Juli 1920 wies erhebliche Substanzverluste auf und drohte der endgültigen Zerstörung anheim zu fallen.



Ramsauer Abstimmungsstein Foto: Staschko

Die Zustimmung der polnischen Ramsauer zur Sanierung auch dieses Denkmals war souverän und eindeutig. „Das gehört doch hierher", heißt es dort lapidar.

An den Sanierungsarbeiten unter der Leitung Klaus Staschkos hat sich daher auch die polnische Bevölkerung Ramsaus beteiligt. Probleme wie mit dem Bismarck-Obelisken von Eichmedien gab es hier keine. **BK**

Freie Fahrt nach Elbing

Alte Reichsautobahn wieder in Betrieb

Von ARMIN MATT

Schon in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts erhielt Ostpreußen ein Teilstück des damals sehr extensiv geplanten deutschen Autobahnnetzes. Die Trasse wurde vierspurig geplant und zum größten Teil auch so ausgelegt, was die Brücken und Überführungen betraf. Fertig betoniert, aber ohne die heutzutage übliche Standspur, wurden aber nur zwei Spuren auf der Ostseite der Trasse.

Im Jahre 2003 wurde in einem polnisch-russischen Vertrag vereinbart, daß die alte Autobahn Königsberg–Elbing wieder hergerichtet werden sollte – und zwar als Schnellstraße zweiter Ordnung; das heißt nicht kreuzungsfreie Ein- und Ausfahrten. Den Auftrag erhielt die deutsch-russische Firma „Roßbahn“. Deutscher Teilhaber ist die Firma „Mattäh“ aus Verden an der Aller.

Von Königsberg kommend hat man jetzt die zwei westlichen Spuren vollkommen neu fundamentiert und asphaltiert, breiter als die alten Spuren und auch mit einer schmalen Standspur versehen. Teilweise werden die alten Betonspuren der nicht mehr benutzten Seite schon entfernt und recycelt. Wahrscheinlich sollen sie dann später auch wieder hergerichtet werden.

Ab der Ausfahrt Ludwigsort hört die erneuerte Spur wieder auf und man fährt auf den alten Betonstreifen weiter bis zu einem Drahtzaun an der Grenze.

Hier soll dann eine gemeinsame Grenzabfertigung von den Polen gebaut werden, aber da ist noch nicht einmal ein Spatenstich getätigt worden. Der dort entstehende Übergang ist schon mit „Momonowo elf“ bezeichnet. Die Eröffnung der gesamten Strecke ist für 2007 angegeben.

> Von Königsberg aus wurde die Bahn neu asphaltiert

Seit Frühjahr 2006 ist dieser russische Teil soweit fertig – einschließlich Leitplanken, Beschilderung und so weiter. Der Termin 2005 wurde auch einigermaßen eingehalten. Auf der polnischen Seite sind außer zwei neuen Brücken über Passarge und Bahnau keinerlei Arbeiten an alten oder gar neuen Fahrbahnen getätigt worden. Außer bei Elbing selbst – dort baut man schon lange an einem autobahnähnlichen Dreieck, das eine Ausfahrt in Richtung Warschau enthält.

Laut russischer Aussage wird die alte Autobahn ein Teilstück der „Hansaline Danzig–Königsberg–Riga“.

Im Rahmen dieser Strecke ist auch eine neue Brücke über die Memel bei Tilsit geplant.

Natürlich wird ein großer Teil dieses Vorhabens von Brüssel (Europäische Union) finanziert.

Vergnügungsfahrt und Fluchtweg

Ein Ostpreuße erinnert sich an seine ersten Fahrten auf der Reichsautobahn

Meine persönlichen Kindheitserinnerungen gehen darauf zurück, daß in Kreuzburg an einer Weggabelung ein blaues Schild stand mit der Aufschrift „Reichsautobahn 11 km“. Hier handelte es sich um die Ausfahrt „Kobbelbude“, über die in östlicher Richtung auch Kreuzburg zu erreichen war (zirka 16 Kilometer südlich von Königsberg). Mein Vater besaß zu der Zeit ein Motorrad (1938 bis 1939) mit Beiwagen, mit dem natürlich nicht die ganze Familie auf einmal transportiert werden konnte, schließlich waren wir sechs Kinder. Mein Platz war damals als Siebenjähriger vorne auf dem Benzintank oder im Beiwagen. Ich erinnere mich noch, als wir einmal im Frühjahr 1939 auf dem Weg ins Samland waren zu einer Hochzeit, als mein Vater sich auf der Autobahn zu einer kleinen Rennfahrt verleitet fühlte, und er unbedingt auf Tempo 120 Stundenkilometer beschleunigen wollte, aber so etwa bei Tempo 110 flog meine ganz neue Schirmmütze davon. Kurzerhand wurde umgedreht, denn das Verkehrsaufkommen war damals noch sehr gering. Die Mütze wurde gesucht und auch gefunden.



Jahrzehnte im Dornröschenschlaf (Foto von 2005): Einst als Verkahrsader zwischen Königsberg und Elbing geplant, wurde sie erst jetzt wieder aktiviert. Foto: Knapstein

Die zweite, weniger erfreuliche Erinnerung an „unsere Autobahn“ geht auf das Frühjahr 1945 zurück. Als wir nach erfolgter Flucht über das zugefrorene Frische Haff, auch schon bei Dirschau über die Eisenbahnbrücke die Weichsel überquert hatten, ging bei Kolberg der 2. Kessel zu, und wir kamen mit Pferd und Wagen nicht mehr weiter. Anfang März wurden wir vor Stolp von der Roten Armee überrollt und nach Hause geschickt – „idi nachaus“ hieß es dann. So nach und nach erleichterte man uns von allen Habseligkeiten. Besonders hervor taten sich die polnischen Milizen, zwar in Zivil, aber mit Karabinern und rot-weißen Armbinden versehen. Zum Schluß hatten wir nur ein kleines Handwägelchen mit ein paar Kleinigkeiten.

Von Elbing aus entschieden wir uns, die Autobahn zu benutzen, weil wir feststellten, daß sie vom Militär überhaupt nicht genutzt werden konnte wegen einiger zerstörter Brücken. Somit waren wir vor der Willkür durchfahrender Truppen geschützt, die sich des öfteren sehr gewalttätig benahmen. In einigen Tagen erreichten wir die Ausfahrt Zinten. Es war mitten am Tag und wir mußten auch an den Panzerkasernen vorbei, die überhaupt nicht zerstört und voll mit russischem Militär waren, um in Richtung Kreuzburg zu gelangen. Wir beteten zu Gott um Hilfe und Beistand, schauten weder nach links noch nach rechts und tippelten an den vielen Wachposten vorbei, die den Eingang zur Kaserne bewachten und siehe da, keiner nahm Notiz von uns.

Nach einigen Kilometern war die Straße dann wegen Minengefahr vollkommen gesperrt. Solche Schilder haben wir immer sehr respektiert. Rechts ab führte eine Art Knüppeldamm in Richtung Moritten, Schnakeinen und dann nach Kreuzburg. Hier kamen wir dann am 8. April an. Die Stadt Königsberg war zu diesem Zeitpunkt immer noch nicht gefallen, was wir aber nicht wußten. Dieser Teil der Straße Zinten–Kreuzburg ist bis heute immer noch gesperrt und vollkommen zugewachsen. Ob er wohl jemals von den Minen aus der Verteidigung des Heiligenbeiler Kessels geräumt worden ist?

Armin Matt

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es sind viele Erfolge zu verzeichnen, große, größere und kleine, so daß ich auf unserm Seminar „Die Ostpreußische Familie“, das vom 15. bis 17. September im Ostheim in Bad Pyrmont stattfindet, eine erfreuliche Bilanz ziehen kann. Ich muß noch einmal auf dieses „Familientreffen“ hinweisen, denn wie ich feststellen mußte, haben viele Leserinnen und Leser die erfolgten Bekanntgaben nicht bemerkt, weil sie im Urlaub waren. Leider können auch einige unserer Getreuesten nicht teilnehmen, weil zu dieser Zeit viele Heimattreffen stattfinden. Das ist schade, denn es wird diesmal ein sehr informatives Seminar werden, das ganz auf das Aufgabengebiet unserer Ostpreußischen Familie zugeschnitten ist und sich mit Suchfragen und Ahnenforschung beschäftigen wird. Auf einem „Spinnstubenabend“ soll es dann ganz heimatlich zugehen, so wie er einmal tohuus war, mit spannenden Geschichten und alten Spinnstubenliedern, die sich ja in unserer Heimat am längsten gehalten haben. Wer sich noch schnell entscheiden kann und will, wende sich an das Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14 in 32812 Bad Pyrmont, Telefon (0 52 81) 93 61-0, Fax (0 52 81) 9 36 11! Wenn ich Erfolge melden kann, dann freue ich mich natürlich sehr. Wenn, ja, wenn ... leider bekomme ich nicht immer Rückmeldungen. Es geht ja nicht darum, daß ich mich aufgrund von erfreulichen Ergebnissen „pörschen“ will, sondern ich möchte doch unsere ganze große Familie daran teilhaben lassen. Aber nicht immer will ich monieren, ich bin schließlich keine „Meckertante“, und so kommt mir der Brief meines Landsmannes und langjährigen Heimatfreundes **Heinzgeorg Neumann** aus Lüneburg gerade recht. Der Vizepräsident des Verwaltungsgerichtes a. D. schreibt nämlich: „Nach wie vor ist mein erster Blick in Ihre Rubrik. Mir kam der Gedanke, daß Suchende Ihnen nicht das Ergebnis mitgeteilt haben. Ich bringe Ihnen daher einige Fälle, die vielleicht interessieren können!“ Sie tun es, lieber Herr Neumann, und ich danke Ihnen sehr, auch für Ihre tatkräftige Hilfe, die aus Ihren Angaben ersichtlich ist. Tatsächlich habe ich von einigen Entwicklungen keine Kenntnis erhalten, und so will ich drei von Ihnen angegebene Fälle weitergeben, wie Sie diese schildern:

„Eine Dame suchte die Anschrift ihres früheren Freundes, Vater ihrer Tochter. Da dieser dem Adel angehörte, wies ich sie auf die ‚Genealogischen Handbücher des Adels‘ hin, einzusehen in allen großen Büchereien. An Hand des damaligen militärischen Dienstgrades könne sie zweifelsfrei den Gesuchten finden. Die Suche hatte Erfolg!“ Kurz und lapidar ist dieser letzte Satz, aber was könnte er beinhalten! Der zweite Fall: „Eine Dame suchte das Dorf eines Revierförsters in Ostpreußen. Anhand einer Veröffentlichung von Heyden, Eschment, Schulze ‚Wald- und Forstwirtschaft in Ostpreußen – von der Frühzeit bis zum Jahre 1939‘, erschienen 1994 in der Schriftenreihe ‚Aus dem Walde‘ der Niedersächsischen Landesforstverwaltung, konnte ich ihr die damalige Ortschaft mitteilen. Bei dem Dankgespräch bat sie um eine Anschrift für die neben ihr stehende Freundin, was ich sofort erledigte.“ Und dann noch dieser Vorgang: „Ein promovierter deutscher Jude aus Nazareth bat um Angaben zu einer Person aus Lyck, die im Soldatenverhältnis stand. Ich konnte ihm Archive nennen – er bedankte sich fernmündlich. In einem langen Gespräch teilte er mir mit, daß er die Unterlagen für in Nazareth begrabene Flieger aus dem Ersten Weltkrieg benötige. Ein deutscher Verlag habe seine Arbeit schon angenommen. Er hatte ganz vorzügliche geschichtliche Kenntnisse. Seit 1944 habe ich nicht mehr ein so langes Auslandsgespräch geführt! In all den Fällen bat ich die Betreffenden, Ihnen das Ergebnis mitzuteilen.“ Im letzten Fall ist dies auch geschehen, und ich konnte diesen großartigen Erfolg, der auch auf weiteren Informationen aus unserm Leserkreis beruhte, weitergeben. Jedenfalls freue ich mich, daß Sie, lieber Herr Neumann, diese Nachricht mit Dank verbunden erhielten. Ich hoffe, daß es Sie beflügelt, auch weiterhin so intensiv – und erfolgreich – mit Ihren Kenntnissen und Eingebungen unsere Ostpreußische Familie zu unterstützen.

In diesem Sinne freue ich mich auch über das lange Schreiben von Frau **Brigitta Lehmitz** aus Ratzeburg, obgleich er wieder einmal den Wermutstropfen „zu spät“ enthält. Frau Lehmitz suchte das Flüchtlingsmädchen **Christel Baltrusch**, das in Poggensee (Schleswig-Holstein) gelandet war und auf dem elterlichen Bauernhof von Frau Lehmitz in Mannhagen gearbeitet hatte. Die damals kleine Brigitta hatte Christel so lieb gewonnen, daß sie den Abschied von der 20jährigen lange nicht verschmerzen und sie bis heute nicht vergessen konnte. Unsere erste Veröffentlichung im Februar hatte keinen Erfolg, was auch verständlich erschien, da weder Christels – vermutlich ostpreußischer – Heimatort noch ihr neuer Wohnsitz und eventuell durch Heirat geänderter Nachname bekannt waren. Dann erbrachte der zweite Aufruf im Juni doch einen Erfolg: Er wurde gelesen. Von Christels ehemaliger Schulfreundin **Toni**, die diese gesucht hatte, als sie aus dänischer Internierung nach Westdeutschland kam, und auch gefunden hatte. Sie setzte sich mit Christels Schwester **Wally** in Verbindung, die sofort Frau Lehmitz anrief. Jetzt muß ich diese sprechen lassen: „Ich kann gar nicht beschreiben, wie ich mich fühlte. Während Wally mit mir sprach, ging es durch meinen Kopf: Christel ruft nicht selber an, warum? Lebt sie nicht mehr, oder will Wally nur die Verbindung zu ihr herstellen? Bitte, laß es so sein! – Doch Wally sprach aus, was ich nicht hören wollte: Christel ist vor 21 Jahren an Krebs verstorben. Ich kam also zu spät, das war bitter.“ Immerhin hat Frau Lehmitz durch Christels Schwester viel über die Gesuchte erfahren, so, daß sie einen aus Pommern Vertriebenen geheiratet und zwei Töchter bekommen hat. Und noch eine Episode aus Christels Leben bewegt Frau Lehmitz sehr: Christel Baltrusch hat ihre Familie und das Leben ihrer Schulfreundin Toni gerettet. Sie standen bereits auf der Passagierliste der „Gustloff“. Auf der Suche nach Eßbarem war Christel aber an Land geblieben. Als das Schiff ablegen wollte, war Christel noch nicht zurück. Ohne sie wollten die andern nicht an Bord – das hat allen das Leben gerettet. Sie kamen dann auf einem Kohlendampfer heraus. Wenn Wally nun in Erinnerung an jene schweren Zeiten noch einmal Poggensee besuchen sollte, findet sie einen Anlaufpunkt bei Frau Lehmitz in Ratzeburg. So knüpft unsere Ostpreußische Familie neue Verbindungen über die Zeitläufte mit ihren Schicksalen hinweg.

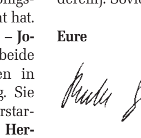
Ruth Geede Foto: privat

Aber ich möchte auch denjenigen danken, deren Wünsche wir veröffentlichten, die aber leider keine Erfolge erbrachten – und die dennoch nette Worte für unsere Bemühungen finden. Wie **Hildegard** und **Gertrud Klatt**, deren jüngste Schwester **Charlotte** Klatt seit Ende 1945 in Königsberg vermißt wird und deren Schicksal wahrscheinlich ungeklärt bleibt. Die Schwestern haben zwar einige Anrufe erhalten, aber niemand konnte etwas Konkretes sagen. Es gibt so viele Schicksale, die gerade in jener grausamen Zeit versickern. Wie das der **Herta Hildebrand** aus Königsberg, die von ihrem damaligen Bekannten **Heinrich Pauli** gesucht wurde – vergeblich! Oder das von **Maria Werner** geb. **Hahn** und ihrer Tochter **Edith** – gesucht von **Waltraud Will**, für die es unverständlich ist, daß „niemand aus unserer großen Leserschar“ die in Königsberg lebenden Frauen gekannt hat. Die Eltern von Maria Werner – **Johanna** und **August Hahn**, beide verstorben 1945 – wohnten in Wesselshöfen, Krs. Heilsberg. Sie hatten viele Kinder, einige verstarben früh, genannt werden **Hermann**, **August**, **Otto**, **Berta**, **Johanne** (Schwiegermutter von Frau Will) und eben **Maria**. Es gibt anscheinend keine Urkunden – die werden dringend gebraucht –, aber selbst das Standesamt 1 in Berlin mußte passen. Zwar haben nach unserer Suchaktion einige Wesselshöfer bei Frau Will angerufen, doch die Gesuchten waren ihnen unbekannt. Es bleiben eben viele Rätsel ungelöst.

Warten müssen wir auf die Zuschriften, die zu dem Thema „Bernsteinmanufaktur“ gekommen sind – das war mein Bericht über deren letzten Direktor, „Papa Rasch“, und seinen Nachlaß, aus dem die Landsmannschaft Ostpreußen einige wertvolle Artefakte erworben hat – und die so reizvolle liebevolle Erinnerungen beinhalten, daß ich sie gesondert behandeln will. Mein Dank gilt vorerst dem Sohn **Peter** des Ehepaares **Rasch**, und seinen mich sehr berührenden Dankesworten, sowie **Gisela Engelhardt** und **Irmgard Stoschek**, deren Erinnerungen das Thema „Bernstein“ noch einmal beleuchten werden und ganz besonders **Christine Schober** für das „Bernsteinpäckchen“, mit dem sie mich überraschte.

Überraschen kann ich vielleicht jemanden mit einigen Ansichtskarten, die ich zugesandt bekam – ein herzliches Dankeschön geht nach Lohfelden und Mönchengladbach! –, weil sie für Familien- und Ortschroniken wichtig sein könnten. Es handelt sich um Aufnahmen von Walterkehmen, Perkallen, vom Gasthaus Schneidereit in Gr. Rominten, vom Kurhaus Kl. Schwentischken und Fotos aus Barten (Haus am Markt unter anderem). Soviel für heute.

Eure



Ruth Geede

Wir gratulieren ...

ZUM 98. GEBURTSTAG

Schlemminger, Erich, aus Angerburg, jetzt Hauptstraße 13, 38557 Osloß, am 17. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Czeranski, Emma, geb. Mrowinski, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Rauschenbuschstraße 55, 44319 Dortmund, am 12. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bautz, Gertrud, aus Lötzen, jetzt Am Becketal 21, 28755 Bremen, am 13. September

Neumann, Elly, geb. Grzybowski, aus Labiau, Poppenbütteler Chaussee 23, 22397 Hamburg, am 11. September

Wylutzki, Margarete, geb. Pruß, aus Herrnbach, Kreis Lyck, jetzt Hopgarten 4, 38462 Grafhorst, am 15. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Glanden, Frieda, geb. Rudatis, verw. Przykopp, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Dorfstraße 4, 23970 Greese, am 12. September

Horn, Bruno, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Palmenstraße 5, 40217 Düsseldorf, am 13. September

Pilz, Ida, geb. Jeroch, verw. Abel, aus Neumalken, Kreis Lyck, jetzt Lärchenstraße 27, Seniorenheim Am Schwarzholz, 04567 Kitzscher, am 17. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Helm, Margarete, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Wesselhorn 22, 25782 Tellingstedt, am 11. September

Pokorra, Wilhelm, aus Ortelsburg, jetzt Kirchweg 129, 28201 Bremen, am 16. September

Tunkat, Gertrud, geb. Skibbe, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, jetzt Hohe Lüchte 35, 29221 Celle, am 1. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Böhnke, Frieda, geb. Böhnke, aus Tapiau, Herzog-Albrecht-Ufer, Kreis Wehlau, jetzt Flachsberg 6, 24811 Owschlag, am 11. September

Klein, Alfred, aus Lötzen / Angerburg, jetzt Taubenbreite 13, 06484 Quedlinburg, am 12. September

Könsler, Helene, geb. Reimann, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Klosterstraße 33, 79639 Grenzach, am 12. September

Kruska, Erika, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, jetzt Engestraße 4, 31008 Elze, am 14. September

Puchert, Ewald, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Meininger Straße 10, 42389 Wuppertal, am 17. September

Wall, Gerda, geb. Stadtgus, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, jetzt Akazienweg 2, 59320 Ennigerloh, am 13. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dohm, Elfriede, geb. Dobrzinski, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Munscheiderstraße 102, 44869 Bochum, am 17. September

Hügel, Albert, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, jetzt Schauenburgerstraße 63, 24118 Kiel, am 12. September

Matthey, Margarete, geb. Bacher, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, jetzt Rauhehorst 157, 26127 Oldenburg, am 6. September

Wölk, Kurt, aus Köngsberg, Mischnerweg 34, jetzt Herderstraße 8, 49661 Cloppenburg, am 6. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Kayka, Herta, geb. Skodda, aus Grünsee, Kreis Lyck, jetzt Bornstraße 3, 65582 Hambach, am 13. September

Klein, Fritz, aus Pohlau, Kreis Ebenrode, jetzt Forsthaus Tiergarten, 21407 Deutsch Evern, am 8. September

Kondritz, Dr. Gertrud, aus Elbing, Mühlendamm 5, jetzt Uhlengrund 14 C, 21244 Buchholz, am 7. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baltsch, Erna, geb. Baltsch, aus Pillkoppen, Kreis Fischhausen, jetzt Birkenweg 32, 18546 Saßnitz, am 11. September

Bialluch, Hedwig, geb. Totzek, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Eichendorffring 11, 95447 Bayreuth, am 11. September

Bikowski, Leo, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, jetzt Van-der-Velden-Straße 8, 51789 Lindlar, am 14. September

Hollan, Friedrich, aus Neidenburg, jetzt Stemmering 18, 45259 Essen, am 16. September

Kohnke, Ilse, geb. Fließ, aus Lötzen, jetzt Giesekingstraße 8, 70563 Stuttgart, am 12. September

Robitschek, Elisabeth, geb. Larm, aus Neidenburg, jetzt An der Mühle 35, 27570 Bremerhaven, am 11. September

Wagner, Helene, geb. Bajohr, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Reepschlägerstraße 21, 22880 Wedel, am 16. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Becker, Helmut, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, jetzt Fraunhofer Straße 4, 44879 Bochum, am 13. September

Czieschewski, Waltraut, geb. Holz, aus Lyck, jetzt Jungmannufer 9, 24340 Eckernförde, am 13. September

Dikomey, Johanna, geb. Schaaf, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, jetzt Dr.-Julius-Brecht-Weg, 45478 Mühlheim-Ruhr, am 10. September

Ebert, Horst, aus Neidenburg, Töpferberg 3, jetzt Schillerplatz 4 a, 96450 Coburg, am 14. September

Herwy, Anni, geb. Przetak, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Hanns-Eisler-Straße 14, 02943 Weißwasser, am 17. September

Heyer, Gerhard, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Ritterstraße 28, 26789 Leer, am 16. September

Jopp, Erich, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, jetzt Kranichsteinerstraße 82, 64289 Darmstadt, am 16. September

Kibbat, Erich, aus Hohenfried, Kreis Ebenrode, jetzt Ernst-Wiese-Straße 25, 24226 Heikendorf, am 3. September

Krisch, Paul, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Pruppach 5, 92275 Hirschbach, am 12. September

Krupka, Emma, geb. Bednarz, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, jetzt Stellerstraße 26, 30916 Isernhagen, am 15. September

Mosel, Otto, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Herzfelderstraße 26, 45892 Gelsenkirchen, am 15. September

Peter, Reinhold, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Epscheiderstraße 111, 58339 Breckerfeld, am 11. September

Poyka, Irmgard, geb. Bajorat, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, jetzt Meistenweg 8, 34414 Warburg, am 12. September

Praetorius, Hildegard, geb. Praetorius, aus Oswald, Kreis Elchniederung, jetzt Am Plan 4, 39261 Herbst, am 11. September

Reetz, Gertrud, geb. Scharein, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Bernhausener Ring 15, 13435 Berlin, am 17. September

Schröter, Hildegard, geb. Groß, aus Hohenfried, Kreis Ebenrode, jetzt Am Hang 13, 21680 Stade, am 7. September

Schweingruber, Fritz, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, jetzt Aggerstraße 57, 51645 Gummersbach, am 17. September

Sostak, Gustav, aus Hansbruch, Kreis Lyck, jetzt Siedlerweg 19, 31311 Uetze, am 12. September

Tertel, Ernst, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, jetzt Augustusstraße 14, 86343 Königsbrunn, am 16. September

Teschner, Gerda, geb. Arndt, aus Wolitta, Kreis Heiligenbeil, jetzt Velbert Bahnhof 1, 58540 Meinerzhagen 2, am 17. September

Thaleiser, Maria, jetzt Wolfsgässchen 5 b, 86153 Augsburg, am 9. September

Weylo, Karl, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, jetzt Blankenburger Weg 11 d, 22459 Hamburg, am 14. September

Wronn, Hilde, geb. Schmidtke, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Vaersthausener Straße 30, 59425 Unna, am 12. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Albat, Ulrich, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Liebigstraße 8, 44579 Castrop-Rauxel, am 11. September

Baumgart, Marta, geb. Kompa, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Rapsweg 16, 22549 Hamburg, am 17. September

Becker, Irma, geb. Balscheit, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt 104-2910 Cook Street, V8T 3S7 Victoria, British Columbia, Canada, am 11. September

Biell, Elfriede, aus Königsblumenau, Kreis Pr. Holland, jetzt Wupperstraße 20, 28205 Bremen, am 14. September

Blumhagen, Waltraut, geb. Paukstat, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, jetzt Hainichener Straße 49, 09669 Frankenberg / Sa., am 17. September

Dlugay, Käthe, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Speyer Weg 44, 40229 Düsseldorf, am 12. September

Domnick, Walter, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, jetzt Sachsenstraße 8, 64823 Groß-Umstadt, am 17. September

Glasow, Herbert, aus Kreis Elchniederung, jetzt Fliederweg 14, 44575 Castrop-Rauxel, am 16. September

Gollub, Kurt, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, jetzt Albert-Einstein-Straße 27 c, 09212 Limbach-Oberfrohna, am 14. September

Gronau, Arno, aus Klein Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Wellesberg 4, 96346 Wallenfels, am 15. September

Gruber, Alfred, aus Frischenau, Kreis Wehlau, jetzt Taller Straße 55, 32689 Kalletal, am 16. September

Härtel, Hildegard, geb. Kurzich, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt An der Holtemme 80, 38855 Wernigerode, am 16. September

Kolibius, Lotte, geb. Glaw, aus Rippen, jetzt Wiechernstraße 36, 59063 Hamm, am 12. September

Kownatzki, Willi, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Münsinger Straße 12, 72574 Bad Urach, am 15. September

Kristkowitz, Erich, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Altmannsweg 3, 21737 Wischhafen, am 14. September

Kuschmierz, Edith, aus Heiligenbeil, jetzt Fr.-Ebert-Straße 28, 34117 Kassel, am 15. September

Lukowski, Maria, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Grillostraße 152 A, 45881 Gelsenkirchen, am 13. September

Malingriaux, Ingeborg, geb. Ebner, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, jetzt Miltenberger Weg 15, 13189 Berlin, am 16. September

Marquardt, Gerda, aus Mecken, Kreis Ebenrode, jetzt Muedener Weg 1, 29328 Faßberg, am 5. September

Masuch, Otto, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, jetzt Eintrachtstraße 29, 59227 Ahlen, am 15. September

Müller, Ruth, geb. Golembek, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Blumenstraße 3, 06638 Karsdorf / Unstrut, am 16. September

Paprotka, Heinz, aus Erlental, Kreis Treuburg, jetzt Schmalenbrook 5 b, 22522 Hamburg, am 15. September

Pieper, Ruth, aus Lyck, jetzt Auer Schulstraße 12 – 16, Mundus Seniorenresidenz, 42103 Wuppertal, am 16. September

Piewek, Käthe, geb. Salatzkat, aus Königsberg, jetzt Breslauer Straße 19, 71638 Ludwigsburg, am 9. September

Pötz, Friedel, geb. Weichental, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, jetzt Kirchstraße 14, 65589 Hadamar, am 10. September

Pusch, Liesbeth, geb. Littek, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Alleestraße 13, 57339 Erndtebrück, am 17. September

Rudzio, Margarete, geb. Drage, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, jetzt Felsenweg 15, 49086 Osnabrück, am 12. September

Sawatzki, Irmgard, geb. Brahe, aus Lötzen, jetzt Karlstraße 75, 64285 Darmstadt, am 14. September

Stenchly, Edeltraud, aus Rastenburg, jetzt Ernst-Reuter-Straße 13, 33104 Paderborn, am 15. September

Teichert, Anneliese, geb. Retz, aus Laukiten-Dagwitten, jetzt Danziger Straße 2, 42579 Heiligenhaus, am 13. September

Thalmann, Friedel, geb. Augustat, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Dorfstraße 53, 19348 Düpow, am 8. September

Thieme, Hildegard, geb. Hübner, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, jetzt Bergweg 3, 85296 Rohrbach / Ilm, am 14. September

Weiland, Elfriede, geb. Borchmann, aus Saiden, Kreis Treuburg, jetzt Pastwik 4, PL 11-731 Sorkwity/Polen, am 14. September

ZUR EISERNEN HOCHZEIT

Wölk, Kurt, aus Königsberg, Mischner 34, und Frau Erna, geb. Baumgart, aus Königsberg, Große Sandgasse 24, jetzt Herderstraße 8, 49661 Cloppenburg, am 6. September

ZUR DIAMANTENEN HOCHZEIT

Bothe, Konrad, aus Schlesien, und Frau Erika, geb. Kraft, aus Mostolten, Kreis Lyck, jetzt Rosengasse 10, 02694 Großdubrau, am 15. September

ZUR GOLDENEN HOCHZEIT

Deegen, Siegfried, aus Rapoendorf, Kreis Preußisch Holland, und Frau Waltraut, geb. Liedtke, aus Wurchow, Kreis Neustettin, jetzt Kellerrehm 8, 24253 Probsteierhagen, am 15. September

»Ostpreußische Familie«

Im Ostheim findet vom 15. bis 17. September das fünfte Seminar statt

Nach zweijähriger Pause veranstaltet der Ostheim e. V. das fünfte Treffen der „Ostpreußischen Familie“ mit der Schriftstellerin und Journalistin Ruth Geede, die in der gleichnamigen Rubrik der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wöchentlich berichtet, als Seminar vom 15. bis 17. September 2006 im Ostheim in Bad Pyrmont.

Als weitere Referenten konnten Georg Jenkner („Familienforschung — Familienchronik“), Dr. Detlef Arntzen („Das Tagebuch meiner Mutter“ und „Was ist aus dem kleinen Mantas geworden?“), René Michael Massier („Die Arbeit des Kirchlichen Suchdienstes HOK“) und Karla Weyland („Ostpreußen auf der Briefmarke“) gewonnen werden. Wie immer wird ein reger Gedanken- und Erfahrungsaustausch das gesamte Seminar begleiten. Der „Bunte Abend“ am Sonnabend bietet allen Teilnehmern die Möglichkeit, sich selbst mit lustigen und besinnlichen Beiträgen einzubringen.

»Die Familie ist das Herzstück der Zeitung«

Das Seminar beginnt am Freitag, dem 15. September mit dem Abendessen und endet am Sonntag, dem 17. September, nach dem Mittagessen. Die Seminargebühr beträgt einschließlich Unterkunft und Verpflegung im Einzelzimmer 132 Euro und im Doppelzimmer 120 Euro pro Person. Einzelzimmer stehen in begrenztem Umfang zur Verfügung und werden nach Anmeldungseingang vergeben. *EB*

Das Anmeldformular zum Seminar fordern Sie bitte ausschließlich an beim Ostheim-Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (0 52 81) 9 36 10, Fax 93 61 11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de.

Immer mit dabei

Auch im Urlaub die *PAZ* lesen

Liebe Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt,*

da Sommerzeit für viele auch immer Reisezeit bedeutet, viele Menschen aber auch gern im Urlaub Vertrautes um sich haben, bieten wir Ihnen auch dieses Jahr wieder an, sich Ihre *Preußische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt* in den Urlaub nachschicken zu lassen.

Damit das auch schnell und einfach möglich ist, befindet sich in dieser und einigen darauffolgenden Ausgaben ein kleiner Coupon, auf dem Sie alle wichtigen Informationen eintragen und uns dann per Post zukommen lassen können.

Auch wer in nächster Zeit umzieht findet an dieser Stelle das entsprechende Formular, denn selbst wer einen Nachsendeantrag bei der Post hinterlegt hat, bekommt nur seine Briefsendungen allerdings nicht Zeitungen und Zeitschriften an seinen neuen Wohnort nachgesendet.

Damit Sie nicht auf Ihre *Preußische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt* verzichten müssen, bitten wir Sie uns alles wichtige mitzuteilen. Danke!

Ihre *PAZ*

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon (0 24 05) 7 38 10.

Kirchspieltreffen Rauterskirch und Seckenburg – Einladung zum Kirchspieltreffen der früheren Bewohner der Kirchspiele Rauterskirch und Seckenburg vom 19. September bis 1. Oktober im Hotel „Parkhotel Deutsches Haus", Bahnhofstraße 22, 31542 Bad Nenndorf. Weitere Angaben finden Sie im Heimatbrief Nr. 42.

Kirchspieltreffen der Elchniederunger – Einladung zum Kirchspieltreffen der früheren Bewohner der Kirchspiele Herdenau, Inse, Karkeln, Kuckerneese, Schakendorf und Skören vom 13. bis 15. Oktober 2006 im Hotel „Parkhotel Deutsches Haus", Bahnhofstraße 22, 31542 Bad Nenndorf. Gleichzeitig findet am Freitag, 13. Oktober die Delegiertenversammlung statt. Die Tagesordnung der Sitzung geht jedem Delegierten / Kirchspielvertreter rechtzeitig zu.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsst.: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Tel.: (0 41 01) 2 20 37 (Di. u. Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Ausstellung entfällt – Die im Heimatbrief „Unser schönes Samland" (Folge 171) angekündigte Sondersausstellung im Preußen-Museum in Minden vom 10. September bis 8. Oktober 2006 „Volkskunst aus Ostpreußen. Kulturelle Erinnerungen an Ost- und Westpreußen" kann leider aus Kostengründen nicht stattfinden. Der Freundeskreis zur Erhaltung und Pflege ostpreußischen Kulturgutes e.V. bittet um Verständnis.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Dirk Bannick, Tel. (01 71) 5 27 27 14. Gst.: Wiebke Hoffmann, Peiner Weg 23, 25421 Pinneberg, Tel. (0 41 01) 2 23 53, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Familienforschung auf dem Hauptkreistreffen – Neben einem diesmal besonders großen, vielfältigen Rahmenprogramm auf unserem Hauptkreistreffen am 9. und 10. September in der schönen Rattenfängerstadt Hameln an der Weser, über das wir bereits ausführlich informiert haben, freuen wir uns, unseren Besuchern einen weiteren, ganz besonderen Dienst anbieten zu können. Dietmar Hoffmann, Leiter unserer Historisch-Genealogischen Familienforschungsgemeinschaft „GIRDAWE", wird persönlich am Sonnabend, 9. September, im Hotel Stadt Hameln im Bereich der Kirchspieltische Mulden (Muldszen) für alle Fragen und Wünsche zur Ahnen- und Verwandtschaftsforschung unserer Gerdauener Landsleute mit großem Engagement bereit stehen. Mittlerweile hat Dietmar Hoffmann auf seinem Computer über 80000 Datensätze gespeichert und ist zunehmend in der Lage, Fragen von früheren Bewohnern unseres Kreises und ihren Nachfahren zu bearbeiten. Es ist eine wunderbare Gelegenheit, zusammen mit ihm auf die Suche nach Angehörigen und Freunden zu gehen oder nach eigenen Vorfahren zu fahnden.



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein/Taunus, Telefon (0 61 26) 41 73, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de

53. Bundestreffen der Gumbinner und Salzburger in Bielefeld – Am 9. und 10. September 2006 findet in der Patenstadt Bielefeld das 53. Bundestreffen der Gumbinner aus Stadt und Land sowie der Salzburger statt. Alle Landsleute, ihre Nachkommen und Freunde von nah und fern sind herzlich eingeladen am Treffen in der Gesamtschule Stieghorst, Detmolder Straße / Am Wortkamp 3 teilzunehmen. Am Sonnabend Vormittag ab 9 Uhr wird in der Kreisversammlung der Vorstand der Kreisgemeinschaft satzungsgemäß seinen Rechenschaftsbericht abgegeben, ebenso werden Berichte von der „Gumbinner Stiftung", der „Ehemaligen" und der Arbeitsgruppe „Ostpreußisch Platt" erfolgen. Der Nachmittag ist für Gespräche in den Orts- und Kirchspielkreisen und für die Treffen von Arbeitsgruppen vorgesehen, aber auch das Plachandern mit Freunden und Nachbarn soll nicht zu kurz kommen. Für das leibliche Wohl wird wie immer gesorgt. Die Mitglieder des „Salzburger Vereins" treffen sich um 15.30 Uhr im Wohnstift Salzburg in der Memeler Straße 3. Am Abend findet in der Lutherkirche in Stieghorst ein Konzert mit dem Kantchor aus Gumbinnen (Gusew) statt. Der Sonntag beginnt um 9 Uhr mit einer Gemeinschaftsstunde mit folgendem Ablauf: Andacht, Totengedenken, Grußworte der Gäste, Ehrungen, Bericht des Vorsitzenden, Singen der Nationalhymne. Gäste aus der Patenstadt Bielefeld und Vertreter aus Gumbinnen (Gusew) haben ihre Teilnahme zugesagt. Auch am Vormittag wird der Kantchor die Veranstaltung musikalisch begleiten. Eine Ausstellung von Gerhard-D, Thies mit Stadtansichten aus Gumbinnen von früher und heute ist zu sehen. Nach dem Kaffeetrinken um 16 Uhr schließt das Treffen.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Geschäftsstelle: Annelies Kelch, Luise-Hensel-Straße 50, 52066 Aachen. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Tel. (02 03) 2 83-21 51

Hermann Eisenblätter: 90 Jahre alt – Die Eisenblätter waren in Königsberg bekannt: Wilhelm, der Vater und Gerhard, der Sohn. Beide Maler. Wilhelm Eisenblätter (1866-1934) war in der Patenstadt für die Stadt Königsberg, Duisburg, geboren. Als Bühnenmaler kam er über Berlin in die Stadt am Pregel, um sich dann bald ganz der Landschaftsmalerei zu verschreiben. Auch auf der Kurischen Nehrung malte er um 1900. Viele seiner Werke waren in verschiedenen Kunstausstellungen zu sehen. Auch Königsbergmotive gibt es von ihm, manche von ihnen sind zum Glück erhalten geblieben. Eisenblätter ist in Königsberg gestorben. Gerhard Eisenblätter (1907-1975), in Königsberg geboren, erhielt seine erste Ausbildung bei seinem Vater. Dann studierte er an der Kunstakademie bei Karl Storch, war Meisterschüler von Fritz Burmann. Auch er malte auf der Kurischen Nehrung, vornehmlich in Nidden. Seine Frau, Erika Eisenblätter-Laskowski, hatte sich auch der Malerei verschrieben, nachdem sie an der Königsberger Kunstakademie studiert hatte. Gerhard Eisenblätter starb in Lübeck. Nicht verwandt mit den beiden ist der dritte Namensträger Eisenblätter, Hermann Eisenblätter. Am 20. August 1916 erblickte er in Königsberg das Licht der Welt, am 20. August 2006 wurde er 90 Jahre. Er lebt in Merzig im Saarland. Von 1933-1938 studierte Eisenblätter an der Kunst- und Gewerkschule in Königsberg. Seine Abschlußprüfung legte er im Fach Grafik ab. Hermann Eisenblätter setzte dann sein Studium an der Kunstakademie bei den Professoren Fritz Marten, Eduard Bischoff und Alfred Partikel fort. Studienaufenthalte führten ihn auf die Kurische Nehrung nach Nidden und Pillkoppen sowie nach Masuren. Kaum war er mit ersten Arbeiten bekannt geworden, brach der Krieg aus. Von 1939 bis 1945 war Hermann Eisenblätter Soldat in Frankreich, bis 1947 in Kriegsgefangenschaft. Wo immer er konnte, malte er auch in diesen schlimmen Jahren weiter und 1943 konnte er sogar einige seiner Werke im Königsberger Schloß, im Lovis-Corinth-Saal, unter dem Thema „Eindrücke aus der Bretagne" ausstellen. Alle Frankreicharbeiten des Künstlers und auch die von den ostpreußischen Landschaften gingen für immer verloren. Erst 1947 konnte der Maler seine Familie in Clausthal-Zellerfeld im Harz wiederfinden. Hier versuchte er, seine künstlerische Betätigung wieder aufzunehmen. Ab 1950 betätigte er sich in Stuttgart als Grafiker, später als grafischer Leiter der Deko-Planung bei der Firma Breuninger. Gleichzeitig war er als freischaffender Künstler tätig, wurde Mitglied der Esslinger Künstlergilde. Die solide Ausbildung in seiner Vaterstadt und die berufliche Tätigkeit als Grafiker sieht man den Arbeiten des Künstlers immer wieder an, vor allem seine Vorliebe für grafische Arbeiten mit einem Hang zur Präzision. Der Künstler machte nun auch mehrere Studienreisen, zum Beispiel nach Südtirol und in das Tessin, nach Spanien, Elba und Kreta, nach Holland und Portugal und wieder einmal an die Ostsee, nach Ahrenshoop. Er nahm an Gemeinschaftsausstellungen der Künstlergilde teil, führte aber auch Einzelausstellungen im Harz durch, in Stuttgart, Vaihingen, Ellingen und an seinem Wohnort Merzig-Besseringen. Dabei fand Hermann Eisenblätter gerade in seinen letzten Lebensjahren wieder zu Motiven seiner ostpreußischen Heimat, vornehmlich der Kurischen Nehrung und der Niederung zurück. Die Landschaft rings um das Haff hatte ihn als jungen Künstler sehr fasziniert, die damaligen Eindrücke sind nie verblaßt, haben ihn immer wieder neu angeregt, nun fernab von seiner Heimat, die Haffküste und die Dünen zu malen oder zu zeichnen, Häuser (auch das von Thomas Mann) und Kurenkähne, die Netzflicker und die Aalräucherinnen. Mit seinen naturalistischen Aquarellen

Ausstellung

Ellingen – Noch bis zum 22. Oktober zeigt das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen die Sonderausstellung „Fragmente der Vergangenheit" mit Kunstwerken aus dem Marienburger Museum. Gezeigt werden Kunstschätze aus der Geschichte Preußens. Nahezu 200 Exponate zeugen in der Ausstellung von der Zeit des Deutschen Ordens, des Königlichen und des Herzoglichen Preußen, von Westpreußen, der Zwischenkriegszeit und auch von der Zeit nach 1945. Nähere Informationen beim Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Tel. (0 91 41) 8 64 40, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de. Öffnungszeiten (im Oktober): Di–So 10–12 und 13–17 (14–16) Uhr.

und akribischen Zeichnungen legt er nicht nur Zeugnis davon ab, wie ein Maler noch in hohen Lebensjahren großartige Werke schaffen kann, er legt mit ihnen auch Zeugnis ab von einer Landschaft, einer Kultur und von Menschen, die heute so nicht mehr vorzufinden sind. Seine Arbeiten haben somit einen hohen dokumentarischen Wert. Sein hohes Alter hat ihn nun bewogen, 64 seiner Arbeiten als Schenkung dem Museum Stadt Königsberg zu überlassen. Selbstverständlich hat er einige seiner Arbeiten, darunter auch Arbeiten von der Niederung, vor allem von Karkeln, dem Geburtsort seiner Lebensgefährtin, Ruth Beck-Kelch, für sich behalten. Sie schmücken die Räume in seiner Wohnung. Die Stadtgemeinschaft Königsberg dankt dem Jubilar herzlich für die großzügige Schenkung und wünscht ihm für die Zukunft Gottes Segen, Gesundheit und Zufriedenheit.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (0 21 61) 89 56 77, Fax (0 21 61) 8 77 24. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Tel. (05 71) 4 62 97, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Ostpreußenkalender 2007 – Für unsere Heimatkreisgemeinschaft hat unser Lm. Herbert Laubstein für das Jahr 2007 wieder einen Ostpreußenkalender mit schönen Motiven aus unserer Heimat erstellt. Dieser Kalender, den man ab sofort erwerben kann, ist auch ein schönes Geschenk und kann zum Sonderpreis von 11 Euro einschließlich Porto und Verpakkung bei Herbert Laubstein, Amselstraße 29, 58285 Gevelsberg, Telefon und Fax (0 23 32) 8 05 77 bestellt werden. Obwohl die Arbeit der in den Kreisausschuß gewählten Mitglieder ehrenhalber erfolgt, sind wir dennoch für weitere Ausstattung und Erhaltung unseres Samlandmuseums auf Spenden unserer Freunde und Gönner angewiesen. Da der finanzielle Erlös aus dem Verkauf des Kalenders ausschließlich für unser Museum, das sich im Preußen-Museum in Minden befindet, verwendet wird, leisten auch Sie, liebe Landsleute, durch den Kauf des Kalenders einen kleinen finanziellen Beitrag dazu.



PREUSSISCH EYLAU

www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Martin Lehmann, Im Taufenbachsgarten 2, 53639 Königswinter, Tel.: (0 22 23) 2 45 33, Fax (0 22 23) 90 52 52, lehmann.vinxel@t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (0 41 01) 20 09 89, Fax (0 41 01) 51 19 38, manfred.klein.rositten@malletech.de.

Kreistreffen 2006 – Am kommenden Wochenende ist das Preußisch Eylauer Kreistreffen in Verden. Das Programm bietet wieder vieles. Sie finden es als Beilage im letzten Preußisch Eylauer Kreisblatt. Außerdem wurde es in der Folge 34 (26. August) der *PAZ / Das Ostpreußenblatt* noch einmal abgedruckt. Noch ist Zeit, sich mit Verwandten und Freunden zu verabreden und die Verdener Touristen-Information wegen eines Quartiers anzurufen unter Telefon (0 42 31) 1 23 45. Sie können dort auch Privatquartiere in und um Verden bekommen. Und: Verden liegt am Rand der Lüneburger Heide. Im September blüht sie noch. Auf Wiedersehen in Verden!



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (0 43 81) 43 66, Dorfstraße 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (02 81) 2 69 50

50 Jahre Patenschaft – Mitte August feierten rund 1000 Rastenburger in der Niederrheinhalle zu Wesel die 50jährige Patenschaft der Kreisgemeinschaft Rastenburg und dem Kreis Wesel. Die aus ganz Deutschland und Europa angereisten ehemaligen Stadt- und Land-Rastenburger waren durch den aktuellen Heimatbrief „Rund um die Rastenburg“ bestens informiert über die Höhepunkte dieser 50jährigen Zusammenarbeit und den Aktivitäten zur heutigen polnisch verwalteten Stadt Rastenburg (Ketrzyn) und dem Umland. Am Sonnabendvormittag traf man sich auf dem Friedhof in Wesel an der „Trauernden Vesalia“ um der Toten des Zweiten Weltkrieges sowohl aus Rastenburg wie aus Wesel zu gedenken. Danach fuhr man zur traditionellen Kranzniederlegung an das Ehrenmal an der Schillkaserne. An der Nachbildung des Denkmals aus dem Jahre 1969, das in Rastenburg 1926 zur 300-Jahr-Feier des Grenadier-Regimentes König Friedrich des Großen (3. Ostpr.) Nr. 4 errichtet wurde. In seiner Ansprache dankte der Kreisvertreter Hubertus Hilgendorff auch den Soldaten der Schillkaserne für ihre Traditionspflege. Anschließend wurde die Gruppe im Kasino der Kaserne zu einer schmackhaften Erbsensuppe geladen. So gestärkt, begab man sich in die Niederrheinhalle, wo an die 200 Rastenburger und Weseler der Lesung von Arno Surminski und den Liedern des Knappenchors „Rheinland“ aus Moers lauschten. Arno Surminski, geboren in Jäglack, Kreis Rastenburg, las aus seinen teils autobiografischen Büchern und stellte sein neuestes Werk „Gruschelke und Engelmannke – Geschichten auf Ostpreußisch und Hochdeutsch“ vor. Dem Autor ist es weiterhin ein Anliegen, mit sowohl humorvollen wie ernsten und nachdenklichen Geschichten an die Schicksale der Menschen aus der alten Heimat zu erinnern. Am Sonntagmorgen trafen dann schon die ersten Gruppen, die aus Nah und Fern anreisten, gegen 8 Uhr in der Niederrheinhalle ein. Bücher, Bilder, Landkarten, Bernsteinschmuck und vieles mehr wurde am Eingang der Halle angeboten. Bemerkenswert war ein Informationsstand des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes Wesel-Ketrzyn, der auf den Schüleraustausch zwischen dem Weseler Andreas-Vesalius-Gymnasiums und dem Liceum Ogonoksztacace in Rastenburg aufmerksam machte. Zur Weiterführung des langjährigen Austausches und weiterer Vorhaben ist die Einrichtung einer Stiftung geplant. Um 10 Uhr wurde ein feierlicher Gottesdienst mit Abendmahl im evangelischen Weseler Willibrodidom von Pfarrers Thomas Brödenfeld unter Mitwirkung des Rastenburger Pfarrer Pawel Hause gehalten, der von zahlreichen Rastenburgern besucht wurde. Wieder in der Niederrheinhalle zurück, trafen sich an den Tischen, die nach den alten Kirchspielen des Kreises gekennzeichnet waren, die ehemaligen Bewohner der Stadt und des Kreises Rastenburg. Auch bei diesem 50. Treffen gab es Besucher, die zum ersten Mal den Weg nach Wesel gefunden haben und entsprechend groß war die Wiedersehensfreude und der Informationsaustausch. Um 14.30 Uhr wurde dann das 50. Hauptkreistreffen von dem Kreisvorsitzenden Hubertus Hilgendorff eröffnet. Neben den Grußworten des stellvertretenden Landrates des Kreises Wesel, Heinrich Friedrich Heselmann und der Bürgermeisterin aus Wesel, Ulrike Westkamp begrüßte auch der Bürgermeister von Ketrzyn (Rastenburg), Krystof Hecman, die ostpreußischen Landsleute. Der Große Zapfenstreich wurde vom Blasorchester Wesel-Bislich und dem Tambourcorps Wesel-Fustenberg zelebriert und gemeinsam wurde das Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“ gesungen. Beim geselligen Beisammensein und Tanz wurden danach noch die Gespräche aus der alten Heimat vertieft und so mancher Bärenfang oder Pilkaller getrunken.



RÖSSEL

Kreisvertreter: Reinhard Plehn, Georg-Büchner-Straße 66, 40699 Erkrath, Telefon (02 11) 25 32 74 Reinhard.Plehn@t-online.de. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Fox, Tel. (0 40) 5 20 31 91

Hauptkreistreffen 2006 – Ihr Hauptkreistreffen veranstaltet die Kreisgemeinschaft am 23. und 24. September im Berufsbildungszentrum, Hammfelddamm 2, 41460 Neuss. Programm des Treffens – Sonntag, 23. September: 11 Uhr, Ordentliche Kreistagssitzung in der Aula mit Berichten des Kreisvertreters über die Arbeit im Jahre 2005 / 2006, des Schatzmeisters Siegfried Schrade, der Geschäftsführerin und Redakteurin des „Rößeler Heimatboten“, Gisela Fox, sowie Neuwahl von zwei Kassenprüfern. 13 Uhr, Gelegenheit zum Mittagessen in der Aula. 13.30 Uhr, Treffen mit Landsleuten aus den Heimatorten und der „Gemeinschaft der höheren Schulen Rößel“ in der Aula. 14.30 Uhr, Videofilmvorführung: „Reise durch den Kreis Rößel 2005“. 17 bis 23 Uhr, Festlicher Abend in der Aula. Mit Tanz, Tombola und Tanzdarbietungen der „Mini Kids und Tanzmäuse“ vom TSV Hochdahl. Sonntag, 25. September: 10 Uhr, Festgottesdienst aus Anlaß des Kirchweihfestes unserer Domkirche zu Frauenburg mit Kaplan Andre Schmeier, Seelsorger der Deutschen Vereine im Erzbistum Ermland, in der Kapelle des St. Alexius-Krankenhauses, Alexianer Platz 1, 41464 Neuss. 12 Uhr, Feierstunde in der Aula. Die Feierstunde wird festlich umrahmt durch den „Männerchor Holzheim 1884 e. V.“ (Leitung Alfons Amfalder), Chor, Begrüßung durch den Kreisvertreter Reinhard Plehn, Gedanken zur Heimat von Waltraud Wiemer, Chor, Totenehrung durch den stellvertretenden Kreisvertreter Paul Thiel. Grußwort des Patenkreises (Kreisdirektor Hans-Jürgen Petrauschke), Schlußwort durch den Kreisvertreter, Chor. 13.30 Uhr, Gelegenheit zum Mittagessen in der Aula. Anschließend Treffen und Austausch mit den Landsleuten aus den Heimatorten. 17 Uhr, Ausklang des diesjährigen Hauptkreistreffens der Kreisgemeinschaft.



WEHLAU

Kreisvertreter: Joachim Rudat, Telefon (0 41 22) 87 65, Klinkerstraße 14, 25436 Moorrege

Das Hauptkreistreffen 2006 – unserer Kreisgemeinschaft findet von Freitag, 22. September bis Sonntag, 24. September wieder in Bad Nenndorf bei Hannover statt. Die schöne Wandelhalle, in der in den letzten Jahren unsere Treffen stattfanden, wird umgebaut. Wir müssen deshalb auf das alte Kurhaus ausweichen, das inzwischen auch einen Umbau erlebt hat, und in dem vorher unsere Treffen stattfanden. Gegenüber vom Hotel Hannover, an der Kurparkseite ist der Eingang, unsere Landsleute werden sich noch daran erinnern. Hier steht uns auch in diesem Jahr der komplette und bewährte Service der Park-Hotel Mannschaft zur Verfügung. Nach der Saalöffnung am Freitag um 15 Uhr sind auch unsere Informations- und Verkaufsstände geöffnet. Bernstein, Bücher und Königsberger Marzipan werden auch in diesem Jahr wieder angeboten. Nutzen kann man diesen Tag auch zur Information über die Dokumentation der jeweiligen Heimatorte und schauen Sie sich die Bilder an, die wir im Laufe des letzten Jahres für unser Archiv erhielten. Überprüfen Sie ihre persönlichen Daten, aber auch die Ihrer Angehörigen in der Heimatkreisdatei und weisen Sie auf nötige Verbesserungen in den Ortsplänen hin. Zur Zukunftssicherung der Kreisgemeinschaft werden dringend Landsleute gesucht, die sich der einen oder anderen Aufgabe annehmen würden. Sprechen Sie die anwesenden Mitglieder des Vorstandes an, die sich auf Sie freuen und Ihnen gerne ausführliche Informationen geben, denn unser Ostpreußen, unser Kreis Wehlau, muß doch weiterleben.

Programm des Kreistreffens – Freitag, 22. September: 15 Uhr, Saalöffnung. 19.30 bis 21 Uhr, Unterhaltungsprogramm mit Robert Thorn und seinem Partner. Von 21 bis 23 Uhr spielt Robert Thorn zum Tanz auf. Sonnabend, 23. September: 9 Uhr, Saalöffnung. 10 Uhr, Begrüßung durch unseren Kreisvertreter Joachim Rudat. 14.30 Uhr, Die Laienspielgruppe aus Wandersleben wird uns mit Volklore und ostpreußischem Brauchtum unterhalten. 19.30 Uhr, Konzert der Bordenauer Dorfmusikanten. 21 Uhr, Robert Thorn spielt zum Tanz auf. 24 Uhr, Ausklang. Sonntag, 24. September: 9 Uhr, Saalöffnung. 9.30 Uhr, Niederlegung von Blumen am Agnes-Miegel-Denkmal im Kurpark. 10.30 Uhr, Feierstunde im großen Saal, Musikalische Einleitung, Begrüßung durch den Kreisvertreter, Totenehrung, Musikstück, Ehrungen, Grußworte, Ansprache, Ostpreußenlied. Gegen 17 Uhr wird das Treffen ausklingen. Dem Wehlauer Heimatbrief, genauer der 75. Folge vom Sommer dieses Jahres, sind weitere Einzelheiten zu der Veranstaltung zu entnehmen. Sollten Sie ein Quartier benötigen, so hilft ein Anruf beim Kur- und Verkehrsverein, Kurhausstraße 4, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (0 57 23) 34 49 oder 1 94 33.

FERNSEHEN

Sonnabend, 9. September, 23.30 Uhr, RBB: Der blaue Engel. Spielfilm mit Marlene Dietrich

Montag, 11. September, 23.30 Uhr, WDR: Der Erste Weltkrieg. Mythos Tannenberg. Doku

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vors.: Jochen Zauner Geschäftsstelle: Parkallee 86, 20144 Hamburg, Tel. (0 40) 41 40 08 24, Fax (0 40) 41 40 08 48, E-Mail: knapstein@lm-ostpreussen.de

„Dönitz-Wanderung“ – Die Wanderung mit Gedenkveranstaltung am Grabe des Großadmirals findet am Sonnabend, 16. September, 10.30 Uhr, Treffpunkt: S-Bahnstation Aumühle (S 221 ab Hauptbahnhof in Richtung Aumühle), statt. Aus Anlaß des 115. Geburtstages von Karl Dönitz veranstaltet der BJO-Nord diese Wanderung. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. Die Wanderung dauert zweieinhalb Stunden. Festes Schuhwerk empfohlen. Nähere Informationen und Anmeldung bei Stefan Kiekel, Telefon (0 40) 76 75 84 90, Internet: www.bjo-nord@ostpreussen-info.de

Bundesversammlung des BJO bei Neubrandenburg – Die nächste BJO-Bundesversammlung möchten wir am 7. und 8. Oktober 2006 in der Jugendherberge Burg Stargard bei Neubrandenburg abhalten und die Gelegenheit nutzen, um am diesjährigen Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern teilzunehmen. Das vollständige Programm und weitere Informationen sind unter www.ostpreussen-info.de und in der BJO-Geschäftsstelle erhältlich.

10.-12. November 2006

Bundestreffen der BdV-Nachwuchsorganisationen

Vom 10.-12. November 2006 treffen sich die BdV-Nachwuchsorganisationen im Bad Pyrmonter Ostheim (www.ostheim-pyrmont.de), um hier über Perspektiven der Zusammenarbeit zu diskutieren und konkrete Schritte in diese Richtung zu planen. Das vollständige Programm sowie weitere Informationen sind unter www.ostpreussen-info.de und in der BJO-Geschäftsstelle erhältlich.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 6 33 69 80

Göppingen – Sonnabend, 30. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Frisch Auf in der Hohenstaufenstraße. Unter dem Thema „Weißt du noch ...“ soll an heimatliches Brauchtum erinnert werden. Besonders an die Kartoffelfeuer die heute wieder vereinzelt praktiziert werden. Es gibt ein gemeinsames Grützwurstessen, schmackhaft wie daheim bei Mutter. Anmeldung an Günter F. Rudat, Karl-Schurz-Straße 54, 73037 Göppingen.

Stuttgart – Dienstag, 19. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, Kleiner Saal. Thema der Veranstaltung sind Reiseberichte.

Ulm / Neu-Ulm – Donnerstag, 21. September, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe in den „Ulmer-Stuben“. Frauen erzählen ihre Urlaubserlebnisse.



BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Tel. (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Ansbach – Sonnabend, 23. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Orangerie“.

Augsburg – Mittwoch, 13. September, 14 Uhr, Frauennachmittag in den „Zirbelstuben“.

Bamberg – Mittwoch, 20. September, 16 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Tambosi, Promenade.

Erlangen – Donnerstag, 14. September, 18 Uhr, Treffen der Gruppe im Jugendzentrum Frankenhof, Raum 20. Thema: Erinnerungen aus der Schulzeit. – Dienstag, 19. September, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe.

Ingolstadt – Sonntag, 17. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8.

Kitzingen – Sonnabend, 30. September, 16.15 Uhr, „Tag der Heimat“. Die Kranzniederlegung an Denkmal der Vertriebenen erfolgt um 16.15 Uhr. Um 17 Uhr, Zusammenkunft im großen Sitzungssaal des Landratsamtes in Kitzingen, anschließend lädt die Landrätin im „Gewölbekeller“ des Landratsamtes zu einem kleinen Umtrunk ein. Der Sprecher der LO hat sein Kommen zugesagt.

Landshut – Dienstag, 19. September, 12 Uhr, Königsberger Klops-Essen in der „Insel“.



BERLIN

Vors.: Hans-Joachim Wolf, Telefon (03 37 01) 5 76 56, Habichtweg 8, 14979 Großbeeren, Geschäftsführung: Telefon (0 30) 23 00 53 51, Deutschlandhaus, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

HEIMATKREISGRUPPE

Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 23. September, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin. Anfragen Tilsit: Heinz-Günther Meyer, Telefon 2 75 18 25, Ragnit: Emil Drockner, Telefon 8 15 45 64.



HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridszuhn, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Tel./Fax. (0 40) 6 93 35 20.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 9. September, 15 Uhr, ökumenischer Gottesdienst zum „Tag der Heimat“ in St. Ansgar, kleine Michaeliskirche, Michaelisstraße 5, unter Mitwirkung des Egerländerchores Hamburg. Predigt: Pastor Peter Voß, Liturgie: Diakon Erwin Drossel. – Sonntag, 24. September, 15 Uhr, Einladung des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg zum „Tag der Heimat“ im Logenhaus „Mozart-Säle“, Moorweidenstraße 36 (Nähe Dammtorbahnhof). Die Veranstaltung steht unter dem Motto „Menschenrecht achten – Vertreibung ächten“. Die Festrede hält Leif Schrader (FDP Hamburg). Umrahmt wird die Feierstunde von den Vereinigten Chören (Ostpreußen, Pommern und Schlesien) und der Jugendballettgruppe der Deutschen aus Rußland. Einlaß ab 14.30 Uhr. – **Heimatmarkt**. Sonnabend, 30. September, 10 bis 17 Uhr, Heimatmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz (Karstadt, Mönckebergstraße) mit dem Musikzug FFW Willinghusen und dem Spielmannszug SV Eidelstedt. Der Ostpreußenstand ist mit einem großen Angebot an Köstlichkeiten aus der Heimat sowie Literatur vertreten; ebenso ein Informationsstand des BJO.

KEINE BERICHTE ZUM TAG DER HEIMAT

Wir bitten um Verständnis, daß aufgrund der Vielzahl der Veranstaltungen zum Tag der Heimat eine Veröffentlichung der Berichte nicht vorgenommen werden kann.

HEIMATKREISGRUPPEN

Gumbinnen Regionaltreffen im norddeutschen Raum – Sonnabend, 30. September, 9 bis 17 Uhr, „6. Heimattreffen im norddeutschen Raum“ im Hotel Tomfort, Langenhorner Chaussee 779, 22419 Hamburg, Telefon (0 40) 53 30 06 60. Dazu sind alle Landsleute und Freunde herzlich eingeladen. Als besonderer Höhepunkt erzählt ab 11 Uhr Ruth Geede über ihren Lebensweg. Nähere Informationen und Organisation: Mathilde Rau, Saseler Mühlenweg 60, 22395 Hamburg, Telefon (0 40) 6 01 64 60 und Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (0 40) 5 22 43 79.

Heiligenbeil – Dienstag, 3. Oktober, 14 Uhr, Erntefest im Seniorentreff am Gojenboom. Es gibt vieles zu berichten. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen: 3 Euro. Anmeldung an Lm. Wien, Telefon (0 41 08) 49 08 60. Sie erreichen den Seniorentreff mit der U-Bahn-Linie 3, Richtung Mümmelmannsberg bis Horner Rennbahn, Ausgang Gojenboom, über den Parkplatz, am Ende ist der Seniorentreff.

Osterode – Sonnabend, 7. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest der Gruppe im Restaurant Krohn, Fuhlsbüttler Straße 757, direkt am Bahnhof Ohlsdorf. Bei Musik und Gesang wird das Erntefest gefeiert. Spenden für den Erntetisch sind willkommen. Der Eintritt ist frei.

Sensburg – Sonntag, 10. September, 15 Uhr, Erste Zusammenkunft nach der Sommerpause im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg.

BEZIRKSGRUPPEN

Billstedt – Dienstag, 3. Oktober, 15 Uhr, Treffen im Restaurant „Für'n Appel und 'n Ei“, Möllner Landstr. 27, Billstedt (im Ärztehaus am Marktplatz). Die Treffen sind kultureller Natur (Heimatgeschichte, Literatur, Erlebniserzählungen, Plachandern, Ausflüge und anderes mehr). Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Annelie Papiz, Telefon (0 40) 73 92 60 17.

Hamm / Horn – Sonntag, 3. September, 14 Uhr, Herbstfest in der Altentagesstätte Horn, Am Gojenboom. Für Autofahrer gleich neben dem U-Bahn Parkplatz Horner Rennbahn. Anreise mit der U 3 bis Horner Rennbahn, Ausgang Bauerberg / Gojenboom. Nach der Kaffeetafel mit selbstgebackenem Kuchen gibt es Humor und Tanz mit Peter. Tischreservierung auf Wunsch bei Gisela und Siegfried, Telefon 6 93 27 24.

Harburg / Wilhelmsburg – Montag, 25. September, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld. Thema: Erntedank: früher – heute.

WESTPREUSSEN

Norddeutsches Ostpreußentreffen – Am 6. und 7. Oktober findet eine zweitägige Busreise nach Neubrandenburg und zum Golm / Usedom mit Besuch der Gedenkstätte für die Opfer des 12. März 1945 statt. Abfahrt Harburg-ZOB 7.45 Uhr, Hamburg-Kirchenallee 8 Uhr. Übernachtung in Neubrandenburg. Kosten mit Abendessen und Frühstück, Kaffee: 90 Euro im EZ, 77 Euro im DZ. Auskunft und Anmeldung bei Dieter Neumann, Telefon 7 00 92 79.



HESSEN

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

Dillenburg – Mittwoch, 27. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Eckstein, Königsberger Straße. Nach dem Kaffee wird Gundberg Hoffmann über zwei ostpreußische Künstler, den Komponisten Lotar Ohas und den Schriftsteller Hans Helmut Kirst, sprechen.

Wiesbaden – Dienstag, 12. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35. Es steht ein heiterer Quiz-Nachmittag auf dem Programm. – Donnerstag, 14. September, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Kleinfeldchen, Hollerbornstraße 9. Serviert wird Dämpfkarbonade. Für die Platzdisposition bitte umgehend anmelden bei Familie Schetat, Telefon (0 61 22) 1 53 58. Es kann auch nach Speisekarte bestellt werden.



NIEDERSACHSEN

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel. (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30 b, 31275 Lehrte, Telefon (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Tel. (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel. (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto von Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel. (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Tel. (0 51 36) 43 84

Buxtehude – Sonnabend, 23. September, 15 Uhr, großer Heimatnachmittag, unter anderem mit dem Ostpreußenchor und der Tanzgruppe Rega aus Hamburg, im Insel-Restaurant. Der Eintritt ist frei, das Kaffeegedeck kostet 6 Euro.

Helmstedt – Donnerstag, 14. September, Fahrt in die Heide. Dort gibt es auf dem Teichgut-Oesingen ein zünftiges Fischessen. – Die große Jahresfahrt mit neun Übernachtungen führte über Passau, Wien, Györ nach Budapest. In Györ legten die Reiseteilnehmer in einer Feierstunde ein Gesteck für die Gefallenen auf dem Friedhof nieder. In Preßburg übernachtete die Gruppe auf der Donau, in einem sogenannten Bootel – zwei unvergeßliche Übernachtungen. Mit vielen wunderbaren Eindrücken kehrten die Landsleute zurück.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstraße 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Bielefeld – Donnerstag, 21. September, 15 Uhr, Treffen des Literaturkreises, Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Dortmund – Montag, 18. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den ostdeutschen Heimatstuben, Landgrafenschule / Ecke Märkische.

Düsseldorf – Sonntag, 17. September, 11 Uhr, „Tag der Heimat“ im Hotel Nikko, Immermannstraße 41. – Dienstag, 19. September, 15 Uhr, Frauennachmittag im Ostpreußenzimmer 412, GHH.

Essen – Sonntag, 17. September, 15 Uhr, „Tag der Heimat“ im St. Elisabeth, Essen-Frohnhausen.

Gevelsberg – Sonnabend, 16. September, 17 Uhr, „Tag der Heimat“ im Restaurant Rosine, Wilhelmstraße, Ennepetal.

Gütersloh – Familien-Zelt-Wochenende. Bereits zum vierten Mal haben sich mehrere Familien mit ihren Kindern drei Tage lang auf ein „Abenteuer-Zeltwochenende“ eingelassen. Der Regenbogen-Camp in Tecklenburg-Leeden am Rande des Teutoburger Waldes bot alles für einen aktiven Urlaub: ein eigenes Schwimmbad mit Innen-, Außen- und Kinderbekken und fünf Rutschen, Sportplätze, „BMX-Anlage“, Skaterbahn und einen großen Ritter-Spielplatz. Darüber hinaus wurden Volleyball, Fußball und Minigolf gespielt. Gekocht und gegessen wurde gemeinsam. Organisiert wurde das Familien-Zelt-Wochenende von der Gütersloher Gruppe in der Landsmannschaft Ostpreußen. Eine Fortsetzung folgt im nächsten Jahr.

Wuppertal – Sonnabend, 30. September, 18 Uhr, 49. Großer Ostpreußen-Ball in den Zoo-Festsälen in Elberfeld. An die bisherige Tradition anknüpfend sind alle zu einem Tanz unter der Erntekrone eingeladen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Landau – Sonntag, 10. September, 11 Uhr, „Tag der Heimat“ in der Stadthalle Germersheim, Toumuser Platz 3.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Geschichtsseminar

Die prußischen Ureinwohner Ostpreußens sind Thema des diesjährigen Geschichtsseminars der Landsmannschaft Ostpreußen vom 6. bis 8. Oktober 2006 im Ostheim in Bad Pyrmont. Auf dem Programm der von Dr. Sebastian Husen geleiteten Wochenendveranstaltung stehen Vorträge über die Herkunft und die Geschichte der Prußen, über ihre Sprache, ihr Liedgut, ihr Brauchtum und ihre Märchenwelt. Referieren werden unter anderem Sabine Crone, Prof. Dr. Rainer Eckert, Ruth Geede, Lars Karrasch, Hans-Ulrich Kopp, Beate Szillis-Kappelhoff und Rolf Tolkmitt. Die Seminargebühr beträgt 80 Euro. Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer sind frei. Einzelzimmer stehen nur in beschränktem Umfang zur Verfügung. Anmeldeunterlagen und nähere Informationen bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Bärbel Petereit, Parkallee 86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 26, Fax (0 40) 41 40 08 48, E-Mail: petereit@lm-ostpreussen.de

Kalender

Der Kalender „Ostpreußen und seine Maler“ ist auch für das Jahr 2007 wieder zu haben. Bis zum 30. September gilt für Leser der PAZ der Subskriptionspreis von 18,50 Euro einschließlich Versandkosten (im Buchhandel später 20,50 Euro). Bestellungen bitte direkt an den Schwarze KunstVerlag, Richard-Strauss-Allee 35, 42289 Wuppertal, Fax (02 02) 6 36 31.

Kunst als Medium

Rußlanddeutscher Kulturpreis

Die Jury zur Vergabe des Rußlanddeutschen Kulturpreises des Landes Baden-Württemberg hat die Preisträger des Jahres 2006 für den Bereich Bildende Kunst bestimmt. Das teilte das Innenministerium am Dienstag, 8. August 2006, in Stuttgart mit. Den mit 5 000 Euro dotierten Hauptpreis erhielt der Maler und Grafiker Nikolaus Rode, der 1940 im Dorf Eigental im Schwarzmeergebiet geboren wurde und in Kaarst-Holzbüttgen in Nordrhein-Westfalen lebt. Er hat sich zum Ziel gesetzt, Kunst als Medium von Integrationsprozessen einzusetzen. Einen mit 2 500 Euro dotierten Förderpreis erhielt der 1965 in Aul im Kasachstan geborene und in Neu-Ulm wohnhafte Künstler Eduard Hollmann. Mit einer Ehrengabe, ebenfalls in Höhe von 2 500 Euro, wurde der in Nikolaipol (Kirgisien) geborene Bildhauer Jakob Wedel bedacht, der in Schieder in Westfalen wohnt.

„Die Preisträger sind herausragende Künstler, die mit ihren Werken eindrucksvolle Bekenntnisse zur Kultur der Deutschen aus Rußland ablegen“, sagte Innenminister Heribert Rech. Mit dem Hauptpreisträger Nikolaus Rode werde ein rußlanddeutscher Künstler geehrt, der es über seine Werke in herausragender Weise verstehe, Menschen anzusprechen und zur Auseinandersetzung über die gegenseitige Wahrnehmung von Bevölkerungsgruppen anzuregen. Die Arbeiten der Preisträger erinnerten daran, wie sehr die deutsche Kultur durch die Aufnahme von Spätaussiedlern bereichert werde. Innenminister Heribert Rech wird die Preise am Freitag, 19. Oktober 2006, im Neuen Schloß in Stuttgart überreichen.

EB

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Festredner ist der Landesvorsitzende Dr. Wolfgang Thüne. Im Anschluß wird ein gemeinsames Mittagessen eingenommen. Zwei Gerichte stehen zur Auswahl: 1. Hähnchenbrust mit Estragonrahmsoße, Gemüse und Nudeln (6 Euro), 2. Schweineschnitzel mit Zigeunersoße und Reis (6.30 Euro). Fahrkostenbeitrag (2 Euro) werden eingesammelt. – Freitag, 15. September, 10 Uhr, Fahrt nach Herrenalb. Treffpunkt ist am Hauptbahnhof Landau.

Neustadt a. d. W. – Sonntag, 10. September, 11 Uhr, „Tag der Heimat“ in der Stadthalle Germersheim, Toumuser Platz 3. Festredner ist der Landesvorsitzende Dr. Wolfgang Thüne. Im Anschluß wird ein gemeinsames Mittagessen eingenommen. Zwei Gerichte stehen zur Auswahl: 1. Hähnchenbrust mit Estragonrahmsoße, Gemüse und Nudeln (6 Euro), 2. Schweineschnitzel mit Zigeunersoße und Reis (6.30 Euro).



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Aschersleben – Mittwoch, 20. September, 14 Uhr, Handarbeits-Frauennachmittag im Besethornhaus, Zimmer 6.

Dessau – Montag, 18. September, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe in der Begegnungsstätte H. Rühmann.

Magdeburg – Freitag, 22. September, 16 Uhr, Singproben im „TuS Neustadt“. – Dienstag, 19. September, 15 Uhr, Bowling im Lemsdorfer Weg.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Kiel – Sonntag, 17. September, 14 Uhr, „Tag der Heimat“ im Restaurant Lehienhof, Legienstraße 22.

Mölln – Auf der letzten Zusammenkunft der Gruppe hielt der Landesvorsitzende Edmund Ferner einen interessanten Vortrag. Thema „Legende und Wirklichkeit – Die polnischen Ostgebiete im Lichte von Ziffern und Tatsachen“. Der Referent wies darauf hin, daß die heutige polnische Ostgrenze in etwa der „Curzon“-Linie entspricht, wie sie 1920 unter Mitwirkung des genannten britischen Außenministers festgelegt und schließlich auch vom polnischen Ministerpräsidenten Grabski anerkannt wurde. Die östlich dieser Grenze gelegenen Gebiete gehörten nie zum zentralpolnischen Staatsbereich. Dennoch greift Polen militärisch ein und zwingt die Sowjets 1921 zu einer Grenzziehung, die weit in das ukrainisch-weißruthenisch und litauisch besiedelte Gebiet hineingreift. Diese nachträglich von Polen eroberten Gebiete hatten eine Gesamtbevölkerung von 11,8 Millionen, davon waren nach amtlichen polnischen Quellen nur 4,7 Millionen Polen, die vorwiegend in polnischen Sprachinseln lebten. Dieser geringe polnische Anteil stellte keine ideelle Basis für ein polnisches Staatsgebiet dar. Stalin wollte mit einer Wegnahme dieser Gebiete am Ende des Zweiten Weltkrieges eine Kompensation auf Kosten der deutschen Ostgebiete durchführen. Ein nach Westen geschobenes bolschewistisches Polen sollte den Machtbereich Stalins bis nach Mitteleuropa vorantreiben. Durch dieses unrechtmäßige Vorgehen sollte auch eine deutsch-polnische Annäherung verhindert werden. auch die polnische Exilregierung in London warnte vor einer Verkettung Polens mit der Sowjetunion. Außerdem waren die polnischen Ostgebiete wirtschaftlich verelendet; darin befanden sich die größten Sumpfgebiete Europas. Dieses Land sollte „kompensiert“ werden mit den wirtschaftlich hochstehenden deutschen Ostgebieten. Selbst polnische Quellen geben den Wert der Gebiete jenseits der „Curzon“-Linie mit 3,4 Milliarden Zloty an – nach dem Nationaleinkommen gemessen – während sie den Wert der deutschen Ostgebiete mit 18 Milliarden Zloty beziffern; das heißt Polen erhielt für jeden abgetretenen Zloty mehr als den fünffachen Wert im Westen. Es wurden 1,5 Millionen Polen aus den an die Sowjets abgetretenen Gebiete umgesiedelt; es verließen jedoch auch 1,5 Millionen Menschen (Ukrainer, Weißrussen, Deutsche) Polen, so daß die Bevölkerungsdichte Polens mit der Umsiedlung nicht erhöht wurde. Damit war eine polnische Landnahme im Westen nicht gerechtfertigt. Auf drei Polen, die von der Bevölkerungsverschiebung an Polens Ostgrenzen betroffen wurden, kommen 20 Deutsche, die zugunsten von Polen aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Die Polen wurden zwar auch ausgewiesen, sie konnten aber ihren Besitz nach Möglichkeit mitnehmen. Die heute in den deutschen Ostgebieten lebenden Polen stammen überwiegend aus Zentralpolen. Der Referent konnte mit vielen detaillierten Angaben, auch zur älteren polnischen Geschichte, das Interesse der Zuhörer in überzeugender Weise fesseln und fand dafür viel Beifall. Im Anschluß an den Vortrag gab es ein gemeinsames Matjesessen, zu dem nach ostpreußischer Art viel Schmandsoße gereicht wurde. Für die musikalische Unterhaltung sorgte Ulrich Küssner, der mit seinem Akkordeon das Singen von Sommerliedern begleitete. Für ihre langjährige Mitarbeit im Ortsverband erhielten Irmingard Alex und Edith Grigo das Verdienstabzeichen der Landesgruppe.

Schleswig – Donnerstag, 14. September, 14.30 Uhr, „Tag der Heimat“ im Saal des Hotels Hohenzollern. Gezeigt werden Darbietungen des Volkstanzkreises Südangeln und des Aussiedler Chors Rendsburg. Das Kaffeegedeck kostet 6 Euro. Um Anmeldung bei den Gruppen wird gebeten.

Spätaussiedler

Düsseldorf – Noch bis November finden die „Russlanddeutschen Theater- und Musiktage“ im Gerhart-Hauptmann-Haus (Bismarckstr. 90) statt. Zum Programm gehören unter anderem Theateraufführungen und Chorkonzerte – so das 7. Rußlanddeutsche Chorfest, Sonntag, 17. September, 11 Uhr im Musikpavillon an der Reithalle im Hofgarten Düsseldorf. Nähere Informationen bei der Stiftung „Gerhart-Hauptmann-Haus“ Deutsch Osteuropäisches Forum, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf, Tel.: (02 11) 16 99 10, Fax (02 11) 35 31 18, information@gerhart-hauptmann-haus.de.

Heimlich verlobt

Zwei resolute Schwestern proben einen ungewöhnlichen Hungerstreik

Von EVA M. SIROWATKA



Ernte in Sophienthal: „Vatchen“ schätzte seinerzeit nicht nur tierische Hilfe. Foto: Ruth Winter

Kaum zu glauben, was so passieren kann! Da fährt doch das Elschen, gerade 17 geworden, die Jüngste von den Koslowskis aus Krottken, nur für ein paar Tage zu ihrer verheirateten Schwester Suschen nach Kussewen, niemand ahnt Arges! Sie fährt nur, um Eingemachtes zu überbringen und Butter und Keuchel, aber als sie heimkommt, macht sie verliebte Augen wie ein Stint, grinst und gesteht: „Ich habe mich heimlich verlobt. Mit Willi Malessa aus Kussewen. Er ist Junglehrer. Am Sonntag kommt er zu Besuch. Und im Herbst, wenn die Kartoffeln ausgebuddelt sind, wollen wir heiraten!“

„Erbarmung!“ sagte Muttchen nur. „Was wird Vatchen dazu sagen?“ Vatchen hin, Vatchen her. Es sollte schlimmer kommen! „Da habe ich auch noch ein Wörtchen mitzureden“, wetterte das Vatchen. „Schlag dir diese Dammligkeit nur aus dem Kopf, Marjell! Daraus wird nichts!“ „Aber wenn wir uns doch so lieben!“ schluchzt das Elschen. „Nun laß ihn erst mal kommen, dann sehen wir weiter“, schlug Muttchen besänftigend vor. Dem Elschen konnten weder Vatchen noch Muttchen was abschlagen. War ihnen dieses Küken doch nach zehnjähriger Pause zu den drei strammen Marjellens Suschen, Martha und Maria noch zusätzlich beschert worden. Als niemand mehr damit rechnete, wurde ihnen dieser Racker noch in die Wiege gelegt, genau rechtzeitig, damit das Baby noch an der Hochzeit der Ältesten, dem Suschen, teilnehmen konnte!

Nun waren die Jahre dahingeeilt, aus dem Kind war ein schönes Fräuleinchen geworden; eine Haut wie Milch und Blut, Augen blau wie Veilchen, dazu tief und unergründlich wie das Wasser des Otschkosees.

Armes Mannchen, der die mal zur Frau bekam

Armes, bedauernswertes Mannchen, der die mal zur Frau bekam! Nach außen war sie die reinste Unschuld vom Lande, in Wirklichkeit eine wilde, nahezu unzähmbare Hummel! Nun schien sich dieser Bedauernswerte in der Person des Willi Malessa gefunden zu haben. Sollte er nur kommen, der Herr Junglehrer, man würde ihn auf Herz und Nieren prüfen und dann erst die Entscheidung fällen, ob es zu einer richtigen Verlobung kommen sollte oder nicht!

Da hatte man aber die Rechnung ohne Maria und Martha gemacht, den beiden bedeutend älteren Schwestern der heimlichen Braut. Mariechen und Marthchen, überreife Jungfrauen wie Augustäpfel im September, waren aus verschiedenen Gründen bis dato unbemannt geblieben.

Bis zu einem gewissen Grad waren Maria und Martha gutmütig. Sie hatten kaum etwas dagegen einzuwenden, daß das Nesthäkchen immer beschont wurde. Nun aber, da sie sich plötzlich zu verloben gedachte, schlug diese Nachricht bei ihnen wie ein Stich ins Wespennest ein.

„Wo hat es in Borutta und Umgebung schon mal so was gegeben!“ schrie Mariechen erbost, „daß die Jüngste vor den älteren Schwestern heiraten darf? Wie es Sitte und Brauch ist, wird hier schön der Reihe nach geheiratet!“ „Ja, so ist es!“ kreischte Mariechen. „Zuerst kommen wir heran und zuletzt kommst du, du dumme Gans!“ „Dann kann ich warten, bis ich alt und grau bin“, heulte Elschen.

Das hätte sie nicht sagen sollen, denn nun prasselten eine Menge unschöner Worte auf sie hernieder, die wiederzugeben nicht angebracht erscheint. „Ruhe“ brüllte das Vatchen dazwischen. „Noch bin ich der Herr im Haus. Noch habe ich das Sagen!“ „Auf keinen Fall wird die Else vor uns heiraten!“ beharrte Martha auf ihrem Standpunkt. „Laß die Marjell sich ihre Aussteuer erst verdienen, wie wir es taten. Der feine Herr Lehrer braucht sich hier nicht sehen lassen!“ „Er wird kommen!“ brüllte Vatchen. „Und dann reden wir weiter darüber. Natürlich wird Elschen nicht Hals über Kopf heiraten, ein, zwei Jährchen kann sie warten.“ „Dann haben wir hier nichts weiter zu suchen“, meinte Martha kreidebleich. „Glaubt ja nur nicht, daß wir uns weiterhin von früh bis spät auf dem Feld abrackern. Ab sofort werden wir streiken. Ihr werdet sehen! Komm, Mariechen!“

Erhobenen Hauptes verließen die beiden das Zimmer und begaben sich unverzüglich in ihr gemeinsames Schlafzimmer. Man hörte die Tür laut zuschlagen, dann wurde der Schlüssel im Schloß umgedreht. „Erbarmung!“ hauchte Muttchen. „Das kann schön werden!“ Das Schlimmste war, nun mußten sie und das Elschen mit dem Vatchen hinaus aufs Feld. Auf diese Weise lernte Elschen auch einmal richtige Arbeit kennen.

Nun war die Else von früh bis spät auf den Beinen, half beim Abfüttern im Stall, beim Kühemelken und nicht zuletzt auf dem Feld. Dazu mußten noch nebenbei Kuchen gebacken und alles für den Besuch des Freiers vorbereitet werden. Am Abend sank Elschen todmüde zu Bett. Doch das war nicht das Schlimmste. Dazu kam noch der Kummer mit Maria und Martha, die weiterhin stur im Streik verharrten. Sie verweigerten nicht nur die Arbeit, sie rührten fortan auch keinen Bissen mehr an. Ständig hielten sie sich hinter verschlossener Tür auf. Mit weiblicher List versuchte Muttchen, Martha und Maria aus dem Bau zu locken, kochte ihre Lieblingsspeisen, Kumst mit Speckklößen, briet Kartofelflinsen, stellte Tabletts mit lauter Köstlichkeiten vor ihre Türe, alles war vergeblich, die Tür blieb verschlossen, die Tabletts unangerührt!

Lieber hungerten sich die störrischen Marjellens ein Loch in den Bauch, als daß sie nachgegeben hätten. Dabei stand die Kornernte kurz bevor. In der kommenden Woche sollte der erste Schnitt beginnen. Und was dann? Wer würde vier starke Arme ersetzen? Im Dorf hatte jeder mit sich selbst zu tun. Hilfskräfte waren nicht aufzutreiben! Vatchen sah schwarz.

In seiner Not wandte Vatchen sich an das Onkelchen aus Borutta. Der war ein kluger, lebenserfahrener Mann, der wußte immer Rat! „Ihr müßt sie aushungern“, riet er. „Ihnen den Hahn abdrehen. Das ist das einzige sichere Mittel!“ „Aber sie hungern ja freiwillig“, rief das Vatchen und raufte sich die Haare. „Vier Tage lang geht das schon, und sie denken nicht daran, aufzugeben!“ „Dann müssen sie eine heimliche Quelle haben“, behauptete das Onkelchen. „Sonst könnten sie nicht durchhalten.“ „Aber wo denn?“ gab das Vatchen zu bedenken. „In der Speisekammer fehlt nuscht. Nicht ein Eichen.“ „Und wie steht es mit der Räucherkammer?“ fragte das Onkelchen und blinzelte verschmitzt. „Die ist vom Flur aus bequem zu erreichen. Habt ihr da schon nachgeschaut?“ „Der Deubel auch, nein!“ gab Vatchen zu. Unverzüglich eilte er heim, um die Räucherkammer zu inspizieren. Tatsächlich! Es fehlten zwei dicke Rauchmettwürste und ein kleiner Schinken. „Hier wird ein Riegel vorgeschoben“, beschloß das Vatchen. Ein stabiles Schloß wurde besorgt und am gleichen Tag an der Tür zur Räucherkammer angebracht. Fortan trug er den Schlüssel dazu ständig bei sich.

In derselben Nacht wurde Vatchen aus unruhigem Schlaf durch ein leises Rumoren im Flur geweckt. Gleich darauf hörte er die Martha laut „Verfluchter Mist!“ schimpfen. Da legte sich das Vatchen beruhigt auf die andere Seite, um weiterzuschlafen. Er hatte das sichere Gefühl, daß der Hungerstreik ein baldiges Ende nehmen würde.

Das Elschen hing mit verliebten Blicken an seinem Mund

Der Sonntag kam herbei und mit ihm der Willi Malessa. Insgeheim waren Vatchen und Muttchen ein bißchen enttäuscht, weil der Willi äußerlich nicht viel hermachte. Er war eher unscheinbar, glich, mit einer Nickelbrille auf der Nase, nur entfernt den schwärmerischen Schilderungen des verliebten Elschens. Dafür schien es ihm nicht an inneren Werten zu fehlen, wie es das Vatchen im Laufe des Sonntags beim Gespräch feststellte. Willi Malessa war nicht nur ein kluger Mann, er besaß darüber hinaus noch einige Talente!

Nachdem er gut zu Mittag gespeist und einige Gläschen süßen Wein getrunken hatte, begann er Lieder zur Laute vorzutragen: „Rose weiß, Rose rot ...“, sang er, und: „Jetzt wollen wir Bickbeeren pflücken gehen ...“ Das Elschen hing mit verliebten Blicken gebannt an seinem Mund. Es herrschte eitel Freude und Sonnenschein, bis zu dem Augenblick, als sich der Besucher nach Maria und Martha erkundigte.

„Sie – sie sind verreist! Kommen aber bald wieder!“ erklärte das Muttchen stockend. „Es kam ganz plötzlich.“ Das gute Muttchen, die ehrliche Haut, lief bei dieser Notlüge rot an. Glücklicherweise mußte sie zur Küche eilen, um das Abendessen vorzubereiten. Dem Gast zu Ehren hatte man eine frühe Ente geschlachtet, obwohl die Zeit dafür noch nicht reif war. So ein zarter Entenbraten, innen schön mit Majoran und Äpfeln gefüllt, war ein Leckerbissen besonderer Art. Natürlich machte der Bratenduft vor der Tür zu Marias und Marthas Zimmer nicht halt. „Sogar Entenbraten kriegt der dämliche Kerl!“ knurrte Martha böse. „Wir aber müssen hungern!“ „Von müssen kann keine Rede sein“, meinte Maria schnippisch. „Du hast es ja selber so gewollt!“ „Ich?“ „Ja, du! Du dämliche Gans, du ganz alleine!“ schimpfte Mariechen. „Ich aber habe die Nase voll von der ganzen Streikerei! Du kannst ja hungern, bis du schwarz wirst! Es hilft uns ja alles doch nichts. Sie tun, was sie wollen!“ „Streikbrecherin!“ höhnte Martha und drohte mit der Faust. „Du kannst mich mal ...“, forderte sie das sonst so stille Mariechen auf. „Ich gehe jetzt in die gute Stube und esse Entenbraten zum Abendbrot!“

Martha kämpfte einen schweren Kampf mit ihrem Bruder Innerlich. Schon war das Mariechen fein gekleidet dabei, die Stube zu verlassen, als sie ihr zurief: „Nu wart' doch schon die paar Minutchen. Ich komme ja mit!“

Nun ist nicht mehr viel zu berichten. Mit diesem schwerwiegenden Entschluß war die Streikerei beendet. Der Willi Malessa bezauberte im übrigen noch am gleichen Abend mit seinem Charme seine zukünftigen Schwägerinnen. Sie schlossen sogar Duzbrüderschaft und sangen gemeinsam zur Laute: „Rosenstock holder, blüh ...“ und: „Es hat ein Bauer ein hübsches Weib, die blieb so gerne allein ...“

Zwei Wochen später feierte man die offizielle Verlobung von Elschen und Willi.

Schön war die Kruttinna

Eine Tour durch die unverwechselbare ostpreußische Natur

Von WALTER SANDEN-GUJA

Fast lautlos gleitet mein Boot auf den schnellen und klaren Wassern der Kruttinna stromab zum Muckersee. Nur das Knirschen der Staakstange im kiesig-sandigen Untergrund ist zu hören. Masurens schönste Wälder umgeben mich mit ihren himmelhohen, glattrindigen Kiefern, Fichten und dichtem Unterholz. Fast schließen sich die Baumkronen über der hineilenden Kruttinna. Ihre grünen Dächer, dunkel im Schatten, hell durchleuchtet in der Sonne, spiegeln sich in stromstillen Stellen. Eisvögel lassen sich vom Boot einholen, eilen voraus und warten wieder auf überhängenden Ästen und Wurzeln.

Das Weibchen eines großen Gänsesägers führt die Schar ihrer Jungen und sucht unter dicht belaubten Ästen nahe dem Ufer Deckung vor den Menschen. Die Kleinen können noch nicht fliegen, und so hält der sonst so scheue alte Vogel bei ihnen aus. Wie schön ist es, daß es hier so etwas noch gibt, daß noch alte Bäume mit so geräumigen Asthöhlen in den Wäldern um die Kruttinna stehen, in denen ein solch großer Vogel brüten kann.

Vor der Mündung in den Muckersee wird es freier. Der Wald tritt zurück. Wiesen und die weite Wasserfläche liegen vor mir. Aber ein Waldland bleibt es doch! In der Runde trifft das Auge überall auf dunkle Waldränder. Wie Scheidelinien wirken sie und sind in Wirklichkeit die schönste und kostbarste Verbindung, die es zwischen Seen, Feldern und Wiesen geben kann.

Unsere starken, glatt und astrein gewachsenen Birken mit ihren im Winde wehenden Zweigen, unsere gesunden, langen Erlen in den dunklen Brüchen, oft gemischt mit älteren, wertvollen Eschen, gaben ein Nutzholz her, wie es im übrigen Deutschland kaum zu finden war. Birken und Erlen werden dort fast nur Brennholz. Die schnurgeraden, astreinen Kiefern unserer Heimat waren bekannt und gesucht wie keine anderen. An vielen Stellen standen sie in unserer Provinz, reckten ihre mächtigen, dunklen Kronen über Fichten-, Weißbuchen- und Eichen-Unterholz in den Himmel hinein. Wenn wir uns, auf den Seen fahrend, von Rudczanny im Beldahnsee Nikolaiken näherten, dann standen noch vor der Fähre Wirsba auf beiden hohen Uferseiten solche Kiefern, wiegten ihre Kronen im lauen Sommerwind, während die hellen Schönwetterwolken über die weiten Wälder und blauen Seen hinzogen. Immer war dieses Land schön, auch im Spätherbst, wenn der Sturm unter grauem Himmel über graue Seen dahinfuhr, in den Wäldern brauste und die alles überragenden Kiefern bog und schüttelte.

Vielseitigkeit machte die Heimat so reizvoll

Die Vielseitigkeit, die unsere Heimat auf allen Gebieten besaß, die sie so reizvoll machte und uns heute so unvergeßlich ist, die war ihr auch in ihren Wäldern zu eigen. Ostpreußen besaß alle Bodenarten, den leichten, sandigen Masurens, die tiefgründigen, fruchtbaren Ackerflächen um Rastenburg bis hinauf über Königsberg zu den in fast ältester Kultur daliegenden des Samlandes, die ertragreichen Niederungen unserer Ströme, die Moore im Frisching, im Großen Moosbruch und den gelben Sand unserer Nehrungen, aus dem der Sturm die Dünen baute. Weite Strecken gab es mit



Unvergessen: Memellandschaft nahe Ragnit. Foto: Archiv

schweren und schwersten Lehm um Wehlau, Insterburg und Gerdauen.

In Ostpreußen war die Enge, das Aufeinandersitzen der Menschen, aus dem die meisten Übel kommen, nicht so groß. Auch die Wälder brauchten noch nicht von allen guten Böden zurückgedrängt zu werden dorthin, wo nichts anderes mehr wachsen würde. Bei uns durften sie auch auf guter und bester Heimaterde stehen. Die Wälder haben das gedankt und uns bewiesen, daß es richtig war, ihnen auch solche Landesteile zu gönnen. Sie lieferten ein Holz von fabelhaftem Wuchs und bester innerer Beschaffenheit. Bei richtiger Behandlung in Kulturen und späteren Durchforstungen gestatteten diese Wälder einen Umsatz, das heißt Einnahmen, von denen die Menschen, die nicht echte ostpreußische Forstwirte waren, sich nichts träumen ließen.

Die riesige Johannisburger Heide, die ihrer starken Hirsche wegen so oft ihren Herrn gewechselt hat, blieb doch immer einer unserer schönsten Heimatwälder. Dann die Marschallheide – zwischen Guja und Drengfurt, dieser 4000 Morgen große Privatwald, der vielen Besitzern gehörte und doch so tadellos gepflegt war, daß er zum Beispiel werden konnte. Ich denke an die weiten Wälder nördlich der Memel, mit ihren langen Bodenwellen unter den Kronen alter Eichen, Kiefern und Birken. Für immer hat es sich mir ins Herz geprägt, wenn ich im Herbst nach der Fähre bei Ragnit über den Memelstrom auf die jenseitigen fruchtbaren Wiesen kam, über deren ebene Fläche man hinsah bis zum Jura und immer weiter nach Osten. Gegen Norden waren sie umrandet von Wäldern, die zur Brunft der Hirsche ihren schönsten Schmuck angelegt hatten.

Endlose Wälder bildeten ein Kronenmeer

Wie still und warm konnten dort sonnig-klare Herbsttage sein, an denen die weißen Altweibersommerfäden über die noch grünen Wiesen schwebten, einzelne große Segel fast bewegungslos auf der Memel standen, und die warmen Sonnenstrahlen wie verklärt durch das goldene Laub der Wälder schienen! Und im Gegensatz dazu das Kommen der Nacht, das Werden des Tages!

Nebel über den Wiesenweiten und Nebel über den Moosbeerenbrüchen und freien Frostlöchern des Waldes, melodische Rufe eines Kranichheeres, das unter fernen Sternen südwestwärts zog. Und vor uns auf der Lichtung und der anschließenden Roggensaat das Schreien und Stampfen der Hirsche, nur noch Schatten im fahlen Büchsenlicht. Endlos schienen diese Wälder sich zu dehnen. Sie wurden zu einem weiten Kronenmeer, wenn der Weg auf den Rombinus, einen anderen freien Hügel oder ein hohes Ufer des alten Memel-Urstromtales führte. Dann gab es keine Grenzen für das Auge.

Wohl sind alle Wälder Deutschlands schön und ein Ruhm ihres Schöpfers, aber ihre Vielseitigkeit reicht nicht heran an jene Wälder Ostpreußens. Es ist nicht möglich, alles zu erwähnen in einem begrenzten Rahmen, von der Elchniederung mit ihren Brüchen und Wasserstraßen, mit der sie umgebenden einzigartigen Welt des Kurenhaffes, den Nehrungswäldern und dem merkwürdigen Kupstengelände bis zu den großen Forstrevieren von Finckenstein, Schönberg, von Kranichburg, Astrawischken und Steinort und allen denen, die noch dazwischen liegen.

Voller Leben waren unsere Wälder. Wir lagen in einem Kreuzpunkt der Wetter- und Luftströmungen, aber ebenso auch in einem der Vogelzugstraßen. Es gab nicht nur die eine über die Nehrung, auf der sich der Zug besonders zusammendrängte und am meisten in die Augen fiel. Über die ganze Breite der Provinz zogen die Vögel im Herbst und im Frühjahr, und sehr viele blieben bei uns, durchjubelten unsere Wälder im Frühjahr und zeigten ihre Flugbilder im Herbst.

Es war nicht unser Verdienst, daß der Elch bei uns gedieh, die starken Rothirsche in Rominten und in vielen anderen Revieren, das Reh mit solchen Gehörnen und so schwerem Wildbret, das edle Raubzeug, Kranich, Schwarzstorch und die vielen Höckerschwäne. Wenn wir aber jetzt an unsere Heimat denken, in der der Tod geerntet hat wie selten sonst unter uns Menschen und unseren freien Tieren, dann können wir ruhig auf unsere jetzt so oft zur Tatenlosigkeit verurteilten Hände herabsehen; gegen das lebendige Leben unserer Wälder und Reviere haben sie sich nicht versündigt.

König v. Mykene (griech. Sage) · Staat in Osteuropa und Nordasien · Berg, Hügel · Stellungsgesuch · Baldriangewächs · betreuen, pflegen · oberster Teil des Getreidehalms · Abkürzung für High Fidelity · Vater und Mutter · Schmetterling · Absage, Ablehnung · Laubbaum · Zimmerwinkel · Streben, Neigung · Tierlaut (Schwein) · Zaubergeheimkunst · Anspruch · elternloses Kind · ungehobelter Mensch, Rüpel · Grundform des Jazz · Apfelsorte · Körperpartie · Souveränität, Herrschaft · erhöhte Temperatur haben · himmelblaue Farbe · Leichtathlet · Greifvogelnest · Begeisterung, Schwung · großes Gästehaus · dehnbares Gewebe · ärmelloses Kleidungsstück · Besitz, Vermögen · ein Indogermane · Warnung bei Gefahr · sehr großer Mann · fast · dreist, vorlaut · feierliche Amtstracht · schmieren, fetten · Unglück prophezeien (ugs.) · Nische in einer Gaststätte · Wagenbespannung · These · ein Himmelskörper · Kirchenmusikinstrument · sich täuschen · Streit; Privatkrieg · Vorderasiat, Perser · Ruheständler, Pensionär · Schreibgerät · Finkenvogel · menschenähnliches Säugetier · Hohlmaß · griechischer Buchstabe · Stadt in der Pfalz · Farbton · Fluss zur Rhone · Industriestadt in NRW · europäischer Strom · Einfall, Gedanke · Parfümfläschchen · Schifffahrtsunternehmen · begeisterter Anhänger (engl.) · Außenschicht bei Bäumen · früher als · veraltet: weibl. Hausangestellte · dt. Dichter (Heinrich) · Vorgesetzter · Flachsfaser; Gewebeart · Stellvertreter (Kurzwort) · Sagenkönigin von Sparta · Treibschlag (Golf, Tennis) · Fabrikschornstein · Vorname Presleys · Gewichtseinheit · außerordentlich · Nachlassempfangen · Musik: Übungsstück (franz.) · abgegrenztes Gebiet · Schutzkleidungsstück · Lebensbund · persönliches Fürwort · lang gezogener Strand · Pelzart; marderartiges Raubtier · lateinisch: im Jahre · Kfz-Zeichen Bochum · verteidigend, abwehrend · vom Geist Gottes erfüllt · Himmelsrichtung · ein Europäer · Kochsalz enthaltendes Wasser · Bergwerk

So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Galopp, 2. Return, 3. jawohl, 4. Office, 5. Tirana, 6. Turban – Gewinn, Profit

Kreiskette: 1. Mangel, 2. Gelage, 3. sakral, 4. Kachel, 5. Hermes – Angelsachse

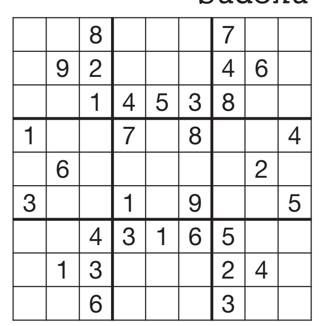
Sudoku:

4	3	8	6	9	2	7	5	1
5	9	2	8	7	1	4	6	3
6	7	1	4	5	3	8	9	2
1	2	5	7	6	8	9	3	4
8	6	9	5	3	4	1	2	7
3	4	7	1	2	9	6	8	5
2	8	4	3	1	6	5	7	9
7	1	3	9	8	5	2	4	6
9	5	6	2	4	7	3	1	8

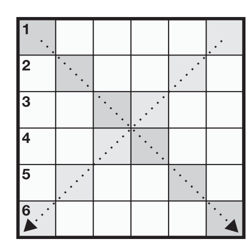
Sudoku

		8				7		
	9	2				4	6	
		1	4	5	3	8		
1			7		8			4
	6						2	
3			1		9			5
		4	3	1	6	5		
	1	3				2	4	
		6				3		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält.



Diagonalrätsel



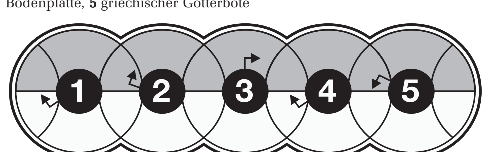
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei andere Bezeichnungen für Ertrag.

1 schnelle Pferdegangart,
2 Tennis: zurückgeschlagener Ball,
3 Wort der verstärkten Zustimmung,
4 Amts-, Geschäftsraum (englisch),
5 Hauptstadt von Albanien,

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Person englischer Abstammung.

1 Knappheit, Defizit, **2** ausgehntes Gastmahl, **3** heilig; geweiht, **4** Wand-, Bodenplatte, **5** griechischer Götterbote



Schon lange wankt das Monument

Am 10. September 1891 wurde der letzte Hohe Kommissar für die Freie Stadt Danzig, Carl Jacob Burckhardt, geboren

Von Rüdiger Ruhnau

Aus altem Schweizer Geschlecht stammend, Juristen, Afrikaforscher und Historiker zu seinen Vorfahren zählend, hat der vor 115 Jahren in Basel geborene Carl Jacob Burckhardt eine erstaunliche Zahl von Autoren, Künstlern, Wissenschaftlern und Politikern seinem näheren Bekanntenkreis zuordnen können. Er selbst galt lange Zeit als ein Zeuge des alten Europa. Wohlhabend, gut aussehend, sprachgewandt, sich seiner äußeren Wirkung stets bewußt, hatten besonders die Deutschen in ihm einen Sympathisanten gesehen, der ihrer nach 1945 so schlecht gemachten Reputation zu neuem Licht verhelfen sollte. Im Jahre 1954 erhielt Burckhardt den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, die Laudatio hielt Bundespräsident Theodor Heuß, der ihn den „guten Europäer“ nannte. Ein Jahr darauf durfte sich die Lichtgestalt mit dem Orden „Pour le Mérite“ schmücken, der Friedensklasse für Verdienste um die Wissenschaft und Künste.

Der junge Burckhardt wuchs ohne Vater auf, der, Professor für Römisches Recht und Gerichtspräsident, tragisch durch Freitod geendet hatte. Nach einem Studium der Philosophie, Geschichte und Kunstgeschichte in Basel, München und Göttingen war er von 1918 bis 1922 Mitglied der Schweizer Botschaft in Wien, wo er hautnah den Untergang der österreichischen Monarchie miterlebte. Während dieser Zeit schloß Burckhardt Freundschaft mit Hugo von Hofmannsthal. Die Verbindung mit dem Wiener Dichter des „Jedermann“ wirkte außerordentlich befruchtend auf den 17 Jahre jüngeren Diplomaten. Hugo von Hofmannsthal, Mitbegründer der Salzburger Festspiele, entwickelte das abendländische Geisteserbe schöpferisch weiter, mit Stefan George fühlte er sich einig in der Sehnsucht nach Schönheit und erlesener Sprachform. Die Anregung, „das Schrifttum als geistigen Raum der Nation zu begreifen“, was die eigentliche Aufgabe der nationalen Literatur sein sollte, entsprach ganz den Intentionen Carl Jakob Burckhardts.



Carl Jacob Burckhardt (1891–1974) Foto: Danzig-Archiv

Der ehemalige Schweizer Diplomat Paul Stauffer ließ in seiner quellenkritischen Studie, „Zwischen Hofmannsthal und Hitler“, zum erstenmal Zweifel an dem lichtgestaltigen Wirken seines Landsmannes aufkommen. Stauffer nannte den von Burckhardt edierten Briefwechsel mit Hugo von Hofmannstahl „beschönigend“ und „verfälschend“. Auch andere Autoren bestätigten, daß der Briefwechsel „getürkt und nachträglich überarbeitet“ worden ist.

C. J. Burckhardt war Zeitzeuge umwälzender Epochen der europäischen Geschichte. Als Mitglied des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz machte er die Bekanntschaft mit Ernst von Weizsäcker, damals deutscher Gesandter in der Schweiz. Weizsäcker soll ihn dann auch zur Bewerbung um die Position des Hohen Kommissars des Völkerbundes für die Freie Stadt Danzig veranlaßt haben. Am 1. März 1937 traf Burckhardt zur Übernahme seines Amtes in Danzig ein, eine Stellung, die er später als schwierigste und undankbarste Mission seines Lebens bezeichnet hat. Allein schon die Zahl seiner acht Vorgänger auf dem Stuhl des Hochkommissars hätte ihm zu denken geben müssen, ob er da nicht etwa seinen geruhsamen Lehrstuhl für Geschichte an der Genfer Universität mit einem Schleudersitz vertauschte.

Die Versailler Friedensmacher hatten die deutsche Stadt Danzig – ohne Befragung der Bevölkerung – vom Reich abgetrennt, um daraus einen „Freistaat“, zwar mit eigener Regierung, aber beschränkten Hoheitsrechten, zu bilden, dessen Garantie der Völkerbund übernahm. Die Aufgabe des Hohen Kommissars war die eines Schiedsrichters bei strittigen Fragen zwischen Danzig und Polen. Gegen die Entscheidungen des Hohen Kommissars stand beiden Staaten das Recht der Berufung beim Völkerbundsrat zu, dessen Spruch dann endgültig und bindend war. Burckhardt träumte davon, die wichtige Rolle eines Vermittlers zwischen England und dem Reich zu übernehmen, obwohl ihm Anthony Eden, Präsident des Völkerbunddreierkomitees, vor Dienstantritt den Rat gab, in Danzig nur als Berichterstatter zu fungieren.

Tatsächlich konnte Burckhardt an der politischen Wirklichkeit nichts ändern. Gerade in jener Zeit bahnte sich im Volkstag, dem aus 72 Abgeordneten bestehenden Danziger Parlament, eine brisante Entwicklung an. Verschiedene Oppositionsabgeordnete hatten sich der NSDAP angeschlossen, deren Mandatszahl damit auf 46 anstieg. Die Nationalsozialisten waren sozusagen auf kaltem Wege dabei, die Zweidrittelmajorität zu erlangen, was nach kurzer Zeit infolge der Auflösung der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) auch eintrat. Am 10. Oktober 1938 konnte Gauleiter Albert Forster erklären: „... durch den Übertritt von Abgeordneten der anderen Parteien hat unsere Fraktion die legale Zweidrittelmehrheit erreicht, die uns zur Änderung der Verfassung berechtigt.“ Eines verschwieg der braune Parteiführer allerdings, der Völkerbund hätte als Garant der Danziger Verfassung einer Änderung dieses

Er wollte Mittler zwischen England und Reich sein

Grundgesetztes zustimmen müssen.

In dem Buch „Meine Danziger Mission“ (München, 1960) schildert C. J. Burckhardt ausführlich seine Danziger Zeit von 1937 bis 1939. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Hochkommissar seine Mission auch darin sah, der eigenen Person eine politisch hoch bedeutsame Wichtigkeit zu verleihen. Burckhardt hatte am 10. Oktober 1939 den Diplomaten Perkowski des polnischen Kommissariats in der Freien Stadt zu einem Diner eingeladen, als ein dringender Anruf Forsters erfolgte, der Hohe Kommissar möge sich zu einem Treffen mit Hitler bereithalten. Mit einer eigens geschickten „Führermaschine“ traf Burckhardt zusammen mit dem Gauleiter auf dem Salzburger Flugplatz ein. Von dort ging es mit dem Personenkraftwagen am Berghof vorbei in Serpentinen zum Kehlsteinhaus (dem heute wieder zugänglichen Teehaus) in 1 834 Metern Höhe. Hitler dankte dem Hochkommissar für seine Vermittlerdienste in den Danzig-polnischen Auseinandersetzungen. Er gab zu erkennen, daß er nicht mehr bereit sei, zurückzustecken; „... wenn das geringste in Danzig passiert oder unseren Minderheiten geschieht, werde ich hart zuschlagen.“ Auf Burckhardts Frage, ob er seine Kinder in Danzig lassen solle, antwortete Hitler: „Es kann jeden Tag in Danzig etwas geschehen, aber nur, wenn die Polen es wollen. Ich glaube, daß Ihre Kinder besser in der Schweiz wären.“ In Burckhardts Buch nimmt diese Unterredung mit Reichskanzler Hitler den Platz von acht Buchseiten ein.

Fabulös erscheint Burckhardts Beschreibung über den Besuch des Kommandanten der „Schleswig-Holstein“, Kapitän zur See Kleikamp, in seinem Hause. Das deutsche Linienschiff lief am 25. August 1939 zu einem Freundschaftsbesuch in Danzig ein und ankerte gegenüber der Westerplatte. Es war üblich, daß ausländische Flottenbesuche mit Einladungen der führenden Persönlichkeiten des Freistaates verknüpft waren. „Der Kommandant des Kriegsschiffes“, schreibt Burckhardt, „anvertraute mir plötzlich mit einem verstörten Gesichtsausdruck: Ich habe einen furchtbaren Auftrag, den ich vor meinem Gewissen nicht verantworten kann. Wäre dieses Geständnis bekannt geworden, so ist anzunehmen, daß dieser Offizier zum Tod durch Erschießen als Hochverräter wäre verurteilt worden.“

Am 1. September 1939 erschien Forster mit großem Gefolge in der Residenz des Hohen Kommissars, dem ehemaligen Generalkommando. Burckhardt sollte innerhalb von zwei Stunden das Danziger Territorium verlassen. „Persönlich habe ich nichts gegen Sie“, fügte der Gauleiter hinzu. Carl Jakob Burckhardt war reisebereit, zuvor hatte er tagelang seine Schriftstücke verbrannt.

Die Briten führen den ersten Panzerangriff durch

Vor 90 Jahren zeigte der Einsatz von 49 Tanks des Typs »Mark I« in der Somme-Offensive die Überlegenheit der neuen Waffe

Von Manuel Ruoff

Nachdem es den Westeuropäern durch das sogenannte Wunder an der Marne gelungen war, die deutsche Anfangsoffensive zu stoppen, entwickelte sich der Erste Weltkrieg an der Westfront zum Stellungskrieg. In diesem Grabenkrieg war der Angreifer grundsätzlich im Nachteil. Er mußte im Gegensatz zum Verteidiger beim Angriff den schützenden Graben verlassen und sich ungeschützt dem vernichtenden Feuer der gegnerischen Maschinengewehre aussetzen. Und selbst wenn er seinen Schützengraben lebend verlassen konnte, blieb er nicht selten im Stacheldrahtverhau vor den Gräben der Verteidiger hängen. So erreichten nur die wenigsten die Gräben des Gegners, um hier den Kampf Mann gegen Mann aufzunehmen.

Die Deutschen, vor allem aber die materiell überlegenen Westeuropäer suchten im Trommelfeuer die Lösung. Mit einem immensen materiellen Aufwand wurde versucht, alles Leben vor den eigenen Schützengräben zu vernichten. In der Regel blieben jedoch dem Gegner trotzdem genügend Maschinengewehre und sie bedienende Soldaten übrig, um beim Sturmangriff auf die Angreifer schießen zu können. Zudem hatte das Trommelfeuer zwei Nachteile. Zum einen warnte es den Gegner vor dem bevorstehenden Sturmangriff und versetzte ihn in die Lage, gerade an dieser Stelle Soldaten und Material zur Verteidigung zu konzentrieren. Zum anderen erschwerten die Explosionskrater, die Trichter, dem Angreifer das Vorankommen.

Die Lösung bestand im Panzer. Im Idealfall konnten ihm die MG-Garben nichts anhaben und war er in der Lage, Hindernisse wie Stacheldrahtverhaue und Gräben entweder zu zerstören oder zu überwinden. 1886 war das Automobil erfunden worden, und schon vor dem Ersten Weltkrieg waren für das Militär Autos gebaut worden, die gepanzert und bewaffnet waren. Diese waren jedoch nicht geländegängig genug für das Schlachtfeld. Auch gab es in den Streitkräften schon Fahrzeuge mit Kettenantrieb. Diese Raupenschlepper wurden zum Ziehen schwererer Geschütze genutzt. Die Erfindung des Panzers bestand nun darin, diesen Kettenantrieb mit der Panzerung und Armierung der Panzerkraftwagen zu kombinieren.



„Mark I“: Mit dem Drahtgeflecht versuchte man, das verwundbare Oberdeck vor dem Angriff des Gegners im Nahkampf mit gebündelten Handgranaten zu schützen. Foto: Archiv

Der erste an der Front eingesetzte Panzer war der britische „Mark I“. Für das Überwinden breiter Gräben und hoher Hindernisse wurden eine lange Auflagefläche und eine große Greifhöhe der Gleisketten erstrebt. Dieses führte zu der für den „Mark“ so markanten Kettenführung über die ganze Seite des Fahrzeuges. Typisch für den „Mark I“ ist das nachgezogene Radpaar, das die Steuerung mittels der Gleisketten unterstützen sollte. Hierauf verzichtete man bei den nachfolgenden „Mark“-Generationen.

Statt eines Panzerturms besaß der „Mark“ an den Seitenwänden sogenannte Geschützerker. Die Bewaffnung war unterschiedlich. Die sogenannten weiblichen Typen waren nur mit Maschinengewehren ausgestattet und die sogenannten männlichen zusätzlich mit Geschützen. Die „männlichen“ Panzer sollten mit ihren Kanonen den Feind aus seinen Gräben jagen und die „weiblichen“ sollten die dann ungeschützten Soldaten anschließend mit ihren MG niedermähen.

Nach Geländeund Schießübungen erteilte der britische Rüstungsminister Lloyd George einen ersten Auftrag zur Serienproduktion. Bis zum Dezember des Jahres erhielt das Expeditionskorps in Frankreich je 75 „männliche“ und „weibliche“ Exemplare der 28 Tonnen schweren sowie acht Meter langen und vier Meter breiten Ungetüme, die für jeweils acht Mann Besatzung ausgelegt waren.

Ähnlich wie später die deutsche Panzerlegende Heinz Guderian hatte bereits damals der britische Pionier der Panzerwaffe Ernest D. Swinton gefordert, statt zu klekkern zu klotzen. Die anglo-französische Somme-Offensive ließ sich jedoch nicht so erfolgreich an wie gehofft, und deshalb wollte man mit dem Panzereinsatz nicht solange warten, bis eine größere Stückzahl zur Verfügung stand. So verpuffte am 15. September 1916 der Überrumpelungseffekt. Die insgesamt 49 Panzer wurden in Gruppen zu je zwei oder drei auf die Infanterieeinheiten aufgeteilt. 17 fielen schon beim Marsch in die Ausgangsstellungen aus. Neun blieben beim Verlassen dieser liegen. Weitere neun konnten erst verspätet anfahren. Von den verbleibenden 14 angreifenden Panzern wurden fünf durch gegnerisches Feuer, insbesondere der Artillerie, außer Gefecht gesetzt. Die verbleibenden neun Panzer genügten jedoch, um die Überlegenheit der neuen Waffe zumindest soweit offenkundig werden zu lassen, daß ihr Wert für die Überwindung des Stellungskrieges wenigstens auf Seiten der Entente erkannt wurde.

Eingesperrt

Briefe aus Bergen-Belsen



Im Mai 1940 marschierten die deutschen Truppen in die Niederlande ein. Zu diesem Zeitpunkt war Mirjam Bolles Verlobter Leo bereits in Palästina. Da sie nicht mit ihm ausreisen konnte, blieb ihr nur die Hoffnung, den Krieg heil zu überstehen, um ihn danach wiederzusehen.

Ab Januar 1943 begann Mirjam Bolle, heimlich Briefe an ihn zu schreiben. Diese tagebuchähnlichen Briefe hat sie zwar nie verschicken können, aber sie halfen ihr, das Erlebte zu verarbeiten und den Glauben an ein gutes Ende bis zum Schluß zu bewahren. In „Ich weiß, dieser Brief wird dich nie erreichen – Tagebuchbriefe aus Amsterdam, Westerbork und Bergen-Belsen" sind diese Briefe nun erstmals publiziert worden.

„Nach dem Mai 1940 erwies es sich als notwendig, ein Organ zu haben, das die Juden in den Niederlanden vertrat, einen sogenannten Dachverband, dem alle Vereinigungen untergeordnet waren ... Diese Koordinationskommission existierte nur kurz. Im Februar 1941 ernannten die Deutschen auf eigene Faust einen Judenrat ..."

Obwohl Mirjam Bolle selbst im Jüdischen Rat tätig war, mußte auch sie Nacht für Nacht bangen, wenn die Polizisten an der Tür klingelten, ob diesmal vielleicht auch Mitglieder ihrer Familie abgeholt werden würden.

„Im Juni 1942 folgten die weitreichenden Judengesetze: Außer zwischen 15 und 17 Uhr durfte man nicht mehr in Geschäfte, nicht mehr in Parks und Grünanlagen, nicht mehr ins Theater – ich glaube das war schon vorher verboten –, nicht mehr in Straßenbahnen oder Züge ... nach acht Uhr nicht mehr auf die Straße, zu viel um alles aufzuzählen."

Viele Demütigungen mußten die Autorin und ihre Familie über sich ergehen lassen, von der Inventarisierung, dem Erfassen des Hausrates jüdischer Familien, von frechen Beamten, über nächtliche Kontrollen bis hin zu öffentlichen Bloßstellungen unter anderem durch das Tragen des Judensterns. Der Galgenhumor, mit dem alles Erlebte dokumentiert ist, erlaubt einen besonderen Blick auf schon so oft geschilderte Schikane. Anhand der Briefe beschreibt die Autorin, wie sich eine junge, hübsche Frau fühlte, die an ihren guten Kleidungsstücken einen gelben Fetzen tragen und quasi wie gebrandmarkt durch die Stadt laufen mußte.

Nachdem Mirjam Bolle und ihre Familie das Elternhaus hatten räumen müssen, wurden auch sie deportiert, erst ins Lager Westerbork und letzten Endes ins KZ Bergen-Belsen. Doch war es nicht das erbärmliche Leben, das der jungen Frau so zu schaffen machte, sondern die Tatsache, nicht genau zu wissen, was mit ihr und ihrer Familie geschehen würde.

Sehr anschaulich schildert die Autorin das Leben im Lager, wie man tapfer versuchte, durch Kleinigkeiten ein kleines bißchen Glück im Unglück zu finden und aus der Situation das Beste zu machen. Mit dem einzigen Austauschzug, der Bergen-Belsen je verließ, gelang es der Autorin nach Palästina auszureisen und ihre Briefe hinauszuschmuggeln und aufzubewahren ... bis heute ...

Interessant, informativ und durch die sehr individuell geschriebenen, mal erschütternden, mal ironischen, mal zynischen Briefe ist „Ich weiß, dieser Brief wird dich nie erreichen" ein sehr bewegendes und vor allem „reales" Buch. *A. Ney*

***Mirjam Bolle: „Ich weiß, dieser Brief wird dich nie erreichen – Tagebuchbriefe aus Amsterdam, Westerbork und Bergen-Belsen"**, Eichborn, Frankfurt am M. 2006, geb., 300 Seiten, 22,90 Euro, Best.-Nr. 5717*

Alle Bücher sind über den PMD, Parkallee 84/86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 27, zu beziehen.

Märchen ohne Happy End

Ergreifende Biographie der bayrischen Kronprinzessin Antonia



Ihr Leben scheint wie ein Märchen, doch ohne glückliches Ende und „... wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute". „Antonia von Luxemburg – Bayerns letzte Kronprinzessin", so auch der Buchtitel, war eine von sechs Töchtern des Großherzogs Wilhelm von Luxemburg und seiner Frau Prinzessin Maria-Anna von Braganza. Anhand zahlreicher, teils bisher unveröffentlichter Fotos vermittelt der Autor Jean Louis Schlim einen Eindruck von der durchaus glücklichen Kindheit der Prinzessin. Als ihr Vater der Großherzog schwer erkrankt und 1912 stirbt, bricht die heile Welt des Kindes allerdings in sich zusammen. Aufgrund der Änderung des Thronfolgegesetzes bleibt die Regentschaft zwar in den Händen der Familie, Antonias älteste Schwester Marie-Adelheid wird bei Volljährigkeit Großherzogin, doch nichts ist mehr wie vorher. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges erlebt auch das kleine Luxemburg Not und Elend.

Hier wechselt der in Luxemburg geborene Autor jedoch die Perspektive und erzählt die Entwicklungen auf dem bayrischen Thron. Entmündigung und Tod Ludwig II., Krankheit König Otto I. und 1913 Thronbesteigung von Ludwig III., dem späteren Schwiegervater von Antonia. Antonia kennt Ludwigs III. ältesten Sohn Rupprecht schon seit ihrer Kindheit. Der 1912 verwitwete Kronprinz ist 30 Jahre älter als die Luxemburgerin, die sich schon früh in ihn verliebt hat. Noch im Ersten Weltkrieg verloben sich die beiden, doch nach dem Thronverlust der Wittelsbacher löst Rupprecht die Verlobung. Erst mit einer kleinen List kommen die beiden wieder zusammen. Die Hochzeit in Lenggries ist für diese Kreise eher schlicht. Schnell folgen Kinder, erst ein Sohn, dann fünf Töchter. Doch mit dem Nationalsozialismus kommen die Probleme. Es folgen Flucht ins Exil und sogar Konzentrationslager. Krankheit und Tod bestimmen von nun an das Leben der Kronprinzessin und ihrer Kinder.

Einprägsam schildert Jean Louis Schlim nicht nur die Ereignisse rund um Antonia, sondern skizziert auch das Schicksal ihrer Familienmitglieder, das sich immer wieder mit der deutschen Geschichte überschneidet. Die zahlreichen, schönen Fotos teils aus dem Privatleben der Familie runden die sehr gelungene Biographie Antonias ab. *Rebecca Bellano*

***Jean Louis Schlim: „Antonia von Luxemburg – Bayerns letzte Kronprinzessin"**, Langen Müller, München 2006, geb., zahlreiche s.-w. Abb., 162 Seiten, 29,90 Euro, Best.-Nr. 5718*

Zwischen den Fronten

US-Jurist ermittelt im Zweiten Weltkrieg gegen amerikanischen Major



Im Schrank seines kürzlich verstorbenen Vaters David Dubin entdeckt sein Sohn Stewart über 60 Jahre alte Briefe und Dokumente. So erfährt der in Frührente gegangene Journalist, daß sein Vater als Jurist im Zweiten Weltkrieg in Europa stationiert und mit einer Grace verlobt gewesen war, die Verlobung jedoch aufgrund eines Gerichtsverfahrens gegen sich gelöst hatte. „Alle Eltern haben Geheimnisse vor ihren Kindern. Mein Vater hatte anscheinend noch mehr als üblich."

Gegen den Willen seiner Mutter versucht Stewart, der von seiner Frau getrennt lebt und mit seinem Leben keineswegs zufrieden ist, mehr über die Vergangenheit seines Vaters herauszufinden. Dabei erfährt er, daß der Vater, der erst zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war, nur wenige Wochen später ohne Erklärung freigesprochen wurde. Diese Ungereimtheit will der Sohn klären.

Scott Turow schildert in „Der Befehl" fesselnd die Suche eines frustrierten Endfünfzigers nach der wahren Identität seiner Eltern, die, daß zeigen die Recherchen, keineswegs die unterkühlten Saubermänner sind, als die der Sohn sie stets erlebt hat. Hierbei nimmt der Autor den Leser mit nach Frankreich im letzten Kriegsjahr. Dabei erzählt er seinen Roman, in dem er zwischen alten Briefen, Berichten über den Stand der Recherchen der Gegenwart und den bei einem Anwalt hinterlegten Aufzeichnungen des Vaters hin- und herwechselt. Der Großteil der Handlung spielt hierbei auf den Schlachtfeldern Europas. „Die Spuren der letzten Schlachten konnte man nicht übersehen. Die Felder waren verbrannt und vernarbt, und die malerischen französischen Bauernhäuser, die mit ihren Strohdächern wirkten wie aus einem Grimmschen Märchen, waren überwiegend Ruinen. Selbst die wenigen, mit denen es das Schicksal noch einigermaßen gut gemeint hat, waren meist oben offen und sahen aus wie Männer ohne Hüte."

Mitten zwischen diesen Trümmern soll David Dubin gegen Major Robert Martin ermitteln. Der Major soll Befehle mißachtet haben. Dieser behauptet allerdings, daß er für den Geheimdienst arbeite und Dubins Recherchen scheinen dies zu bestätigen. So kommt es, daß der junge Jurist nicht nur mitten zwischen Kriegsfronten gerät, sondern auch zwischen den politischen Fronten seines Landes. Grund: Martin soll mit den Kommunisten sympathisieren, was vielen Militärs nicht zusagt. Aber ist der charismatische Abenteurer Martin deswegen schuldig? Und gibt es in Zeiten des brutalen Krieges nichts Wichtigeres als einen vermeintlichen Sowjetsympathisanten zu jagen? „Wissen die denn überhaupt nicht mehr, was hier eigentlich los ist? Bei uns kämpft inzwischen jeder mit der Waffe, selbst die Köche ... Und die wollen, daß Sie einen meiner besten Kampfoffiziere verhaften?", ruft dann auch der verantwortliche Colonel aus, als er von Dubins Auftrag erfährt.

„Der Befehl" ist sehr abwechslungsreich zu lesen, zumal man merkt, daß einige Beschreibungen des Autors von den Zeitzeugenberichten seines an der Front gewesenen Vaters stammen, die Scott Turow sprachlich sehr gut verpackt hat.

Obwohl der preisgekrönte US-amerikanische Romancier seinen Roman thematisch etwas überfrachtet hat, verliert er nicht den Überblick. Dennoch wäre weniger in diesem Fall mal wieder mehr gewesen.

Aus deutscher Sicht bleibt nur noch anzumerken, daß die Deutschen hier keineswegs als Schurken auftreten. Zwar wird hier Hitler eindeutig als Unmensch beschrieben, aber die deutschen Soldaten, die auftreten, werden meistens als jung und gegenüber der Zivilbevölkerung hilfsbereit dargestellt, Eigenschaften, die vom französischen Widerstand schamlos ausgenutzt werden.

Am Ende seiner Recherchen gedenkt Stewart aller 40 Millionen Opfer des Zweiten Weltkrieg, ausdrücklich auch der deutschen unter ihnen. *R. Bellano*

***Scott Turow: „Der Befehl"**, Blessing Verlag, München 2006, gebunden, 544 Seiten, 21,95 Euro, Best.-Nr. 5722*

Über 2000 Seiten Lesegenuß

Sonderedition zum 110. Geburtstag des Schriftstellers F. Scott Fitzgerald



Sie sind nicht nur äußerlich ein Schmuckstück: Die fünf Romane des im September 1896 geborenen amerikanischen Schriftstellers F. Scott Fitzgerald, die jetzt in neuer Übersetzung und mit klugen Nachworten vom Zürcher Diogenes-Verlag anläßlich Fitzgeralds 110. Geburtstages herausgebracht wurden. Der Erstleser wird sich mit Wonne dem schönen Erzählfluß des früh gestorbenen Autors hingeben. Und auch der Fitzgerald-Kenner wird die Lektüre von Klassikern wie „Zärtlich ist die Nacht" und „Der große Gatsby" nicht bereuen. Mit dieser verlegerischen Tat schenkt der Diogenes-Verlag den Lesern Stunden unerhörten Lesegenusses.

Vielleicht schreckt der eine oder andere vor der Wucht der rund 2000 Seiten starken Ausgabe zurück. Doch man muß ja nicht gleich alles lesen. Entbehrlich erscheint die Lektüre des Romans „Diesseits vom Paradies", mit dem der 23jährige F. Scott Fitzgerald im März 1920 die literarische Bühne betrat. Laut Manfred Papst handelt es sich hierbei um einen typischen Erstling; „ein genialischer, weitgehend autobiographischer Bildungsroman und ein ziemlich waghalsiges Konglomerat von allen möglichen Texten, die der gescheiterte Princetonianer bis dahin geschrieben hat".

Auch wenn H. L. Mencken – eine Art Marcel Reich-Ranicki der damaligen Zeit – das Buch als „den besten amerikanischen Roman" bezeichnete, den er in letzter Zeit gelesen habe, darf der heutige Leser durchaus anderer Meinung sein und zu den „reiferen" Werken greifen. Es erstaunt ein wenig, daß „Diesseits vom Paradies" zu Lebzeiten Fitzgeralds sein erfolgreichstes Buch war, das häufig und lobend besprochen wurde.

Bereits zwei Jahre nach seinem Erstling, der den Mythos des Erfolgsautors und Salonhelden F. Scott Fitzgerald begründete, erschien der Roman „Die Schönen und Verdammten", der es auf immerhin 578 Seiten schafft.

Auch wenn Fitzgerald und seine schöne Frau Zelda zu Symbolfiguren der Roaring Twenties wurden, zeigt dieses Werk, daß es mit seinem Schöpfer in den nächsten 20 Jahren bergab gehen sollte. Der Roman beginnt als Gesellschaftskomödie und endet als drastische Schilderung einer Alkoholikerkarriere. Die autobiographischen Bezüge sind nicht zu übersehen. „Die Zeit, in der Fitzgerald die Doppelrolle als Partylöwe und Autor meisterte, ohne Schaden zu nehmen, war, wenn es sie denn überhaupt gegeben hat, sehr kurz." Er wurde schon um 1920 das, „was man im medizinischen Sinn einen Alkoholiker nennt", so Papst, der Fitzgerald bestätigt, „eine so hellsichtige wie beklemmende Studie zum Thema Alkoholismus" geschrieben zu haben.

Der 1925 erschienene dritte Roman „Der große Gatsby" ist zugleich der kürzeste und vielleicht auch der beste. Fitzgeralds schriftstellerisches Vermögen ist spätestens jetzt voll ausgereift. Damals war der Autor noch keine 30 Jahre alt. Erzählt wird eine tragische Liebesgeschichte.

Die Protagonistin des Buches entscheidet sich am Ende für den Mann, der ihr Sicherheit und Geld bieten kann. Gatsby bezahlt seine schwärmerische Liebe, die voller Illusionen über die vergötterte Daisy ist, mit dem Leben. Die amerikanischen Leser haben dieses Werk augenscheinlich nicht sonderlich geschätzt. Es war kein kommerzieller Erfolg für den Verfasser. Die Auflage war eher bescheiden und verkaufte sich nur schleppend. Mit seinen Erzählungen machte Fitzgerald, der mit seiner Frau ein aufwendiges Leben führte, deutlich mehr Kasse. Im Jahr der Weltwirtschaftskrise erklomm Fitzgerald die Höchstmarke von 4000 US-Dollar pro Erzählung.

Wer jetzt noch nicht von der Liebe genug hat, greift zum fünften, unvollendet gebliebenen Roman „Die Liebe des letzten Tycoon"; nach den Worten der "FAZ"-Kulturredakteurin Verena Lueken eine „der schönsten Liebesgeschichten der amerikanischen Literatur". Fitzgerald konnte dieses Buch nicht mehr vollenden. Er starb am 21. Dezember 1940 an seinem dritten Herzinfarkt.

Das Romanfragment liegt uns in der Diogenes-Ausgabe nun in einer Neuübersetzung vor, die sich im wesentlichen an der kritischen Ausgabe von Matthew J. Bruccoli orientiert.

Die rot-weiß gestreifte Buchkassette macht sich nicht nur optisch gut im Bücherschrank. Ihr Inhalt sollte auch gelesen werden. Der Genuß ist garantiert. *A. Lange*

***F. Scott Fitzgerald: Die Romane. Fünf Bände im Schuber**, Diogenes-Verlag, Zürich 2006, 2096 Seiten, 95 Euro, Best.-Nr. 5723*

Fürs Herz

Ostpreußische Wolfskinder



Eigentlich wollte Winfried Schmidt ja einen Krimi schreiben, aber je mehr er darüber brütete, desto mehr kam er von der Idee ab. Schmidt, der in Ostbrandenburg geboren ist, mußte 1945 vor der Roten Armee flüchten und nach der Rückkehr 1946 seine nun Polen zugesprochene Heimat ganz verlassen. Somit ist der Autor aus seiner eigenen Biographie heraus mit dem Thema „Flucht und Vertreibung" vertraut und so wandte er sich beim Schreiben auch diesem zu. „Vergessene Wolfskinder" heißt sein Roman.

Alfons Jungnickel reist 1992 von Berlin-Lichtenfeld nach Königsberg. Dort auf dem Bahnhof soll er eine Frau treffen, die behauptet, seine im Zweiten Weltkrieg verschollene älteste Tochter Laura zu sein.

Winfried Schmidt macht seinen Leser gekonnt neugierig. Er will wissen, wie es dazu gekommen ist, daß Alfons gut 50 Jahre seine Tochter nicht mehr gesehen hat. Und so taucht der Autor schon nach wenigen Seiten in die Vergangenheit ein, berichtet von Alfons Jungnickel als jungem Familienvater und Ehemann in Palmnicken, seinen Erlebnissen an der Front und in der Kriegsgefangenschaft. Parallel schildert er, wie es den Kindern in Ostpreußen ergeht, wie Alfons' Frau Katharina mit Thypus ins Krankenhaus eingeliefert wird, die Kinder im zerstörten Königsberg alleine ums Überleben kämpfen müssen, bis sie sich aus den Augen verlieren. So verschlägt es Laura als Wolfskind nach Litauen, Fritz stirbt, Anton und Dagmar kommen ins Waisenhaus, wo sie aber getrennt werden.

Winfried Schmidt skizziert die unterschiedlichen Lebenswege von Alfons, seinem erfolgreich über See in den Westen geflüchteten Schwiegervater Otto und den überlebenden Kindern über die folgenden Jahrzehnte hinweg. Stück für Stück findet die Familie wieder zusammen und am Ende fügt sich alles, wobei der Autor so manches mal doch zu sehr in die Klischeekiste greift. Wer jedoch eine dramatische Geschichte mit flottem Verlauf und Happy End will, wird hier zufriedengestellt. *Bel*

***Winfried Schmidt: „Vergessene Wolfskinder"**, Projekte-Verlag, Halle 2006, broschiert, 216 Seiten, 13,80 Euro, Best-Nr. 5724*

Souad Mekhennet, Michael Hanfeld, Claudia Sautter
Die Kinder des Dschihad
Die neue Generation des islamistischen Terrors in Europa
»Ich will Mudschahid werden und Ungläubige töten wie mein Vater.« Ein Fünfjähriger zu einem deutschen Polizisten.

Der islamistische Terror in Europa wird zunehmen, wenn es nicht gelingt, das weltweite Propagandanetz zu zerstören und den Kindern des Dschihad echte Perspektiven zu geben. Auf die Frage, was er denn einmal werden wolle, gibt ein Fünfjähriger bei einer Razzia in Süddeutschland zur Antwort: »Ich will in den Heiligen Krieg ziehen und Ungläubige töten, wie mein Vater.« Ein Einzelfall? Nein. Hunderttausende muslimische Jugendliche radikalisieren sich; auch in Europa ist die zweite und dritte Generation der Einwanderer oft radikaler als ihre Eltern. Daran ist nicht nur die gescheiterte Integrationspolitik schuld, vielmehr gibt es ein Netz des Islamismus, das hauptsächlich über das Internet die Radikalisierung vorantreibt. Die Autoren erzählen die beunruhigenden Biographien von jungen Männern, die integriert in Europa lebten und dann zu Terroristen wurden. Es ist ihnen gelungen, in der wichtigsten Koranschule der Taliban zu recherchieren und zu berichten, was dort gelehrt wird. Sie legen die Gründe offen, warum für viele jugendliche Muslime Osama bin Laden »unser Che Guevara« ist.



Kart., 232 Seiten
Best.-Nr.: 5714, € 14,00

Gilles Kepel (Hrsg.), Jean-Pierre Milelli (Hrsg.)
Al-Qaida-Texte des Terrors

Der westliche »Krieg gegen den Terror« ist zum Scheitern verurteilt – auch weil niemand weiß, was Al-Qaida will. Dieses Buch legt das Gedankensystem des Terrors offen und zeigt die immensen Veränderungen, vor denen wir stehen. Ein Team von Wissenschaftlern um Gilles Kepel, einem der renommiertesten Forscher weltweit auf diesem Gebiet, hat ein einzigartiges Unterfangen gestartet. Sie lassen die vier wichtigsten Protagonisten des islamistischen Terrors in ihren zentralen Texten selber sprechen, kommentieren sie und beschreiben den historischen, religiösen und politischen Zusammenhang. Hier wird zum ersten Mal Al-Qaida für eine breite Öffentlichkeit von innen heraus erklärt; Wer wissen will, was »die Regel« (so eine Bedeutung des arabischen Wortes Al-Qaida) antreibt und wie sie den Kampf gegen uns im Westen ebenso wie den Kampf »im Herzen des Islam« gewinnen will, muß dieses Buch lesen.

Geb., 516 Seiten
Best.-Nr.: 5715, € 24,80



Gundel Paulsen (Hrsg.)
Kindheitserinnerungen aus Ostpreußen
Kart., 140 Seiten
Best.-Nr.: 5625, € 6,95

Fahnen der Heimat!





Ostpreußen-Fahne-Landsmannschaft
Maße 90x120 cm, Deko- Qualität
Best.-Nr.: 2093, € 14,00

Stadt- Königsberg-Fahne
Maße 90x120 cm, Deko- Qualität
Best.-Nr.: 5651, € 14,00

Provinz-Ostpreußen-Fahne
Maße 90x120 cm, Deko- Qualität
Best.-Nr.: 3990, € 14,00



Heinz Voigt
Der letzte Sommer von Mauritten
Ein Roman aus Ostpreußens heißem Kriegssommer 1944
Kart., 379 Seiten
Best.-Nr.: 3641, € 14,80



Günter Emanuel Baltuttis
Auf verlorenem Posten Ostpreußen 1944-45
Geb., 221 Seiten
Best.-Nr.: 5614, € 14,95

Siegfried Obermeier
Verlorene Kindheit
Erinnerungen aus der Kriegszeit
Geb., 255 Seiten
Best.-Nr.: 5598, € 9,95

Hans Hermann Schlund (Hrsg.)
Schulerinnerungen aus Ostpreußen
Kart, 110 Seiten
Best.-Nr.: 5643, € 5,95

Buch der Woche

Walter Kempowski
Alles umsonst
Roman



Ein Gut in Ostpreußen im Hinterland des Frischen Haffs im Januar 1945: der Georgenhof hat schon bessere Tage gesehen. Hier lebt in der zweiten Generation die Familie von Globig, wilhelminischer Beamtenadel. Der sechste Kriegswinter ist bitterkalt, die Ostfront rückt immer näher, und die etwas in der Luft liegt, ist für alle spürbar: Panzerkolonnen ziehen vorüber, der Strom fällt aus, Fremde bitten um Einlaß, aber die Bewohner des Georgenhofs verschließen noch immer die Augen vor der heraufziehenden Katastrophe. Doch als der Pastor Katharina bittet, einen Verfolgten für eine Nacht bei sich zu verstecken, und sie zögernd diesem Rote Armee schiebt einen gewaltigen Flüchtlingstreck vor sich her. Aber die Hausherrin, Katharina von Globig, läßt Warnungen von allen Seiten nicht an sich heran, sie zieht sich vielmehr in ihr Refugium aus Büchern, Musik und Nichtstun zurück. Das Alltagsgeschäft überläßt sie dem „Tantchen", ihr Ehemann ist bei der Wehrmacht in Italien, und um den zwölfjährigen Sohn Peter kümmert sich ein Studienrat. Daß Wunsch nachkommt, dringt das grausame Kriegsgeschehen in ihren Alltag ein. Katharina wird verhaftet, der große Treck Richtung Westen verschlingt alle anderen. Nur Peter gelingt die Flucht nach Westen, allerdings bewegt er sich gleichermaßen durch einen Albtraum und wird Zeuge des großen Sterbens.

Geb., ca. 448 Seiten
Best.-Nr.: 5711, € 21,95



Kinderland am Pregelstrand
Königsberger Heimatfibel- Erstes Lesebuch für die Kinder der Königsbergs
Nachdruck der Originalausgabe von 1927
Kart., Kart., 80 Seiten
Best.-Nr.: 5378, € 9,95



Ulla Lachauer
Land der vielen Himmel
Memelländischer Bilderbogen - Die Fotosammlung W. Engelhardt
Geb., 156 Seiten
Best.-Nr.: 2018, € 24,90



Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
Geb., 384 Seiten, 66 Abbildungen
Best.-Nr.: 1211, € 14,95



Günter Grass
Beim Häuten der Zwiebel
Günter Grass erzählt von sich selbst. Geb., 480 Seiten, mit 11 Rötelvignetten
Best.-Nr.: 5682, € 24,00



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit in Ostpreußen zwischen Krieg und Frieden
Kart., 226 Seiten
Best.-Nr: 4795, € 8,95

Super-Sonder-Angebot: jedes Buch



Dieter Boenke
Verlorene Heimat - gefangene Träume
Kart., 272 Seiten
Best.-Nr.: 1296,
statt € 12,40 - Ersparnis: 76 %



Hildegard Ratanski
Getränkte Erde - Lebenerinnerungen einer Ostpreußin
Kart., 175 Seiten
Best.-Nr.: 5679,
statt € 8,90 - Ersparnis 66 %



Waltraud Hansen
Die Erde liegt unter den Füßen der Mutter
Lebensbericht einer Mutter von 13 Kindern
Kart., 412 Seiten
Best.-Nr.: 5680,
statt € 8,40 - Ersparnis 64 %

Johanna Tuliszka
Und weidet mich auf einer grünen Aue
Erinnerungen einer Berlinerin, aus dem Jahrgang 1923
Kart., 620 Seiten
Best.-Nr.: 5712,
statt € 24,00 - Ersparnis 87 %



Herbert Finck
Geopferte Jugendjahre
Als Kriegsgefangener in Italien, Nordafrika, den USA und England
Geb., 172 Seiten
Best.-Nr.: 5716
statt € 9,90 - Ersparnis 70 %



Die Geschichte der Deutschen
Das Hörbuch zeichnet ebenso pointiert wie kompetent die Entwicklung Deutschlands von seinen Ursprüngen bis in die Gegenwart nach
3 CDs, Laufzeit: 180 Minuten
Best.-Nr.: 5485, € 19,95

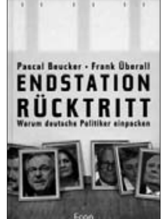


Lieder, die wir einst sangen
16 Lieder der deutschen Landser: Ein Heller und ein Batzen, Wildgänse rauschen durch die Nacht, Infanterie, du bist die Krone aller Waffen, Argonnerwald um Mitternacht, u.a.
Best.-Nr.: 5629, € 15,50





Lieder unserer Fallschirmjäger
16 Lieder der deutschen Fallschirmtruppe, gesungen von den „8 Junkers".
Rot scheint die Sonne, Auf Kreta im Sturm und im Regen, Wir sind die Männer vom Schirmer u.a.
Best.-Nr.: 5630, € 15,50



Pascal Beucker, Frank Überall
Endstation Rücktritt
Warum deutsche Politiker einpacken, Geb., 347 Seiten
Best.-Nr.: 5713, € 18,00



Albrecht Müller
Machtwahn
Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zu Grunde richtet
Geb., 320 Seiten
Best.: 5577, € 19,90



Egon Kleine, Volkmar Kühn
Tiger
Die Geschichte einer legendären Waffe 1942 – 1945
Geb., 416 Seiten, ca. 500 Abbildungen
Best.-Nr.: 5719, € 14,95



Franz Kurowski, Tornau
Sturmgeschütze – Die Panzerwaffe der Infanterie
Die dramatische Geschichte einer Waffengattung 1939-1945
Geb., 384 Seiten, ca. 260 Abb.
Best.-Nr.: 5720, € 14,95



Sturmpanzerwagen A7V
Der Weg von diesem deutschen Urpanzer, die Panzerkampfwagen V Panther und VI Tiger zum Kampfpanzer Leopard 2, Geb., 476 Seiten, zahlr. Fotos u. Zeichnungen
Best.-Nr.: 5694, € 49,00

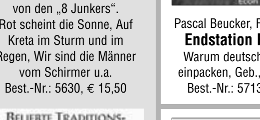
Hörbücher vom Bestseller-Autor Gerd Schultze-Rhonhof



Der Zweite Dreißigjährige Krieg
Welche Ziele aber können es wert sein, die europäischen Nationen in zwei blutigen Kriegen gegeneinander aufmarschieren zu lassen? Dieses Hörbuch klärt auf...
2 CDs, Laufzeit: 145 Minuten
Best.-Nr.: 5337, € 14,95



Der Krieg der viele Väter hatte
Das vorliegende Hörbuch zeichnet die dramatischen Entwicklungen der letzten Tage vor Kriegsbeginn minutiös nach: hier erfahren Sie, was den „ersten Schüssen" des 1. Sept. 1939 vorausgegangen ist.
2 CDs, Laufzeit: 145 Minuten
Best.-Nr.: 5180, € 14,95





Beliebte Traditions- und Parademärsche
Fridericus-Rex-Grenadiermarsch, Großer Zapfenstreich und Nationalhymne, 15 Märsche gespielt vom Heeresmusikkorps der Bundeswehr
Best.-Nr.: 5609, € 12,90



Matthias Matussek
Wir Deutschen
Warum uns die anderen gern haben können.
Geb., 352 Seiten
Best.-Nr.: 5569, € 18,90







Jürgen Roth
Deutschland-Clan
Deutschland im Griff einer korrupten Elite.
Geb., 256 Seiten
Best.-Nr.: 5505, € 19,90



PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Parkallee 86 · 20144 Hamburg · Fax: 040 / 41 40 08 58 · Tel: 040 / 41 40 08 27
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4.00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

36

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Junge Deutsche wollen Flagge zeigen

Frankfurt / Main – Fast dreimal so viele Deutsche wie bislang wollen in diesem Jahr zum 3. Oktober Flagge zeigen. In einer Umfrage der Zeitschrift „Chrismon“ sagten sechs Prozent, sie hätten Schwarz-Rot-Gold schon in den vergangenen Jahren zum Nationalfeiertag gehißt und wollten dies auch weiterhin tun. Weitere elf Prozent indes erklärten, dies 2006 zum ersten Mal tun zu wollen. Auffällig: Bei den unter 30jährigen wollen 16 Prozent erstmals flaggen, bei den über 50jährigen nur sieben bis acht Prozent. Bei denen, die angaben, schon immer geflaggt zu haben, halten sich beide Altersgruppen mit acht und sieben bis acht Prozent die Wage.

Geburtenzahl sinkt weiter

Wiesbaden – Nach dem erheblichen Rückgang 2005 sind die Geburtenzahlen in Deutschland Anfang 2006 noch weiter abgesackt. So sank im ersten Quartal 2006 die Zahl der Lebendgeborenen in Baden-Württemberg um 2,3, in Niedersachsen um vier und in Hessen um 4,4 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Andere größere Bundesländer konnten noch keine Zahlen vorlegen.

ZUR PERSON

Flucht nach vorn



Ein Problem kommt selten allein. Erst wurde Bayerns Umweltminister **Werner Schnappauf** (53, CSU), wegen seines Verhaltens gegenüber Problembär Bruno angefeindet — er ließ ihn erschießen. Da hat der fränkische Jurist und Politologe gelernt, sich nach vorn zu verteidigen. Doch schon wieder kann sich der Aufsteiger (Minister seit 2003) nicht profilieren.

Der Gammelfleisch-Skandal gibt ihm ausgerechnet in seinem ministeriellen Sprengel Probleme auf. Doch getreu der alten Steigerungsformel Feind, Todfeind, Parteifreund fällt dem Mann aus Steinbach im Wald diesmal noch Bundesumweltminister Horst Seehofer aus den eigenen Reihen in den Rücken. Der weiß offenbar mehr über die Zustände bei der Lebensmittelkontrolle in Bayern, als dem Landesminister lieb sein kann. Das Schnappauf in seiner Funktion als Verbraucherschützer vehement „Gefängnis“ für Ekelfleischverkäufer fordert, lenkt Seehofer daher nicht ab. Beim großen Karrierepoker um das Erbe Stoibers und die CSU-Führung hat er ganz andere Happen im Sinn.

Schnappauf droht vom tatendurstigen Seehofer ausgestochen zu werden. Beide liefern sich erbitterte Kompetenzschlachten. Die plausible Idee bundesweiter und einheitlicher Fleischkontrollen wies Schnappauf schon zurück. Kein Wunder – sie stammt von Seehofer und macht ihm seine Zuständigkeit streitig. Warum gerade in Bayern derzeit so viel Ekelhaftes gefunden wird, verschweigt Schnappauf. So wird man vom Jäger zum Gejagten. *SV*



»Fleisch aus dem Kühlregal!« Zeichnung: Götz Wiedenroth

Schmeckt's?

Was man beim Pilzesammeln alles finden kann, wovor Flüchtlinge flüchten und wie wir die Waffenschmuggler reinlegen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

„Schmeckt's?“ will der Kellner jedesmal auf's Neue wissen, wenn er vorbeikommt. Und er kommt fast ununterbrochen vorbei. Dazwischen hat auch der Herr vom Nachbartisch noch einige Fragen. Der arme Gast antwortet, gut erzogen, jedesmal höflich und kommt so partout nicht zum essen seiner „Kalbshaxe Florida“. Irgendwann verliert er die Fassung. Es kommt zum Eklat, den der Geschäftsführer mühsam schlichten muß. Loriots Fernsehklassiker aus den 70ern war damals ein Straßenfeger. Den Sketch kannte jeder. Wenn später jemand scherzhaft „schmeckt's?“ fragte, wurde er mit einem wissenden Lächeln belohnt.

Diese lustigen Zeiten sind vorbei. „Schmeckt's?“ ist neuerdings die todernste Aufforderung zur gründlichen Untersuchung dargebrachter Speisen. Wir kommen schlagartig ins Schwitzen und schnüffeln hektisch an unserem Menü herum oder wägen gar ab, ob wir nicht auch allein von der Gemüsebeilage satt würden.

Nein, es schmeckt nicht! Schon vor dem ersten Bissen wird einem übel von den bekannt gewordenen Begleitumständen des Fleischskandals. Ein Pilzsammler soll dem Vernehmen nach als erster auf den Schweinkram gestoßen sein – per Zufall! Hat die Pilzsaison nicht gerade erst begonnen? Was die vielen Sammlerfreunde wohl noch finden werden bis November!

Angesichts der Gefahrenlage möchte man kaum verstehen, warum soviele Menschen aus aller Welt unbedingt in Deutschland leben wollen. Sie demonstrieren sogar dafür, wie jüngst einige von der Heimreise bedrohte Afghanen. Was hält die hier? Das Essen ist es bestimmt nicht. Was dann? Die Antwort marschierte vergangene Woche durch Hamburgs Straßen. In der Hansestadt hielten einige Demonstanten vom Hindukusch ein Schild hoch, das erklärte, was sie an Deutschland fesselt: „Wir sind hier, weil ihr unsere Heimatländer besetzt!“

Da ist man ja erstmal baff. Die Anwesenheit der Bundeswehr in Afghanistan also ist die Ursache dafür, daß sich Afghanen nicht in ihre Heimat zurücktrauen. Daher auch die vielen Bosnier und Kosovo-Albaner in Deutschland. Die sind alle auf der Flucht vor der Bundeswehr! Wenn das so ist, sollten wir schon mal Platz schaffen für einige Millionen Kongolesen. Schließlich müssen wir den Menschen, die sich vor Franz Josef Jungs wilder Soldateska in Sicherheit bringen, doch helfen – wir nehmen unsere internationale Verantwortung „sehr ernst“, wie Frau Merkel versprochen hat.

Allerdings könnte hier eines dieser berüchtigten „Vermittlungsprobleme“ auftreten. Das zahlende Publikum (sprich: der deutsche Steuerzahler) ist mit den Finessen der hohen Weltpolitik nur unzureichend vertraut. Es versteht womöglich nicht auf Anhieb, warum es dafür blechen soll, daß die Bundeswehr dort ist und ebenso dafür, daß die dortige Bevölkerung hier ist, die nach eigenem Bekunden nur hier ist, weil die Bundeswehr dort ist.

> Berlin mußte lange in Beirut betteln um den Levante-Einsatz – aber es hat sich gelohnt!

Der Berliner Politik ist bekannt, wie schwer dies dem Volk plausibel zu machen sein wird. Nachdem nun schlückchenweise durchsickert, daß – wer hätte es gedacht! – der internationale Truppeneinsatz im Kongo wohl doch etwas länger dauern dürfte als die geplanten vier Monate, macht sich in den Regierungsfluren ein ungutes Gefühl breit. Verteidigungsstaatssekretär Christian Schmidt (CSU) ließ auf einer Sitzung von christsozialen Bundestagsabgeordeneten daher verlauten, daß man die Bundeswehr im Falle einer Mandatsverlängerung trotzdem pünktlich aus dem Kongo abziehen werde.

Das wird die anderen Nationen, deren Kontigente dann ohne unsere Soldaten da unten zurückbleiben, nicht freuen, weshalb man eine gute Ausrede braucht. Die hat Berlin schon: Der Libanon-Einsatz belaste die Truppe derart, daß man sich den Kongo bald nicht mehr werde leisten können.

Schlau, nicht wahr? Vor diesem Hintergrund wird erst erklärlich, warum Berlin so inständig in Beirut um die Erlaubnis für die Marineexpedition in die Levante gebettelt hat, bis die libanesische Regierung in ihrer Huld grünes Lichts gab – unter Bedingungen, versteht sich.

Einen Massenansturm libanesischer Bundeswehrflüchtlinge muß Deutschland kaum befürchten, da wir die schon alle da unten abgeholt haben. Auch einige Hisbollah-Anhänger wurden so „ganz unbürokratisch“ in die Bundesrepublik gebracht, wie Geheimdienste berichten. Das dürfte der Sicherheitslage im Libanon erheblich zugute kommen. Und der deutschen Autoindustrie, weil Zugfahrten hierzulande ein wenig von ihrer Attraktivität („Schnell und sicher ans Ziel!“) einbüßen könnten.

Mit dem Libanon-Schachzug hat Berlin bewiesen, daß es langsam Routine bekommt bei den Auslandseinsätzen. Wir verstehen jetzt, nach welchen Gesetzen solche Operationen funktionieren.

Die erste Regel lautet, den einheimischen Potentaten nicht die gute Laune zu nehmen, weshalb das Opium Afghanistans auch unter deutscher Aufsicht blüht wie eh und je. Die zweite heißt: Nichts kaputtmachen! Weil die deutsche Luftwaffe 1999 an den Luftoperationen gegen Serbien beteiligt war, steht Deutschland heute vor dem Kadi: Ein französisches Transportunternehmen verklagt die Bundesrepublik auf Schadenersatz, weil bei den alliierten Bombardements einige Donaubrücken zu Bruch gegangen waren, welche die rumänische Tochter der Firma benutzen wollte. Jetzt soll die Bundeskasse für die entgangenen Geschäfte aufkommen.

Das wird uns nicht noch einmal passieren. So blöde wie damals sind wir nicht mehr. Um etwaigen Regreßklagen von Waffenschmugglern im östlichen Mittelmeer vorzubeugen, schickt Deutschland spezielle Patrouille-Schnellboote hinunter, die eigentlich nur für die kühlen Gewässer von Nord- und Ostsee geeignet sind, was wir aber keinem verraten.

Bei den hohen Wassertemperaturen des Mittelmeers macht die Kühlung von Bordelektronik und Motor schnell schlapp. Die „Schnell“-Boote müssen dann extra langsam fahren. Die gut und mittelmeersicher ausgerüsteten Schmugglerboote haben dann alle Zeit der Welt, ihre Reise unverfolgt fortzusetzen, weshalb ihre Eigentümer später keine Handhabe bekommen werden, von Berlin Ersatz für irgendwelche flachgefallenen Geschäfte zu fordern. Das wird die ärgern!

Allerdings muß man bei diesen Orientalen ja mit allem rechnen, auch damit, daß sie ihre Fahrtgeschwindigkeit absichtlich soweit drosseln, daß die Marine sie sogar mit Hilfspaddeln einholt. Sollen sie doch! Wer uns reinlegen will, muß früher aufstehen: Auf den deutschen Booten ist nämlich gar kein Platz für ein Schlauchboot, mit dem die „Kontrolleure“ zu dem vermeintlichen Schmuggelschiff übersetzen könnten. Hämisch werden unsere Marinesoldaten zu den dümpelden Waffenschiebern hinüberwinken und sie einfach ziehen lassen. Tja, wer zuletzt lacht ...

Jetzt müßte man nur noch die Hisbollah-Anhänger in Deutschland von der (durch große Worte geschickt überspielten) garantierten Wirkungslosigkeit des deutschen Einsatzes überzeugen. Das wird nicht so einfach sein, zumal es im Nahen und Mittleren Osten demnächst aus ganz anderen Gründen ordentlich zur Sache gehen könnte.

Ein israelischer Minister empfiehlt, bald, da wir alle schon mal da sind, den Iran anzugreifen. Dann wird es heiß. Im Falle einer Eskalation sollten unsere auswärtigen Truppen eine Checkliste zur Hand haben, auf der verzeichnet ist, was dann zu tun wäre. Punkt eins: Such den General! Als der Kongo Ende August hochkochte, weil Anhänger des Präsidenten das Wohnhaus des Gegenkandidaten unter Feuer nahmen, weilte der deutsche Oberbefehlshaber Karlheinz Viereck ja bei seiner Freundin in Schweden. Der Verliebte meint, seine Soldaten hätten ja jederzeit mit ihm telefonieren können. Also Punkt zwei: Die Telefonnummer des Oberbefehlshabers. Und wenn besetzt ist?

ZITATE

*Bundesarbeitsminister **Franz Müntefering** (SPD) fühlt sich vom **Wähler ungerecht** behandelt. In der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 30. August beklagt er:*

„Wir werden an den Wahlversprechen gemessen – das ist unfair.“

*Tennisstar **Boris Becker** glaubt an die Langzeitwirkung des **grandiosen Deutschlandbildes**, das von der **WM 2006** ausging. Der Zeitschrift „Cicero“ (Septemberausgabe) sagte er:*

„Was wir an Imagegewinn, an Selbstbewußtsein aufgebaut haben, wäre als Werbekampagne unbezahlbar gewesen. Um das wieder kaputt zu machen, bedürfte es schon einer ungeheuerlichen Schandtat. Das steht jetzt, auch wenn der Alltag wieder eingekehrt ist. Ich komme gerade aus Spanien, und auch dort schaut man uns Deutsche jetzt mit ganz anderen Augen an. Jeder dritte Satz kreist um die WM, wie unglaublich es gelaufen ist und wie toll wir das gemacht haben. Das wird noch lange so bleiben.“

*Der ehemalige **polnische Verteidigungsminister Jerzy Szajdzinski** ist beunruhigt über die **vertriebenenfeindlichen** Attacken seines Ministerpräsidenten Jaroslaw Kaczynski und fürchtet:*

„Wir nähern uns mit schnellen Schritten einem Zustand, den man als Kalten Krieg bezeichnenen kann.“

*Der Vorsitzende des **Sachverständigenrates** zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage („Die fünf Weisen“), **Bert Rürup**, rät laut „Frankfurter Allgemeine“ vom 4. September:*

„Da man die Gesundheitsreform nicht mehr stoppen kann, muß man wenigstens verhindern, daß sie in einem Fiasko endet.“

*Berlins Senatsbaudirektor **Hans Stimmann** erklärt im „Tagesspiegel“ vom 5. September, warum sich die Befürworter eines **Wiederaufbaus des Stadtschlosses durchgesetzt** haben:*

„Ohne die Niederlagen der modernen Architektur in fast allen deutschen Innenstädten und ohne die Erkenntnis, wie begrenzt unsere Fähigkeiten sind, etwas Erinnerungsfähiges zu bauen, wäre diese Entwicklung nicht zu verstehen.“

Wirklich frei!

Der Schorsch hat den Irak befreit,
und alle sind voll Dankbarkeit
für demokratisch freie Wahl
sowie für Rechte sonder Zahl.

Als wär' er gar nicht überzeugt,
hat Schorsch persönlich es beäugt,
und ja – die Grüne Zone da
ist grade wie Amerika!

Die Freiheit, zwar schon bisher groß,
ist neuerdings fast grenzenlos,
denn endlich kriegt zu seinem Glück
das Land auch Abu Ghraib zurück.

Selbst Zellen wurden renoviert
und Schlösser fachgemäß geschmiert,
auf daß bestimmt kein Zweifel sei:
Iraker, ihr seid wirklich frei!

Pannonicus